



LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 30. MÄRZ 2019

# TEIL 5

## ANTRAGSBUCH

Mobilität • Soziales • Sport •  
Umwelt / Energie / Tierschutz • Wahlen •  
Konsensliste

### MIT DEN EMPFEHLUNGEN DER ANTRAGSKOMMISSION

*Die im Antragsbuch mit (K) gekennzeichneten Empfehlungen der Antragskommission wurden im Konsens ausgesprochen.*

---

Alle Anträge auch online unter <http://parteitag.spd.berlin>

## Mobilität

### Antrag 182/II/2018

KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

#### Vorfahrt für Kinder im Berliner Straßenverkehr!

1 Kinder sind mit Abstand die schwächsten Verkehrsteil-  
 2 nehmer im Berliner Straßenverkehr. Besonders gefährdet  
 3 sind Kinder auf ihren Schulwegen. In den letzten Jahren  
 4 stiegen leider auch die Zahlen von Verkehrsunfällen, an  
 5 denen Kinder beteiligt waren. Das liegt unter anderem  
 6 an dem noch nicht vollständig ausgeprägten Gefahrenbe-  
 7 wusstsein von Kindern und auch an unübersichtlichen Ge-  
 8 gebenheiten vor Ort. Auf Kinder muss im Straßenverkehr  
 9 besondere Rücksicht genommen werden, da sich ein rea-  
 10 listisches Bewusstsein von Gefahren, aber auch von Hand-  
 11 lungsabsichten anderer sowie von Entfernungen und Ge-  
 12 schwindigkeiten erst im Laufe ihrer Entwicklung heraus-  
 13 bilden.

14  
 15 Das vom Senat eingebrachte Mobilitätsgesetz ist zwar in  
 16 vielerlei Hinsicht fortschrittlich, allerdings tauchen die Be-  
 17 dürfnisse von Kindern im Straßenverkehr so gut wie gar  
 18 nicht auf. Dabei kann der Gesetzgeber erheblich dazu bei-  
 19 tragen, die Situation von Kindern im Straßenverkehr zu  
 20 verbessern, z.B. durch

- 21  
 22 • Technische und städtebauliche Maßnahmen,  
 23 • Verkehrsrechtliche Maßnahmen,  
 24 • Verkehrserziehung von Erwachsenen und Kindern,  
 25 • konsequente Überwachung dieser Maßnahmen.

26  
 27 Nur ein Zusammenspiel dieser Punkte kann zu einer grö-  
 28 ßeren Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr beitra-  
 29 gen. Wir brauchen eine kinderfreundliche Verkehrsraum-  
 30 gestaltung und Verkehrsplanung. Denn Kinder bewegen  
 31 sich nicht nur zu Fuß, sondern auch mit Rollern, Fahrrä-  
 32 dern oder Inlineskatern usw. im Straßenverkehr und ha-  
 33 ben dementsprechende Anforderungen.

34

#### 35 1. Technische und städtebauliche Maßnahmen

36 Kinder bewegen sich überwiegend in einem kleinen Ra-  
 37 dius in ihrem heimatlichen Umfeld. Um die Wege für Kin-  
 38 der so gering wie möglich zu halten, müssen die Kiezstruk-  
 39 turen gestärkt werden und entsprechende Angebote, wie  
 40 Kitas, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Parks, Spiel-  
 41 plätze und ähnliches dicht beieinander sein. Es ist daher  
 42 nötig die Wege in den Kiezen sicherer zu machen. Dies ist  
 43 z.B. durch folgende Maßnahmen möglich:

44

- 45 • Tempo 30 in den Kiezen und den umliegenden  
 46 Hauptverkehrsstraßen. Nur ein geringes Fahrtempo  
 47 erhöht die Sicherheit, um auf die Unwägbarkeiten  
 48 von Kindern reagieren zu können.

### Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

(WIEDERVORLAGE | LPT II/2018: Überwiesen an AG Frakti-  
 onsvorsitzende, FA VIII - Soziale Stadt, FA XI - Mobilität)

#### Stellungnahme FA XI - Mobilität

Der Antrag wird nach kurzer Diskussion im Grundsatz vom  
 Fachausschuss Mobilität mitgetragen. Allerdings werden  
 die Antragsteller\*innen gebeten, ihren Antrag deutlich zu  
 kürzen und ihn auf das Wesentliche zu begrenzen. Ein-  
 stimmige (grundsätzliche) Annahme.

#### Stellungnahme FA VIII - Soziale Stadt zum Antrag

182/II/2018 geben wir keine inhaltliche Empfehlung ab.  
 Der Antrag bezieht sich auf verkehrsplanerische und  
 -bauliche Maßnahmen. Von uns aus kann dem Antrag  
 zugestimmt werden, aber er sollte deutlich gekürzt  
 werden.

- 49 • Verkehrsberuhigte Bereiche vor Schulen. Gerade vor  
50 Schulen ist die Situation oft unübersichtlich für Kin-  
51 der.  
52
- 53 Eine stark reduzierte Geschwindigkeit kann zu ausrei-  
54 chend Sicherheit beitragen. Auch ein temporäres Halte-  
55 beziehungsweise Durchfahrverbot, kann die Situation  
56 morgens an den Schulen entschärfen.  
57
- 58 • Sowohl der Fußgängerweg, als auch Fahrradange-  
59 botstreifen müssen ausreichend breit sein, damit  
60 ein ungehindertes und sicheres Passieren von allen  
61 Verkehrsteilnehmern gewährleistet ist. Denn vor al-  
62 lem jüngere Kinder brauchen Platz auf den Fußgän-  
63 gerwegen, um sich zum Beispiel auf Fahrrädern be-  
64 wegen zu können.
- 65 • Es bedarf der klaren Abgrenzung zwischen den Fahr-  
66 bahnen und Fußgängerwegen. Vor allem bei Fahr-  
67 radwegen ist eine bauliche Absenkung oder eine  
68 klare Abtrennung mit Pollern vom Fußweg notwen-  
69 dig, um Kindern den Unterschied zwischen den ver-  
70 schiedenen Wegen deutlich zu machen.
- 71 • Fußgängerüberwege müssen so gestaltet sein, dass  
72 sie durch Gehwegvorstreckungen deutlich in den  
73 Verkehr hineinragen, und somit auch der ruhen-  
74 de Verkehr überblickt werden kann. Es muss durch  
75 bauliche Maßnahmen verhindert werden, dass auch  
76 nur ein kurzes Halten von Autos an Fußgängerüber-  
77 wegen möglich ist. Denn vor allem für Kinder sind  
78 sichere Fußgängerüberquerungen absolut notwen-  
79 dig. Doch dadurch, dass durch Autos immer größer  
80 werden, ist es den Autofahrern kaum möglich Kin-  
81 der im Straßenverkehr wahrzunehmen. Vor allem  
82 bei Fußgängerüberwegen kann dies schwerwiegen-  
83 de Folgen haben.
- 84 • Zebrastreifen bieten eine sichere Überquerung für  
85 Kinder an. Doch viele Autofahrer ignorieren die-  
86 se inzwischen. Daher sind Aufpflasterungen, Si-  
87 gnalleuchten oder Gehwegvorstreckungen sinnvol-  
88 le Mittel, um Zebrastreifen deutlich von der restli-  
89 chen Fahrbahn abzuheben.
- 90 • Die Dauer von Grün-Phasen bei Ampeln sollte so ge-  
91 staltet sein, dass diese eine Überquerung der Stra-  
92 ßen auch mit Kinderschritten ermöglichen. Vor al-  
93 lem bei kleinen Mittelinseln ist dies notwendig.  
94
- 95 Daher sollte die Wartezeit auf die nächste Grün-Phase  
96 so kurz wie möglich gehalten werden. Dies lässt sich al-  
97 les durch eine adäquate und kindgerechte Ampelschal-  
98 tung verhindern. Kindgerechte Ampelschaltung bedeutet  
99 aber auch, dass Fußgänger und abbiegender Verkehr nicht  
100 gleichzeitig Grün haben.  
101
- 102 • Ausreichende Beleuchtung von Schulwegen. Gerade  
103 in den dunklen Wintermonaten ist eine ausreichen-

104 de Ausleuchtung der Wege notwendig, um gesehen  
105 zu werden, aber auch um rechtzeitig Gefahren er-  
106 kennen zu können.

107 • Haltestellen sollten möglichst in unmittelbarer Nä-  
108 he von Schulen sein. Bei der Notwendigkeit zur  
109 Überquerung von Straßen, sollten Haltestellen in  
110 unmittelbarer Nähe zur Ampel sein. Kinder suchen  
111 sich häufig den kürzesten Weg. Wenn allerdings die  
112 Bushaltestelle weit entfernt und auf der anderen  
113 Straßenseite liegt, der sichere Übergang jedoch ei-  
114 nen Umweg bedeutet, dann wird dieser häufig nicht  
115 genommen, sondern sich eher der Gefahr ausge-  
116 setzt.

117 • Vor allem Straßenbahnhaltestellen und deren Über-  
118 gänge müssen mit Signalen oder Schranken auf eine  
119 einfahrende Straßenbahn hinweisen.

120

121 Vor allem bei Straßenbahnübergängen kann dies zu ge-  
122 fährlichen Situationen führen, wenn einfahrende Stra-  
123 ßenbahnen übersehen werden.

124

## 125 **2. Verkehrsrechtliche Maßnahmen**

126 Auch Verkehrsrechtliche Maßnahmen sind sinnvoll, um  
127 den Weg von Kindern sicherer zu gestalten. Hierzu gehört:

128

129 • Verpflichtende Abbiegeassistenten für alle LKWs.  
130 Viele Unfälle mit LKWs geschehen beim Abbiegevor-  
131 gang und könnten mit elektronischen Abbiegeassis-  
132 tenten verhindert werden. Der Berliner Senat soll  
133 sich deswegen weiter für eine unverzügliche Einfüh-  
134 rung solcher Abbiegeassistenzsysteme einsetzen.

135 • Parallele Grünphasen von Fußgängern und abbie-  
136 genden Verkehr ist zu vermeiden.

137 • Ausreichende Beschilderung mit Hinweisen auf  
138 Schulwege. Nicht nur direkt vor den Schulen brau-  
139 chen wir Hinweisschilder auf Kinder, sondern auch  
140 auf den Hauptverkehrswegen zu den Schulen und  
141 Spielplätzen. Nur wenn Autofahrer auf die Gefahren  
142 hin sensibilisiert werden, kann ein Mehr an Rück-  
143 sichtnahme entstehen.

144

## 145 **3. Verkehrserziehung von Erwachsenen und Kindern**

146 Doch auch Erziehung ist ein wichtiger Aspekt:

147

148 • Es bedarf einer umfassenden Mobilitätserziehung  
149 in Kita und Schule für alle Kinder. Bereits im Klein-  
150 kindalter muss hierzu der Grundstein gelegt wer-  
151 den, um verkehrssicheres Verhalten von Anfang an  
152 zu erlernen. Kinder müssen entsprechend ihres Al-  
153 ters an die verschiedenen Gefahrensituationen und  
154 Risiken im Straßenverkehr herangeführt werden.

155 • In den ersten Schultagen sollen alle Grundschul-  
156 len ein Verkehrstraining anbieten. Denn vor allem  
157 die jungen ABC-Schützen brauchen zu Beginn ihres  
158 Schullebens eine pädagogische Unterstützung, um

- 159 bald selbständig ihren Schulweg meistern zu können.  
 160
- 161 • Behörden müssen für die Gefahren von Kindern im  
 162 Straßenverkehr sensibilisiert werden und sie auch  
 163 ernst nehmen. Zu oft wird das Thema Gefahren für  
 164 Kinder im Straßenverkehr missachtet. Dabei sollte  
 165 es nicht immer nur um den fließenden Verkehr gehen,  
 166 sondern auch um die jüngsten und schwächsten  
 167 Verkehrsteilnehmer.
  - 168 • Jede Grundschule bedarf ihres eigenen aktualisierten  
 169 und visuell anschaulichen Schulwegplans, damit Eltern  
 170 und Kinder gemeinsam einen sicheren Weg zur eigenen  
 171 Schule finden können.
  - 172 • Kinderstadtpläne in den Bezirken und Kiezen können  
 173 veranschaulichen, wie Kinder sicher zu den ihnen  
 174 relevanten Orten gelangen können. Kinderstadtpläne  
 175 geben nicht nur einen Überblick über die wichtigsten  
 176 kindgerechten Orte, sondern auch über sichere Wege  
 177 zu diesen hin.
  - 178 • Die Jugendverkehrsschulen sind ein wichtiger Aspekt  
 179 der Verkehrsbildung für Kinder und müssen dementsprechend  
 180 ausgestattet sein. Die Bildungseinrichtungen sollen in  
 181 regelmäßigen Abständen die Verkehrsschulen besuchen.  
 182 In den Verkehrsschulen können Kinder sicher und unter  
 183 pädagogischer Anleitung das richtige Verhalten im  
 184 Straßenverkehr lernen.
  - 185 • Aktionen, wie „Zu Fuß zur Schule“ sind wichtig und  
 186 müssen gefördert werden. Elterntaxis sind extrem  
 187 gefährlich für Kinder, die zur Schule kommen. Aktionen,  
 188 wie „Zu Fuß zur Schule“ können daher helfen auf die  
 189 Problematik aufmerksam zu machen und Kinder in ihrer  
 190 Selbständigkeit alleine zur Schule zu gehen bestärken.
  - 191 • In der Fahrschule soll Verkehrserziehung in Bezug  
 192 auf Kinder stärker geleistet werden.

195

#### 196 **4. Konsequente Überwachung dieser Maßnahmen**

197 Schlussendlich bedarf es jedoch der konsequenten Überwachung  
 198 dieser Maßnahmen, damit sie ihre Wirkung entsprechend entfalten  
 199 können.

200

201 Unsere Forderungen sind:

202

#### 203 **Bauliche Maßnahmen**

- 204 • Ausreichende Breite von Fußgängerwegen und  
 205 Fahrradangebotsstreifen
- 206 • Deutliche Abgrenzung von Fahrbahn und Fußgängerwegen  
 207
- 208 • Deutliche Erkennbarkeit von Gehwegvorstreckungen  
 209 (z.B. durch Aufpflasterungen)
- 210 • Verhinderung von kurzfristigen Halten an Fußgängerüberwegen  
 211 (z.B. durch Poller)
- 212 • Vermehrter Einsatz von Zebrastreifen
- 213 • Verlängerung von Grün-Phasen für Fußgänger bei

- 214 Lichtsignalanlagen, wenn bislang kein ungehinder-
- 215 tes passieren möglich ist
- 216 • Ausreichende Beleuchtung von Schulwegen
- 217 • Einrichtung von Haltestellen in unmittelbarer Nähe
- 218 von Schulen und bei Überquerungsnotwendigkeiten
- 219 vermehrter Einsatz von Querungshilfen (Lichtsi-
- 220 gnalanlagen, Zebrastreifen)
- 221 • Übergänge an Straßenbahnhaltestellen sind mit Si-
- 222 gnalen oder Schranken auszustatten
- 223
- 224 **Verkehrsrechtliche Maßnahmen**
- 225 • Verpflichtende Abbiegeassistenten für alle LKWs
- 226 und Kleintransporter
- 227 • Parallele Grünphasen von Fußgängern und abbie-
- 228 genden Verkehr vermeiden
- 229 • Ausreichende Hinweisschilder (Achtung Schulweg)
- 230 auf Hauptverkehrsstraßen
- 231 • Tempo 30 in den Kiezen und den umliegenden
- 232 Hauptverkehrsstraßen
- 233 • Verkehrsberuhigte Bereiche vor Schulen
- 234
- 235 **Maßnahmen der Verkehrserziehung**
- 236 • Förderung der Verkehrserziehung in Kita und Schu-
- 237 le unter Einbeziehung der Eltern (z.B. durch das Bil-
- 238 dungsprogramm; durch Informationsmaterialien)
- 239 • Verkehrstraining an den Grundschulen in den ersten
- 240 Schultagen des neuen Schuljahres
- 241 • Sensibilisierung der Behörden hinsichtlich Gefahren
- 242 für Kinder im Straßenverkehr (z.B. durch Schulun-
- 243 gen)
- 244 • Schulwegpläne an jeder Grundschule
- 245 • Kinderstadtpläne für jeden Bezirk und Kiez
- 246 • Stärkung der Jugendverkehrsschulen
- 247 • Förderung von Aktionen wie „Zu Fuß zur Schule“
- 248

**Antrag 188/II/2018****KDV Neukölln**

Der Landesparteitag möge beschließen:

**Abstandsmessgeräte bei Fahrradstaffel anschaffen**

- 1 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeord-
- 2 netenhaus dazu auf, sich für die Anschaffung von Mess-
- 3 geräten, die den Abstand von überholenden Kfz zu Fahr-
- 4 rädern messen, für die Fahrradstaffel der Berliner Polizei
- 5 einzusetzen.
- 6

**7 Begründung**

- 8 Laut StVO gilt, dass überholende KFZ ein Mindestabstand
- 9 von 1,50 m zu Radfahrenden einhalten müssen. Das objek-
- 10 tive und subjektive Sicherheitsgefühl von Radfahrenden
- 11 wird massiv eingeschränkt, wenn KFZ-Verkehr zu dicht

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****WIEDERVORLAGE****LPT II/2018: Überwiesen an FA XI – Mobilität****Stellungnahme FA XI – Mobilität**

Der Antrag wird nach kurzer Diskussion und dem Hinweis, dass solche Messgeräte bereits in Österreich (Salzburg) im Einsatz sind, vom Fachausschuss Mobilität angenommen.

12 überholt und den Abstand missachtet. Ungenügender Si-  
 13 cherheitsabstand gegenüber Radfahrenden zählt zu den  
 14 häufigsten Ursachen von Unfällen, in denen Radfahrende  
 15 zu Schaden kommen.  
 16 Im Zusammenhang mit Abstandsverstößen können durch  
 17 die Dienstkkräfte der Fahrradstaffel zwar das Unterschrei-  
 18 ten seitlicher Sicherheitsabstände bei Überholvorgängen  
 19 von Kraftfahrzeugen zur Anzeige gebracht werden, eine  
 20 gerichtsfeste und beweiskräftige Dokumentation ist je-  
 21 doch regelmäßig kaum möglich.  
 22  
 23 Die Fahrradstaffel soll daher mit Messgeräten am Fahrrad  
 24 ausgestattet sein, um Abstandsverstöße zukünftig besser  
 25 ahnden zu können.

**Antrag 207/I/2018****KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Kostenloses Azubi-Ticket für Berechtigte!**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Ber-  
 2 liner Abgeordnetenhauses sowie die sozialdemokrati-  
 3 schen Mitglieder des Berliner Senats dazu auf sich dafür  
 4 einzusetzen, dass das Azubi-Ticket des Verkehrsverbundes  
 5 Berlin-Brandenburg (VBB) den Berechtigten kostenfrei zur  
 6 Verfügung gestellt wird.

7  
 8

**Begründung**

10 Berechtigte des Azubi-Tickets sind neben Berliner Azubis  
 11 auch Freiwilligendienstleistende in allen beteiligten Ber-  
 12 liner Einrichtungen. Beide Gruppen erhalten entweder ei-  
 13 ne Ausbildungsvergütung oder im Falle der Freiwilligen-  
 14 dienstleistenden, lediglich ein Taschengeld. Für viele die-  
 15 ser sind die monatlichen Aufwendungen für das Azubi-  
 16 Ticket in Höhe von 57,00 € eine Menge Geld. Diesen Men-  
 17 schen den Zugang zum Öffentlichen Personennahverkehr  
 18 (ÖPNV) zu erleichtern oder in manchen Fällen sogar zu er-  
 19 möglichen, ist eine gesellschaftliche Aufgabe, für die es  
 20 sich einzusetzen lohnt und eine Anerkennung für den Ein-  
 21 satz, den viele dieser jungen Menschen, für unsere Gesell-  
 22 schaft zeigen, sei es im Freiwilligendienst oder in ihrer Be-  
 23 rufsausbildung.

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Ber-  
 liner Abgeordnetenhauses sowie die sozialdemokrati-  
 schen Mitglieder des Berliner Senats dazu auf sich dafür  
 einzusetzen, dass das Azubi-Ticket des Verkehrsverbundes  
 Berlin-Brandenburg (VBB) den Berechtigten **für 365 € pro  
 Jahr** zur Verfügung gestellt wird.

- LPT I/2018: vertagt auf LPT II/2018 [Votum AK LPT I/2018: Erledigt durch Koalitionsvertrag (Kein Konsens)]
- LPT II/2018: vertagt auf LPT I/2019
- LPT I/2018 - Änderungsantrag Pankow: „Ungeachtet der derzeitigen Vereinbarung im Koalitionsvertrag wollen wir langfristig erreichen, dass Azubi-Ticket....gestellt wird“.

**Antrag 220/I/2018****FA XI - Mobilität****Der Landesparteitag möge beschließen:****Nachhaltige Lenkung der Pendler\*innenströme nach Berlin durch gezielte kurz- und mittelfristige Maßnahmen****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

1 Die SPD-Abgeordnetenhausfraktion und die SPD-  
2 Mitglieder des Senats von Berlin sowie die SPD-BVV-  
3 Fraktionen und SPD-Stadträte werden aufgefordert, sich  
4 für eine nachhaltige Lenkung der Pendler\*innenströme  
5 nach Berlin einzusetzen.

6  
7 Um die Auswirkungen der Pendler\*innenströme auf  
8 die Anwohner\*innen und Nutzer\*innen des öffentlichen  
9 Raums zu minimieren, sind auf Bezirks-, Landes- und Bun-  
10 desebene folgende Maßnahmen zu ergreifen:

11 1. Die Attraktivität des Angebots im Umweltverbund für  
12 Pendler\*innen ist – gemeinsam mit dem Land Bran-  
13 denburg und dem VBB - durch gezielte Werbemaß-  
14 nahmen und Informationskampagnen, Taktverdichtun-  
15 gen und barrierefreie Umsteigebedingungen weiter zu er-  
16 höhen; 2. In der Tarifzone A ist eine deutliche Ausweitung  
17 der Parkraumbewirtschaftung notwendig; 3. In den Ber-  
18 liner Bezirken der Tarifzone B ist mindestens im Umkreis  
19 von 300 Metern an den Schnellbahnhöfen eine Parkraum-  
20 bewirtschaftung einzuführen, um dort das massenhafte  
21 Abstellen der Fahrzeuge von Pendler\*innen aus dem Um-  
22 land zu reduzieren; 4. Auf eine Ausweitung des Tarifbe-  
23 reichs AB auf den Bereich C ist zu verzichten; 5. Das Land  
24 Berlin setzt sich

- 25 • bei der gemeinsamen Landesplanung Berlin-  
26 Brandenburg dafür ein, den ÖPNV als Zubringer  
27 zum SPNV zu verbessern und geeignete Bahnhöfe in  
28 Brandenburg, gegebenenfalls mit der DB AG, für die  
29 Einrichtung von B&R und P&R-Plätzen zu  
30 identifizieren;
- 31 • im Bundesrat dafür ein, Job-Tickets für Arbeitneh-  
32 mer\*innen steuerfrei zu stellen (Wegfall der mo-  
33 natlichen 44 EUR-Grenze bei Sachbezügen) und  
34 die sogenannten Pendler\*innenpauschale sowie das  
35 Dienstwagenprivileg abzuschaffen;
- 36 • in Kooperation mit den Industrie- und Handels-  
37 kammern und den Handwerkskammern dafür ein,  
38 ein Anreizsystem für die Einrichtung eines nach-  
39 haltigen und gesundheitsfördernden Mobilitätsma-  
40 nagements in den Betrieben zu erarbeiten, das die  
41 Nutzung des Umweltverbundes und von Fahrge-  
42 meinschaften fördert, und auch den Wegfall von  
43 firmeneigenen Mitarbeiter\*innen-Parkplätzen be-  
44 inhaltet.

45

46

#### 47 **Begründung**

48 Jeden Werktag pendeln mehrere Hunderttausend Men-  
49 schen von und nach Berlin.

50 In Richtung Berlin bedeutet das an mindestens fünf Tagen  
51 pro Woche vor allem:

- 52 • Mehr als 200.000 Fahrzeuge (MIV)
- 53 • Mehr als 1 Mio. Liter Kraftstoff
- 54 • Mehr als 2.000 Tonnen CO<sub>2</sub>
- 55 • Hohe Umweltschäden und –kosten

(LPT II/2018: vertagt auf LPT I/2019)

Die SPD-Abgeordnetenhausfraktion und die SPD-  
Mitglieder des Senats von Berlin sowie die SPD-BVV-  
Fraktionen und SPD-Stadträte werden aufgefordert, sich  
für eine nachhaltige Lenkung der Pendler\*innenströme  
nach Berlin einzusetzen.

Um die Auswirkungen der Pendler\*innenströme auf  
die Anwohner\*innen und Nutzer\*innen des öffentlichen  
Raums zu minimieren, sind auf Bezirks-, Landes- und Bun-  
desebene folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Die Attraktivität des Angebots im Umweltverbund für  
Pendler\*innen ist – gemeinsam mit dem Land Bran-  
denburg und dem VBB - durch gezielte Werbemaß-  
nahmen und Informationskampagnen, Taktverdichtun-  
gen und barrierefreie Umsteigebedingungen weiter zu er-  
höhen;

2. In der Tarifzone A ist eine deutliche Ausweitung der  
Parkraumbewirtschaftung notwendig;

3. In den Berliner Bezirken der Tarifzone B ist mindestens  
im Umkreis von 300 Metern an den Schnellbahnhöfen ei-  
ne Parkraumbewirtschaftung einzuführen, um dort das  
massenhafte Abstellen der Fahrzeuge von Pendler\*innen  
aus dem Umland zu reduzieren;

4. Das Land Berlin setzt sich

- bei der gemeinsamen Landesplanung Berlin-  
Brandenburg dafür ein, den ÖPNV als Zubringer  
zum SPNV zu verbessern und geeignete Bahnhöfe in  
Brandenburg, gegebenenfalls mit der DB AG, für die  
Einrichtung von B&R und P&R-Plätzen zu  
identifizieren;
- im Bundesrat dafür ein, Job-Tickets für Arbeitneh-  
mer\*innen steuerfrei zu stellen (Wegfall der mo-  
natlichen 44 EUR-Grenze bei Sachbezügen) und  
die sogenannten Pendler\*innenpauschale sowie das  
Dienstwagenprivileg abzuschaffen;
- in Kooperation mit den Industrie- und Handels-  
kammern und den Handwerkskammern dafür ein,  
ein Anreizsystem für die Einrichtung eines nach-  
haltigen und gesundheitsfördernden Mobilitätsma-  
nagements in den Betrieben zu erarbeiten, das die  
Nutzung des Umweltverbundes und von Fahrge-  
meinschaften fördert.



- 56 • Erhebliche, gesundheitsbeeinträchtigende Lärmbe-
- 57 lästigung
- 58 • Jede Menge Staus
- 59 • Zugeparkte Außen- und Innenbezirke.

60

61 Deshalb sind die negativen Folgen des Einpendelns mit  
 62 privaten Fahrzeug zu reduzieren und das Angebot der  
 63 Verkehrsmittel des Umweltverbundes deutlich zu verbes-  
 64 sern. Das können Politik und Wirtschaft gemeinsam schaf-  
 65 fen.

66

67 Mit den im Antrag genannten Maßnahmen werden die  
 68 Bestrebungen aus dem Berliner Koalitionsvertrag 2016 –  
 69 2021 sowie der Länder Berlin und Brandenburg und des  
 70 VBB unterstrichen und konkretisiert, die Pendler\*innen-  
 71 ströme weitgehend auf den öffentlichen Verkehr zu verla-  
 72 gern und hierfür die geeigneten Rahmenbedingungen zu  
 73 schaffen.

**Antrag 211/I/2019****KDV Lichtenberg**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Kostenloser ÖPNV für Rentnerinnen und Rentner, die Grundsicherung/ Grundrente beziehen**

1 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialde-  
 2 mokratischen Mitglieder des Berliner Senats werden auf-  
 3 gefordert, Voraussetzungen zu schaffen und haushälter-  
 4 sche Planungen auf den Weg zu bringen, so dass Berliner  
 5 Rentnerinnen und Rentner in Berlin zukünftig kostenfrei  
 6 den ÖPNV nutzen können, wenn sie Grundsicherung bzw.  
 7 zukünftig Grundrente im Alter beziehen.

8

**9 Begründung**

10 Mobilität im Alter ist wichtig und sollte gefördert werden.  
 11 Rentnerinnen und Rentner sind im Durchschnitt weniger  
 12 auf PKWs angewiesen als andere Altersgruppen. Um die  
 13 Stadt von PKWs zu entlasten und dadurch die Umwelt zu  
 14 schonen, sollten Anreize geschaffen werden, dass mehr  
 15 Menschen den ÖPNV nutzen.

16

17 Aber auch bei der leider zunehmenden Altersarmut soll-  
 18 ten wir Menschen dahingehend unterstützen, dass sie in  
 19 der Stadt mobil unterwegs sein können.

20

21 Generell soll der kostenfreie ÖPNV für Seniorinnen und  
 22 Senioren auch ein Signal der Berliner Stadt sein, welcher  
 23 die Lebensleistung der Menschen anerkennt und ihnen  
 24 dafür dankt.

**Empfehlung der Antragskommission**

**Überweisen an: FA XI - Mobilität (Konsens)**

**Antrag 212/I/2019****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Entgeltfreier ÖPNV**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des AGH und des Senats von Berlin werden aufgefordert, Initiativen zu starten, damit der ÖPNV schrittweise entgeltfrei wird.

4

**5 Begründung**

- 6 Das ist die beste Motivation zur Nutzung des ÖPNV. Diese ist notwendig, um all die Umweltzerstörenden Einflüsse des MIV zurückzudrängen.

**Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: FA XI - Mobilität (Konsens)****Antrag 213/I/2019****KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Querverbindungen des ÖPNV zwischen den Ortsteilen und Kiezen verbessern**

- 1 Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus setzt sich im Rahmen der Weiterentwicklung des ÖPNV für folgende Punkte ein, um die öffentliche Verkehrsinfrastruktur für die Berliner\*innen zu verbessern:

5

- 6 • Die Berliner\*innen müssen mit dem ÖPNV Ziele in andere Ortsteile zeitnah und komfortabel erreichen können. Dazu sind die Querverbindungen zwischen den Ortsteilen und Kiezen auszubauen (bspw. durch kürzere Taktzeiten, veränderte Linienverläufe, neue Linien)
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12 • Die Belange der unterschiedlichen Nutzergruppen, wie Erwerbstätige oder schulpflichtige Kinder und Jugendliche und Senior\*innen, sind bei Fahrplanänderungen einzubeziehen. Dazu müssen Kenntnisse über Orte, die sie häufig aufsuchen, bekannt sein
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17 • Optimierung vorhandener Linien.

18

- 19 Einführung weiterer X-Busverbindungen zwischen den Ortsteilen am Stadtrand (bspw. Wilhelmsruh lt;-gt; Rosenthal lt;-gt; Niederschönhausen lt;-gt; Franz. Buchholz lt;-gt; Blankenburg lt;-gt; Karow lt;-gt; Buch)

23

**24 Begründung**

- 25 Berlin ist eine anhaltend wachsende Stadt, die auch in den kommenden Jahren einen enormen Wachstumsschub stemmen muss. Die Berliner SPD will dieses Wachstum gestalten und dafür Sorge tragen, dass die unterschiedlichen Interessen der Berlinerinnen und Berliner gleichmäßig und mit Sorgfalt austariert werden.

- 31 In den Randbezirken Berlins funktioniert der ÖPNV in Richtung Innenstadt und zurück zwar weitgehend gut, aber das ÖPNV-Angebot zwischen den Ortsteilen und Kie-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus setzt sich im Rahmen der Weiterentwicklung des ÖPNV **mittelfristig für die Erarbeitung des Nahverkehrsplans 2023** für folgende Punkte ein, um die öffentliche Verkehrsinfrastruktur für die Berliner\*innen zu verbessern:

- Die Berliner\*innen müssen mit dem ÖPNV Ziele in andere Ortsteile zeitnah und komfortabel erreichen können. Dazu sind die Querverbindungen zwischen den Ortsteilen und Kiezen auszubauen (bspw. durch kürzere Taktzeiten, veränderte Linienverläufe, neue Linien)
- Die Belange der unterschiedlichen Nutzergruppen, wie Erwerbstätige oder schulpflichtige Kinder und Jugendliche und Senior\*innen, sind bei Fahrplanänderungen einzubeziehen. Dazu müssen Kenntnisse über Orte, die sie häufig aufsuchen, bekannt sein Optimierung vorhandener Linien.
- Einführung weiterer X-Busverbindungen zwischen den Ortsteilen am Stadtrand

34 zen in den Bezirken selbst ist vergleichsweise schlecht. So  
 35 ist bspw. für Schulkinder, die weiterführende Schulen in  
 36 anderen Ortsteilen besuchen, insbesondere das Busange-  
 37 bot völlig unzureichend. Fahrtwege sind zu lang und Fre-  
 38 quenzen zu gering.

**Antrag 214/I/2019****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Den Umweltverbund ÖPNV-Fahrrad zum Leben erwecken**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des AGH und des Se-  
 2 nats von Berlin werden aufgefordert, sich dafür einzuset-  
 3 zen, dass Folgendes umgesetzt wird:  
 4 Faktisch gibt es zurzeit in der S-Bahn keine Unterschei-  
 5 dung durch Nutzer\*innen zwischen Waggons mit Gepäck-  
 6 abteilung und den normalen Waggons. Deshalb sollen fol-  
 7 gende Maßnahmen durchgeführt werden:  
 8 1. Öffentlichkeitskampagne zur Nutzung der mit dem  
 9 „Fahrrad“ gekennzeichneten Waggons, verbunden  
 10 mit der Werbung für den Umweltverbund.  
 11 2. Anbringung von Regeln im Waggon, die die Bevor-  
 12 rechtigung der Personengruppen (Fahrräder, Kinder-  
 13 wagen, Rollstuhlfahrer\*innen), welche mit den Zei-  
 14 chen benannt werden, klar stellt.  
 15 3. Durch geeignete Markierungen anzeigen, wo sich  
 16 die Sonderbereiche befinden.

17  
 18  
 19

**Begründung**

21 Wenn wir den Umweltverbund Fahrrad – ÖPNV propagie-  
 22 ren, müssen wir ihn auch gewährleisten. Die Praxis sieht  
 23 anders aus. In den dafür vorgesehenen Waggons sitzen im  
 24 Gepäckbereich Menschen die dort nichts zu suchen haben  
 25 und nehmen so Stellplätze für Fahrräder, Kinderwagen,  
 26 Rollstuhlfahrer weg. Darauf angesprochen, reagieren sie  
 27 meist aggressiv. Eine derartige Kampagne kann das Nut-  
 28 zerverhalten ändern.

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Antrag 215/I/2019****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****VBB-Tarifsystem ändern**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des AGH und des Se-  
 2 nats von Berlin werden aufgefordert, sich dafür einzuset-  
 3 zen, dass Folgendes umgesetzt wird:  
 4 Der gelöste Einzelfahrschein gilt zwei Stunden im Bereich

**Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: FA XI - Mobilität (Konsens)**

- 5 der gelösten Zone des VBB, egal in welcher Richtung.  
6  
7 **Begründung**  
8 Die Benutzung des ÖPNV soll für jeden einfach und klar  
9 sein. Mit dem jetzigen Tarifsysteem hat diese Forderung  
10 nichts zu tun.

**Antrag 216/I/2019****KDV Reinickendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch Beschlusslage (Konsens)****Verlängerung der U 8 mit weiterem U-Bahnhof im Norden des MV am Senftenberger Ring planen!**

- 1 Der Senat wird aufgefordert, die Verlängerung der U 8 mit  
2 höchster Priorität zu verfolgen und bereits das Planfest-  
3 stellungsverfahren verbindlich vorzubereiten. Im Interes-  
4 se der Attraktivität für die Bürgerinnen und Bürger des  
5 Märkischen Viertels ist dabei eine Verlängerung nach Nor-  
6 den mit der Endhaltestelle Senftenberger Ring zu planen.  
7  
8 **Begründung**  
9 Die SPD Reinickendorf fordert seit vielen Jahren die Ver-  
10 längerung der U 8 im Interesse der Bürgerinnen und Bür-  
11 ger im Märkischen Viertel. Angesichts der aktuellen Haus-  
12 haltslage muss die Verlängerung der U 8 in das Märkische  
13 Viertel (MV) nun mit höchster Priorität verfolgt werden.  
14 Daher sollte der Senat die notwendige Finanzierung si-  
15 cherstellen und das Planfeststellungsverfahren bzw. die  
16 dafür notwendigen Unterlagen bereits jetzt in Auftrag ge-  
17 ben, um unnötige weitere Zeitverzögerungen zu verhin-  
18 dern.  
19  
20 Bei der Planung ist gegenüber der bisher vielfach disku-  
21 tierten kürzeren („Rumpf-“) Variante zwischen der bishe-  
22 rigen U 8-Endhaltestelle Wittenau und dem Märkischen  
23 Zentrum am Südrand des Märkischen Viertels eine Ver-  
24 bindung mit einem Abzweig nach Norden mit der Endhal-  
25 testelle Senftenberger Ring vorzusehen. Damit würde das  
26 MV eine attraktivere Anbindung an den ÖPNV erhalten.

**Antrag 217/I/2019****KDV Reinickendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: FA XI - Mobilität (Konsens)****Aufnahme eines 10 Minuten Taktes auf der S-Bahnlinie S1 zwischen Berlin-Frohnau und Oranienburg**

- 1 Der Senat wird aufgefordert, schnellstmöglich einen ver-  
2 lässlichen, stabilen 10-Minuten-Taktfahrplan auf der S-  
3 Bahnlinie S1 zwischen Berlin-Frohnau und Oranienburg  
4 einzurichten und für den baldigen Ausbau eines 2. Gleises  
5 zwischen Frohnau und Hohen Neuendorf zu sorgen.

**6 Begründung**

7 Für die Entwicklung der Hauptstadtregion Berlin-  
 8 Brandenburg gilt das Modell des „Siedlungssterns“,  
 9 wonach die Expansion von Wohnen und Gewerbe sich  
 10 entlang der bestehenden Achsen in das Umland ent-  
 11 wickeln soll. Im Norden Berlins bildet die Trasse der  
 12 S-Bahnlinie S1 zusammen mit der Bundesstraße B96  
 13 diese Achse in Richtung Oranienburg. Die S-Bahnlinie  
 14 S1 hat für den Verkehr der gesamten Stadt Berlin eine  
 15 erhebliche Bedeutung, weil sie von Norden durch das  
 16 Zentrum bis in den Süden führt. Weil die Strecke zwi-  
 17 schen Berlin-Frohnau und Hohen Neuendorf bis jetzt nur  
 18 eingleisig ausgebaut ist, gilt für den nördlichen Abschnitt  
 19 ein 20-Minutentakt, sodass die Züge im Berufsverkehr  
 20 schon jetzt regelmäßig voll ausgelastet sind. Viele Pendler  
 21 werden so auf ihren PKW verwiesen, weswegen die auf  
 22 den Straßen vom Umland her ein- und aus-strömenden  
 23 Verkehre eine erhebliche Belastung der Straßenanwoh-  
 24 ner und auch des innerstädtischen Wirtschaftsverkehrs  
 25 darstellen.

26  
 27 Um für die gesamte S1-Strecke einen verlässlichen, stabi-  
 28 len 10-Minuten-Taktverkehr auch für die Zukunft zu er-  
 29 möglichen, ist der Bau eines zweiten Gleises zwischen  
 30 Berlin-Frohnau und Hohen Neuendorf dringend erforder-  
 31 lich.

32  
 33 Denn das Ziel muss sein, die Ströme des motorisierten  
 34 Individual-Verkehrs nicht weiter wachsen zu lassen, son-  
 35 dern die Menschen von einem attraktiven Bahnangebot  
 36 zu überzeugen.

37

**Antrag 218/I/2019**

**KDV Pankow**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Trassenverlauf der Straßenbahn für den Verkehrskorridor „Ostseestraße – Michelangelostraße – Weißenseer Weg“ ab der Michelangelostraße nicht durch die Kleingärten**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Be-  
 2 zirksverordnetenversammlung, des Abgeordnetenhauses  
 3 und des Senates auf, sich für eine Prüfung der Trassen-  
 4 führung der Straßenbahn ab der Michelangelostraße über  
 5 die Kniprodestraße und der Storkower Straße oder bis zur  
 6 Danziger Straße einzusetzen. Der Bau der Straßenbahn  
 7 hat zeitgleich mit dem Umbau der Michelangelostraße zu  
 8 erfolgen. Die Trasse darf nicht erst gebaut werden, wenn  
 9 die Wohnhäuser bereits fertig gebaut sind.

10

**11 Begründung**

12 Der Verkehrskorridor Ostseestraße – Michelangelostraße  
 13 – Weißenseer Weg schafft eine Ausweichstrecke zur Lang-

**Empfehlung der Antragskommission**

**Nichtbefassung (Kein Konsens)**

14 hansstraße, kann die heute von der Straßenbahnlinie M13  
15 befahrene Tangentialverbindung beschleunigen und er-  
16 schließt das geplante Wohnungsbauprojekt Michelange-  
17 lostraße mit bis zu 1.200 Wohneinheiten.

18

19 Wir begrüßen ausdrücklich, dass mit dem geplanten Woh-  
20 nungsbauprojekt Michelangelostraße, auch eine Anbin-  
21 dung an den ÖPNV mittels der Straßenbahn geplant ist.  
22 Nach bisherigem Stand führt die Strecke von der Kreuzung  
23 Prenzlauer Allee/Ostseestraße geradewegs durch die Ost-  
24 seestraße und die Michelangelostraße. Die Trasse erhält  
25 einen eigenen Gleiskörper, was eine hohe Reisegeschwin-  
26 digkeit und attraktive Stadtraumgestaltung ermöglicht.  
27 In Verlängerung der Michelangelostraße führt die Tras-  
28 se ab der Kniprodestraße straßenunabhängig geradeaus,  
29 durch die Kleingartenanlagen Am Prenzlauer Berg, Neu-  
30 es Heim und Grönland, um an der Kreuzung Hohenschön-  
31 hauser Straße/Weißenseer Weg wieder auf die Bestands-  
32 strecken zu stoßen.

33

34 Einen Trassenverlauf durch die Kleingartenanlagen leh-  
35 nen wir ab. Alternativ könnte die Straßenbahn über die  
36 Kniprodestr und Storkower Straße geführt werden und  
37 sich in der Landsberger Allee im bestehenden Liniennetz  
38 einfädeln. Optional ist ebenso eine Linienführung über die  
39 Kniprodestraße und Einfädung auf der Danziger Stra-  
40 ße in das bestehende Liniennetz möglich. Insbesondere  
41 ein Trassenverlauf entlang der Kniprodestraße, Storkower  
42 Straße hat den Vorteil, das neue und bestehende Wohn-  
43 quartier an der Michelangelostraße, als auch öffentliche  
44 Einrichtungen wie z.B. Arbeitsamt, Finanzamt, Jobcen-  
45 ter, Polizei, Sparda Bank, Volkssolidarität sowie das Ein-  
46 kaufszentrum entlang der Storkower Straße deutlich besser  
47 an den Nahverkehr anzuschließen. Bisher verkehrt in der  
48 Storkower Straße nur die Buslinie 156 im 20min Takt. Die  
49 politischen Partner auf der Bezirks- und Landesebene ha-  
50 ben sich darauf verständigt, die bestehenden Kleingarten-  
51 anlagen dauerhaft und planungsrechtlich zu sichern und  
52 für ihren Erhalt einzustehen. Die BVV-Fraktion der SPD  
53 Pankow hat im Mai 2018 einen Antrag eingereicht, der die  
54 Kleingärten in Pankow erhalten soll. Wir möchten dieses  
55 wichtige Anliegen mit unserem Antrag unterstützen

#### Antrag 219/I/2019

KDV Marzahn-Hellersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

#### Zweiter Zugang zum S- und Regional-Bahnhof Mahlsdorf

- 1 Die Abgeordneten der SPD im Abgeordnetenhaus Berlin
- 2 sollen sich dafür einsetzen, dass ein zweiter Zugang zu
- 3 den Bahnsteigen im Bahnhof Mahlsdorf gebaut wird.

4

#### Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung (Konsens)

5 Der Bahnhof Mahlsdorf ist seit kurzem ein Regionalbahn-  
6 hof. Im Zuge dieses Umbaus wurde ein weiterer temporä-  
7 rer Zugang zum Regionalbahn-Gleis erschlossen. Er führt  
8 von der Tram-Wendeschleife in der Treskowstraße zu den  
9 Bahngleisen.

10

11 Weil der Haupteingang und die Bürgerstiege im Osten,  
12 die zu den Bahnsteigen führen, zu Stoßzeiten stark über-  
13 lastet sind, ist es sinnvoll, einen weiteren Zugang zu den  
14 S-Bahn- und Regional-Bahn- Gleisen zu schaffen. Hierzu  
15 muss der gegenwärtige temporäre zweite Zugang zum  
16 Regionalbahnsteig so umgebaut werden, dass er den An-  
17 forderungen dauerhaft genügt. Weiterhin muss eine Brü-  
18 cke gebaut werden, mit deren Hilfe die Gleise hin zu den  
19 S- Bahnsteigen überquert werden können.

20

#### 21 **Begründung**

22 Durch einen zweiten Zugang werden der Haupteingang  
23 und die dort hin führenden Wege entlastet. Dieses ist um-  
24 so wichtiger als, dass allen Prognosen zur Folge der öffent-  
25 liche Personenverkehr in den nächsten Jahren stark wach-  
26 sen wird.

27

#### **Antrag 220/I/2019**

#### **KDV Marzahn-Hellersdorf**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### **Unser U-Bahnhof "Hellersdorf" soll schöner werden!**

1 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, soll  
2 sich dafür einsetzen, dass der U- Bahnhof "Hellersdorf"  
3 ein modernes, ansprechendes Design erhält. Hierbei sol-  
4 len ebenfalls Architekturstudenten mitwirken.

5

#### 6 **Begründung**

7 Der Stadtteil Hellersdorf bietet im wesentlichen gar keine  
8 architektonischen Highlights. Gerade die triste Aneinan-  
9 derreihung von U-Bahnhöfen im Stadtteil Hellersdorf mit  
10 dem einzigen Zweck funktional zu sein ist meines Erach-  
11 tens für einen Stadtteil mit knapp 80.000 Einwohnern zu  
12 wenig.

13 Bahnhöfe waren seit Anbeginn des Industriezeitalters, die  
14 Bauwerke mit denen sich größere Ansiedlungen nach au-  
15 ßen hin präsentierten und somit ihren Bürgern und gera-  
16 de ihren Gästen sich von ihrer besten Seite zeigen woll-  
17 ten. Ich mag bezweifeln, wie ein Besucher von Hellersdorf  
18 den Anblick von abgenutzten Kacheln, illegalem Zigaret-  
19 tenverkauf und einem mit 80er Jahre-Charm bedachten  
20 Bahnsteig, dies interpretiert. Gerade Stadtbezirke mit ei-  
21 nem geringen Sozialstatus benötigen Kunst und Kultur in  
22 schönen Etablissements, dies gibt Ihnen das Gefühl wich-  
23 tig für die Gesellschaft zu sein.

#### **Empfehlung der Antragskommission**

**Nichtbefassung (Konsens)**

24

25 Wir sollten im Stadtteil Hellersdorf mit einer AFD-  
 26 Wählerschaft von bis zu über 30 % ein Zeichen der Zuge-  
 27 hörigkeit der Bürgerinnen und Bürger zu einer leistungs-  
 28 starken, modernen und liberalen Gesellschaft setzen und  
 29 hierzu Architekturstudenten mit in die Planung einbin-  
 30 den, so dass der U-Bahnhof Hellersdorf ein Antlitz erhält,  
 31 welches den Einwohnerinnen und Einwohnern in Hellers-  
 32 dorf unsere Werte durch Baukunst mitteilt und sie einlädt  
 33 ein Teil dieser Wertegemeinschaft zu sein. Ein Beispiel, so  
 34 dass ihr wisst, was mir vorschwebt, findet ihr innerhalb  
 35 der U-Bahnhöfe der "Wehrhahn Linie" in Düsseldorf.

**Antrag 221/I/2019****KDV Reinickendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Berlkönig in die Außenbezirke**

1 Der Senat wird aufgefordert, auf die BVG hinzuwirken,  
 2 dass das Angebot „Berlkönig“ in die Außenbezirke ver-  
 3 lagert wird oder zusätzlich zum Innenstadtbereich auch  
 4 dort angeboten wird.

5

**Begründung**

6 Das Angebot „Berlkönig“ (Sammeltaxi) der BVG besteht  
 7 derzeit nur im Innenstadtbereich.  
 8 Dort sind aber selbst an Wochenenden und in der Nacht  
 9 ausreichend ÖPNV-Angebote und vor allem Taxen vorhan-  
 10 den. Ganz anders in den Außenbezirken, in denen weni-  
 11 ge Taxen unterwegs sind und der ÖPNV ab 22.00 Uhr  
 12 stark ausgedünnt ist. Gerade in den Außenbezirken Ber-  
 13 lins müssen Angebote wie das des Berlkönig vorhanden  
 14 sein, damit die Menschen gerade zu Zeiten ausgedünnter  
 15 ÖPNV-Verkehre ein gutes und günstiges Angebot an Alter-  
 16 nativen haben. In der Innenstadt sind auch ohne Berlkönig  
 17 zu allen Zeiten ausreichend ausreichende Transportmög-  
 18 lichkeiten vorhanden.

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Antrag 222/I/2019****KDV Marzahn-Hellersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Sharing-Mobilität auch in den Außenbezirken**

1 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-  
 2 Senatsmitglieder sollen sich dafür einsetzen, dass in  
 3 Berlin ansässige und ihr Geschäft ausübende Sharing-  
 4 Unternehmen (Fahrrad-Sharing, E-Bike- Sharing, Car-  
 5 Sharing...) ihr Geschäftsgebiet im gesamten Stadtbereich  
 6 haben sollen.

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**



**7 Begründung**

8 Bisher gehört für die meisten Sharing-Unternehmen zum  
 9 Geschäftsgebiet nur der Bereich, der etwa innerhalb des S-  
 10 Bahn-Ringes liegt. Auch die Außenbezirke müssen durch  
 11 Sharing-Angebote entlastet werden und damit eine wei-  
 12 tere Möglichkeit moderner Mobilität bieten.  
 13

**Antrag 223/I/2019****KDV Steglitz-Zehlendorf**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Berlin: Fairness bei der Personenbeförderung!**

1 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialde-  
 2 mokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert,  
 3 dafür Sorge zu tragen, dass für die Erlangung der Fahr-  
 4 erlaubnis zur Fahrgastbeförderung („P-Schein“) auch für  
 5 gewerbliche FahrerInnen von Mietwagen die Ortskunde-  
 6 prüfung obligatorisch wird.

7

**8 Begründung**

9 Private Unternehmen wie Uber nutzen eine Regelungslü-  
 10 cke für ihr gewerbliches Angebot, indem sie für den Perso-  
 11 nentransport Mietwagen einsetzen. Für FahrerInnen von  
 12 Mietwagen ist in Berlin nur der „einfache“ P-Schein ohne  
 13 Ortskundeprüfung vorgeschrieben. Dadurch entsteht ein  
 14 Ungleichgewicht zum Taxi-Gewerbe. Um wieder Fairness  
 15 in der Berliner Personenbeförderung herzustellen, sollen  
 16 die Bedingungen für die Erlangung des P-Scheins angegli-  
 17 chen werden.

18

19 Beispielsweise ist in Frankfurt (Oder) ist die Ortskunde-  
 20 prüfung für Mietwagen ebenso vorgeschrieben wie für Ta-  
 21 xis (<https://bit.ly/2MclXcR>).

**Empfehlung der Antragskommission**

**Annahme (Konsens)**

**Antrag 224/I/2019****KDV Spandau + AGS Berlin**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Gleiche Bedingungen für alle bei der Personenbeförderung**

1 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und der Senat  
 2 werden aufgefordert dafür zu sorgen, dass alle Bestim-  
 3 mungen, die bereits jetzt für die individuelle Personenbe-  
 4 förderung gelten, für alle Marktanbieter in Berlin gleich  
 5 sind.

6

7 Anbieter über Ride-Hailing Plattformen (z.B.: Uber oder  
 8 Lyft) müssen rechtlich mit gleicher Stringenz behandelt  
 9 werden, wie es bereits jetzt für das bestehende Berliner

**Empfehlung der Antragskommission**

**Erledigt bei Annahme 223/I/2019 (Konsens)**

10 Taxigewerbe der Fall ist.

11

12 **Begründung**

13 In den Bereich der individuellen gewerblichen Personen-  
14 beförderung drängen neue Akteure, sogenannte Ride-  
15 Hailing Plattformen (z.B.: Uber oder Lyft), zum bereits vor-  
16 handenen und mit entsprechenden Regeln unterworfe-  
17 nen Taxigewerbe.

18 Gleichheit im Wettbewerb kann es nur unter gleichen Be-  
19 dingungen und Regelungen geben. Personenbeförderung  
20 über Mietwagen muss dies ebenfalls gewährleisten.

21

22 Eine solche rein dem Wettbewerb unterworfenen Perso-  
23 nenbeförderung ist eine Gefahr für:

24 • Fahrer, Kunden und nicht zuletzt für alle am öffent-  
25 lichen Straßenverkehr Beteiligten.

26 • Der Schutz bestehender Arbeitsplätze im Berliner  
27 Taxigewerbe ist unter ungleichen und damit unfair-  
28 en Wettbewerbsbedingungen maßgeblich gefähr-  
29 det.

30

31 Bereits bestehendes Landesrecht bedarf der konsequen-  
32 ten rechtlichen Anwendung, wie dies u. a. im Bundesland  
33 Hamburg umgesetzt wird.

34 Hierzu zählen die jederzeit nachweislichen Legitimatio-  
35 nen zur Personenbeförderung, ein Nachweis aller vorge-  
36 schriebenen Versicherungen, die gesundheitliche Eignung  
37 der Fahrer\*innen.

38

39 Ein jederzeit konsequent und vollständig richtig geführ-  
40 tes Fahrtenbuch im Sinne der steuerrechtlichen Bewer-  
41 tung, ist zur Durchsetzung dieser Aufgabe staatlicher Für-  
42 sorge von großer Bedeutung. Hier ist die verbindlich vor-  
43 geschriebene Verwendung eines elektronischen Fahrten-  
44 buches rechtlich zu prüfen.

**Antrag 225/I/2019**

**KDV Spandau**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Uber und Co regulieren: soziale Mobilität statt Verdrängungswettbewerb**

1 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich dafür  
2 einzusetzen, folgende Forderungen bei der Novellierung  
3 des Personenbeförderungsgesetzes oder durch andere ge-  
4 setzliche Regelungen sicherzustellen:

5 • Durch gewerbliche Anbieter wie Taxis, UBER, Lyft  
6 u.a. angebotene Mobilitätsdienstleistungen sind als  
7 Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu definieren.  
8 Sie müssen sich an den öffentlichen Verkehrsbe-  
9 dürfnissen orientieren und sich der Qualitätssiche-  
10 rung für Nutzer und der Wahrung von Arbeitneh-

**Empfehlung der Antragskommission**

**Erledigt bei Annahme 226/I/2019 (Konsens)**

- 11 merrechten verpflichten.
- 12 • Das Personenbeförderungsgesetz ist so auszuge-
- 13 stallen, das es auch die Mobilitätsdienstleistun-
- 14 gen neuer Anbieter wie UBER und Lyft (sog. Ride-
- 15 Hailing-Plattformen) reglementiert.
- 16 • Es muss eine gesetzlich klare und in der Praxis
- 17 überprüfbare Abgrenzung zwischen Taxi- bzw.
- 18 Mietwagen-/Chauffeurdienstleistungen geben.
- 19 Diese Abgrenzung soll u.a. bei der Vermittlung
- 20 von Mietwagen-/Chauffeurdienstleistungen eine
- 21 Karenzzeit von mindestens 60 Minuten zwischen
- 22 Auftragsannahme und Vermittlung bzw. Abfahrt
- 23 der Fahrzeuge zum Kunden zwingend vorschreiben.
- 24 • Die Tarifpflicht für Taxis im Personenbeförderungs-
- 25 gesetz muss erhalten bleiben und auf die neuen An-
- 26 bieter wie UBER und Lyft ausgeweitet werden. Flexi-
- 27 ble, nachfrageabhängige Fahrtpreise sind durch die
- 28 Festschreibung zu verhindern.
- 29 • Für neue Anbieter von Mobilitätsdienstleistungen
- 30 die Taxidienstleistungen anbieten ist unter der Vor-
- 31 aussetzung, das für Sie auch sämtliche gesetzlichen
- 32 Regularien des Taxigewerbes gelten, die Rückkehr-
- 33 pflicht an den Betriebsitz aufzuheben. Insbeson-
- 34 dere sind das die Tarifpflicht, die Genehmigungsp-
- 35 flicht, die Kennzeichnungspflicht und die planeri-
- 36 sche Einbindung in den ÖPNV.
- 37 • Alle Unternehmen, die Taxi- und Mietwagen-
- 38 /Chauffeurdienstleistungen anbieten, müssen
- 39 zur ausnahmslosen und verbindlichen Nutzung
- 40 von Fiskaltaxameter, automatisierten Auftrags-
- 41 eingangsbücher und Wegstreckenzählern und
- 42 zur Übermittlung aller notwendigen Daten an
- 43 die Aufsichts- und Finanzbehörden zur genauen
- 44 steuerliche Erfassung der generierten Umsätze
- 45 verpflichtet werden.
- 46 • Zur Schaffung zusätzlicher Mobilität im ländlichen
- 47 Raum und in städtischen Randgebieten müssen
- 48 Chancen und Möglichkeiten digitaler Mobilitäts-
- 49 plattformen genutzt werden. Hierfür dürfen bei Be-
- 50 darf die Genehmigungskriterien für diese Unter-
- 51 nehmen gelockert werden können. Die Angebots-
- 52 und Preismechanismen müssen allerdings kommunal
- 53 gesteuert und an die Bedarfe der Bevölkerung
- 54 angepasst werden.
- 55 • Die Fahrer von Taxis, Mietwagen- und Chauffer-
- 56 diensten müssen im Regelfall sozialversicherungs-
- 57 pflichtig angestellte Mitarbeiter der entsprechen-
- 58 den Unternehmen sein. Scheinselbstständigkeiten,
- 59 die Umgehung des gesetzlichen Mindestlohns und
- 60 die Anmeldung von Mitarbeitern mit falschen nied-
- 61 rigen Arbeitszeiten muss durch konsequente Kon-
- 62 trollen konsequent bekämpft werden.

63

64

65 **Begründung**

66 Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU auf Bun-  
67 desebene haben sich die Parteien zu einer Modernisie-  
68 rung des Personenbeförderungsrechts verpflichtet. Die  
69 Rede ist von regulatorischen Entlastungen des Taxi- und  
70 Mietwagenbetriebs, aber auch von Steuerungsmöglich-  
71 keiten der Kommunen und sozialen Rahmenbedingungen  
72 zum Schutz der Beschäftigten.

73

74 Bundesverkehrsminister Scheuer (CSU) kündigte im No-  
75 vember 2018 an, bis 2021 Ride-Hailing-Plattformen in  
76 Deutschland uneingeschränkt zulassen zu wollen. Als Ar-  
77 gumente führte er vor allem Mobilität für den schlecht an  
78 den ÖPNV angebundenen ländlichen Raum, und bedarfs-  
79 gerechte Lösungen für ältere Menschen an.

80 Es ist dringend notwendig, dass die SPD zu diesem Thema  
81 eine klare, regulierende Position bezieht!

82

83 Die Schaffung von bedarfsgerechten Lösungen für ältere  
84 Menschen durch die Nutzung der Digitalisierung und die  
85 Schaffung von zusätzlicher Mobilität spielt in den Unter-  
86 nehmenszielen von Ride-Hailing-Plattformen keine Rolle.

87

88 Der entscheidende Treiber der Unternehmensaktivitäten  
89 ist die erwartete hohe Rendite im deutschen Taximarkt.  
90 Entscheidender Wettbewerbsfaktor und -vorteil dieser  
91 Plattformen ist schlicht und ergreifend der Preis:

92

93 Ride-Hailing-Plattformen beschäftigen ihre Fahrer derzeit  
94 zum Großteil in scheinselfständigen Beschäftigungsver-  
95 hältnissen und umgehen damit die Sozialversicherungsp-  
96 flicht. In Deutschland operieren diese Plattformen mit  
97 Hilfe von Mietwagenfirmen und umgehen damit be-  
98 stehende Regulierungen auf dem Markt für Taxidienst-  
99 leistungen. Durch die Scheinselbständigkeit untergraben  
100 Sie den gesetzlichen Mindestlohn.

101

102 Zudem melden die Mietwagenfirmen Ihre Fahrer, die  
103 nicht scheinselfständig sind, entweder gar nicht oder nur  
104 mit nur geringen Gehältern bei den Sozialversicherungs-  
105 trägern an. Sie begehen dadurch Sozialversicherungsbe-  
106 trug, weil Sie die eigentlich fälligen Beiträge an die Kran-  
107 kenkassen schmälern.

108

109 Durch die Einsparungen bei der Sozialversicherung und  
110 beim Lohn der Fahrer sind sie in der Lage ihren Kunden  
111 einen günstigeren Preis anbieten als Taxis. Diese werden  
112 durch die ungleichen Wettbewerbsbedingungen in die  
113 Schattenwirtschaft getrieben, ein bereits ohnehin großes  
114 Problem in der Taxiwirtschaft. Es entsteht ein gegensei-  
115 tiger Unterbietungswettbewerb auf dem Rücken der Be-  
116 schäftigten.

117

118 Die Mitarbeiter mit den falschen niedrigen Gehältern wie-  
119 derum gehen zu den Jobcentern und lassen sich ihre nied-  
120 rigen Einkommen zusätzlich durch diese aufstocken. Auch

121 Sie begehen systematisch Sozialversicherungsbetrug.  
122

123 Einige Mietwagenfirmen, die Aufträge für Ride-Hailing-  
124 Plattformen ausführen, zahlen ihren Fahrern zwar Löhne  
125 oberhalb des gesetzlichen Mindestlohns, jedoch sind sie  
126 dafür auf Subventionen der Ride-Hailing Konzerne ange-  
127 wiesen. In einem Markt, in dem die Kostensenkungspo-  
128 tentiale eigentlich komplett ausgeschöpft sind, werden so  
129 kleinere, sauber arbeitende Unternehmen durch interna-  
130 tionale Großunternehmen mit üppigem Investorenkapi-  
131 tal verdrängt. Ziel ist es möglichst schnell hohe Marktan-  
132 teile zu gewinnen und Wettbewerber aus dem Markt zu  
133 drängen. In vielen Ländern weltweit sind inzwischen klas-  
134 sische Taxibetriebe nicht mehr oder nur mit einem gerin-  
135 gen Anteil am Markt tätig.  
136

137 Ferner belasten Ride-Hailing-Plattformen die Umwelt und  
138 den Verkehr zusätzlich: Studien aus US-Großstädten zei-  
139 gen einen erheblich steigenden Individualverkehr. Viele  
140 Menschen bestellen sich für Strecken, die ansonsten zu  
141 Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem ÖPNV zurückgelegt  
142 wurden, einfach ein Auto. Pooling findet nur selten statt.  
143 Der ÖPNV wird so kannibalisiert und prekariert. Denn  
144 Leute, die es sich leisten können, bestellen sich ein Auto.  
145 Der ÖPNV wird dadurch zum Fortbewegungsmittel der Ar-  
146 men und Benachteiligten degradiert. Einnahmen und In-  
147 vestitionen sinken. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird  
148 von privaten Akteuren verdrängt. Es entsteht eine Klasse  
149 der Hypermobilen, und eine Klasse der Abhängigen. New  
150 York City hat nun reagiert, und als erste Stadt in den USA  
151 die Zulassungen für Ride-Hailing Fahrzeuge gedeckelt.  
152

153 Der ländliche Raum profitiert von solchen Ride-Hailing-  
154 Plattformen übrigens kaum, da sie sich nachweislich auf  
155 urbane Ballungsgebiete konzentrieren, in denen sie hohe  
156 Auftragsvolumina erwarten. Die technischen Potentiale  
157 von digital koordinierten Ride-Hailing-Lösungen sind da-  
158 bei wirklich groß. Sie könnten den ÖPNV in nicht- oder nur  
159 unzureichend ausgebauten Gebieten punktuell ergänzen  
160 und flexible Angebote auf Versorgungslücken ermögli-  
161 chen. Einerseits, dort wo der ÖPNV ist. Andererseits kön-  
162 nen Bevölkerungsgruppen wie Ältere oder Menschen mit  
163 Handicap, die den ÖPNV nur noch eingeschränkt wahr-  
164 nehmen können, weiterhin Zugang zu Mobilität erhalten.  
165 Dies kann – unter den richtigen Rahmenbedingungen –  
166 insgesamt zu einer stärkeren gesellschaftlichen Teilhabe  
167 und Vernetzung führen.  
168

169 Für das CSU-geführte Bundesverkehrsministerium heißen  
170 diese Rahmenbedingungen jedoch „privat statt Staat.“  
171 Der wissenschaftliche Beirat des BMVI empfiehlt in ei-  
172 nem Gutachten aus dem Februar 2017 den Taximarkt kom-  
173 plett für neue Wettbewerber zu öffnen und die kommun-  
174 al vorgegebene Tarifpflicht abzuschaffen. Die Kosten von  
175 Fahrten sollen so komplett über Angebot und Nachfra-

176 ge vom Markt geregelt werden. Konzessionsbeschränkungen  
 177 gen sollen flächendeckend aufgehoben werden, sodass  
 178 ein komplett offener, preislich deregulierter Markt entstehen soll. Die Beispiele aus den USA zeigen jedoch, wohin ein solcher Markt führt: ein neues Feld prekärer Beschäftigung, steigender Individualverkehr, stärkere Umweltbelastung, Kannibalisierung des Taxigewerbes und des ÖPNV, geschwächte öffentliche Daseinsvorsorge, eingeschränkte politische Steuerungsfähigkeit. Eine solche Deregulierung und Liberalisierung des Taximarktes lehnen wir ab. Vielmehr fordern wir unsere Bundesfraktion auf darauf hinzuwirken, dass ein fairer Wettbewerb für alle Marktteilnehmer unter den selben rechtlichen Rahmenbedingungen sich entwickelt. Unsere Forderungen in diesem Antrag sind wichtige Regulierungsbausteine, die die Schaffung eines „Level Playing Field“ für alle ermöglichen.

#### Antrag 226/I/2019

Abt. 03/13 Prenzlauer Berg NO

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

#### Uber und Co regulieren: soziale Mobilität statt Verdrängungswettbewerb

1 Anbieter von digitalen Mobilitätsplattformen, sogenannte Ride-Hailing Plattformen (wie z.B. Uber oder Lyft), werden mit einem modernen, digitalen und frischen Image. Sie versprechen Innovation durch Digitalisierung. Sie versprechen Vorteile gegenüber den alten Mobilitätsangeboten wie Taxen oder dem ÖPNV aufgrund ihrer Fähigkeit sich flexibel auf die Bedürfnisse ihrer Kunden einzustellen. Auch die Umwelt soll geschont werden: da beispielsweise mehrere Menschen sich eine Fahrt zur Arbeit teilen können (sogenanntes Pooling), sorgt dies für eine Reduzierung des Individualverkehrs und für eine Entlastung der Straßen sowie der Umwelt. Wer flexibel und selbstbestimmt seinen Monatsverdienst aufbessern wollte, könne außerdem einfach selbst zur Fahrer\*in werden.

15  
 16 Bundesverkehrsminister Scheuer (CSU) kündigte indes im November 2018 an: bis 2021 sollen Ride-Hailing Dienste in Deutschland uneingeschränkt zugelassen werden. Als Argumente führte er vor allem Mobilität für den schlecht an den ÖPNV angebundenen ländlichen Raum, und bedarfsgerechte Lösungen für ältere Menschen an.

22  
 23 Jenseits der Imagekampagnen und Versprechen sieht die Realität von Ride-Hailing Plattformen jedoch deutlich anders aus. Die Digitalisierung ist in ihrem Geschäftsmodell lediglich ein untergeordneter Faktor. Apps wie MyTaxi sind bereits seit einigen Jahren in der Lage den Komfort der schnellen Bestellung einer Fahrt per Smartphone auch für traditionelle Taxis bereitzustellen. Der wahre Wettbe-

#### Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

30 werbsvorteil von diesen Plattformen ist schlicht und er-  
31 greifend: der Preis.

32

33 Ride-Hailing Plattformen beschäftigen ihre Fahrer\*innen  
34 derzeit zum Großteil in scheinselfständigen Beschäfti-  
35 gungsverhältnissen, umgehen damit die Sozialversiche-  
36 rungspflicht. In Deutschland operieren diese Plattformen  
37 mit Hilfe von Mietwagenfirmen. Dadurch lassen sich be-  
38 stehende Regulierungen umgehen. Auch an den gesetz-  
39 lichen Mindestlohn sind sie dadurch nicht gebunden. Sie  
40 können deshalb ihren Kund\*innen einen günstigeren Preis  
41 anbieten als Taxis. Diese werden durch die ungleichen  
42 Wettbewerbsbedingungen in die Schattenwirtschaft ge-  
43 trieben, ein bereits ohnehin großes Problem in der Taxi-  
44 wirtschaft. Es entsteht ein gegenseitiger Unterbietungs-  
45 wettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten.

46

47 Einige Mietwagenfirmen, die Aufträge für Ride-Hailing  
48 Plattformen ausführen, zahlen ihren Fahrer\*innen zwar  
49 trotz der niedrigen Preise Löhne oberhalb des gesetzlichen  
50 Mindestlohns, jedoch sind sie dafür auf Subventionen der  
51 Ride-Hailing Konzerne angewiesen. In einem Markt, in  
52 dem die Kostensenkungspotentiale eigentlich komplett  
53 ausgeschöpft sind, werden so kleinere, sauber arbeiten-  
54 de Unternehmen durch internationale Großunternehmen  
55 mit üppigem Investorenkapital verdrängt.

56

57 Auch Verkehr und Umwelt werden durch Ride-Hailing  
58 Plattformen nicht entlastet. Im Gegenteil: Studien aus US-  
59 Großstädten zeigen: der Individualverkehr steigt erheb-  
60 lich. Viele Menschen bestellen sich für Strecken, die an-  
61 sonsten zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem ÖPNV zu-  
62 rückgelegt wurden, einfach ein Auto. Pooling findet nur  
63 selten statt. Der ÖPNV wird so kannibalisiert und prekari-  
64 siert. Denn Leute, die es sich leisten können, bestellen sich  
65 ein Auto. Der ÖPNV wird dadurch zum Fortbewegungs-  
66 mittel der Armen und Benachteiligten degradiert. Einnah-  
67 men und Investitionen sinken. Die öffentliche Daseinsvor-  
68 sorge wird von privaten Akteur\*innen verdrängt. Es ent-  
69 steht eine Klasse der Hypermobilen, und eine Klasse der  
70 Abhängigen. New York City hat nun reagiert, und als erste  
71 Stadt in den USA die Zulassungen für Ride-Hailing Fahr-  
72 zeuge gedeckelt.

73

74 Der ländliche Raum profitiert von solchen Geschäfts-  
75 modellen übrigens kaum. Ride-Hailing Plattformen kon-  
76 zentrieren sich nachweislich auf urbane Ballungsgebiete,  
77 dort wo viele lukrative Aufträge warten.

78

79 Es ist dringend notwendig, dass die SPD sich zu diesem  
80 Thema klar positioniert. Im Koalitionsvertrag zwischen  
81 SPD und CDU/CSU auf Bundesebene haben sich die Partei-  
82 en zu einer Modernisierung des Personenbeförderungs-  
83 rechts verpflichtet. Die Rede ist von regulatorischen Ent-  
84 lastungen des Taxi- und Mietwagenbetriebs, aber auch

85 von Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen und sozia-  
86 len Rahmenbedingungen zum Schutz der Beschäftigten.

87

88 Die technischen Potentiale von digital koordinierten Ride-  
89 Hailing Lösungen sind groß. Sie könnten den ÖPNV punk-  
90 tuell ergänzen. Einerseits als flexible Antwort auf Ver-  
91 sorgungslücken im ländlichen Raum oder in städtischen  
92 Randgebieten, dort wo der ÖPNV nicht- oder nur unzurei-  
93 chend ausgebaut ist. Andererseits können Bevölkerungs-  
94 gruppen wie Ältere oder Menschen mit Handicap, die den  
95 ÖPNV nur noch eingeschränkt wahrnehmen können, wei-  
96 terhin Zugang zu Mobilität erhalten. Dies kann – unter  
97 den richtigen Rahmenbedingungen – insgesamt zu ei-  
98 ner stärkeren gesellschaftlichen Teilhabe und Vernetzung  
99 führen.

100

101 Für das CSU-geführte Bundesverkehrsministerium heißen  
102 diese Rahmenbedingungen jedoch „privat statt Staat.“  
103 Der wissenschaftliche Beirat des BMVI empfiehlt in ei-  
104 nem Gutachten aus dem Februar 2017 den Taximarkt kom-  
105 plett für neue Wettbewerber zu öffnen und die kommu-  
106 nal vorgegebene Tarifpflicht abzuschaffen. Die Kosten von  
107 Fahrten sollen so komplett über Angebot und Nachfra-  
108 ge vom Markt geregelt werden. Konzessionsbeschränkun-  
109 gen sollen flächendeckend aufgehoben werden, sodass  
110 ein komplett offener, preislich deregulierter Markt ent-  
111 stehen soll. Die Beispiele aus den USA zeigen jedoch wo-  
112 hin ein solcher Markt führt: ein neues Feld prekärer Be-  
113 schäftigung, steigender Individualverkehr, stärkere Um-  
114 weltbelastung, Kannibalisierung des Taxigewerbes und  
115 des ÖPNV, geschwächte öffentliche Daseinsvorsorge, ein-  
116 geschränkte politische Steuerungsfähigkeit. Eine solche  
117 Deregulierung und Liberalisierung des Taximarktes leh-  
118 nen wir ab.

119

120

121 Für die SPD muss klar sein:

- 122 • Mobilität ist Teil öffentlicher Daseinsvorsorge. Sie  
123 muss sich an den öffentlichen Verkehrsbedürfnis-  
124 sen orientieren und sich der Qualitätssicherung  
125 für Nutzer\*innen und der Wahrung von Arbeitneh-  
126 mer\*innenrechten verpflichten.
- 127 • Wir setzen uns dafür ein, dass es unter keinen Um-  
128 ständen zu einer Aufhebung der Tarifpflicht für Taxis  
129 im Personenbeförderungsgesetz kommt. Diese ist  
130 ein unerlässliches Instrument sowohl der kommu-  
131 nalen Verkehrsplanung als auch des Verbraucherschutz-  
132 zes. Flexible, nachfrageabhängige Fahrtpreise,  
133 die sich zu Stoßzeiten oft um ein Vielfaches erhö-  
134 hen (sogenanntes Price Surging) und große Bevölkerungs-  
135 gruppen von Mobilität ausschließen, sind da-  
136 durch nicht möglich.
- 137 • Es muss gesetzlich wie auch praktisch eine klare  
138 Abgrenzung zwischen Taxi- und Mietwagengewer-  
139 be geben. Für echte Chauffeur- und Mietwagen-



140 dienste, deren Nutzung im Vorhinein verbindlich  
141 angemeldet wird, ist die gesetzliche Rückkehrpflicht  
142 weiterhin sinnvoll, da sie eindeutig einen ande-  
143 ren Markt bedienen als Taxis. Ride-Hailing Plattfor-  
144 men, die wie Taxis operieren, müssen jedoch auch  
145 rechtlich als solche behandelt werden. Eine Rück-  
146 kehrpflicht macht für sie praktisch keinen Sinn und  
147 führt zu vermeidbaren Leerfahrten. Jedoch müs-  
148 sen für Ride-Hailing Plattformen dann auch sämtli-  
149 che gesetzliche Regularien des Taxigewerbes gelten,  
150 insbesondere die Tarifpflicht, Genehmigungspflicht,  
151 Kennzeichnungspflicht und die planerische Einbin-  
152 dung in den ÖPNV. Diese Abgrenzungen sind in ei-  
153 ner Novellierung des PBefG zu berücksichtigen.

154 • Taxi-, Mietwagen- und Ride-Hailing Unternehmen  
155 müssen dazu verpflichtet werden die erforderli-  
156 chen Daten mit den zuständigen Aufsichtsbehör-  
157 den zu teilen. Dazu gehört der verbindliche, aus-  
158 nahmslose Einsatz von Fiskaltaxametern, automa-  
159 tisierten Auftragseingangsbüchern und Wegstre-  
160 ckenzählern. Nur so können konsequente Kontrol-  
161 len und eine effektive datenbasierte Abstimmung  
162 mit dem ÖPNV und anderen Verkehren gewährleist-  
163 et werden.

164

165 Um eine deutliche Abgrenzung zu taxiähnlichen Verkeh-  
166 ren zu gewährleisten muss es, bei der Vermittlung der  
167 Mietwagen, eine Karenzzeit von mindestens 15 Minuten  
168 von der Auftragsannahme bis zur Vermittlung bzw. Ab-  
169 fahrt zum Kunden der Fahrzeuge zwingend vorgeschrie-  
170 ben sein.

171 • Die Chancen und Möglichkeiten digitaler Mobili-  
172 tätsplattformen müssen erkannt und wahrgenom-  
173 men werden. Gerade im ländlichen Raum und in  
174 städtischen Randgebieten können bedarfsabhängig  
175 eingesetzte Angebote den ÖPNV ergänzen und zu-  
176 sätzliche Mobilität schaffen. Dies muss aber stets  
177 kommunal gesteuert im Sinne des öffentlichen In-  
178 teresses geschehen. Die Angebots- und Preisme-  
179 chanismen müssen deshalb politisch an die Bedar-  
180 fe der Bevölkerung angepasst werden, nicht durch  
181 einen deregulierten Markt mit Profitmotiv gesetzt  
182 werden. Eine Lockerung der Genehmigungskriterien  
183 kann in diesem Zusammenhang diskutiert werden.

184 • Fahrer\*innen müssen für ihren Beitrag zur öffent-  
185 lichen Gewährleistung von Mobilität ordentlich  
186 entlohnt werden. Sozialversicherungspflichtige  
187 Bezahlung muss der Regelfall für in Taxi/Miet-  
188 wagen/Ridehailing-Unternehmen tätigen Fah-  
189 rer\*innen sein. Scheinselbstständigkeit, sowie die  
190 Umgehung des gesetzlichen Mindestlohns, müssen  
191 im Taxi-, Mietwagen- und Ride-Hailing Gewer-  
192 be durch konsequente Kontrollen entscheiden  
193 bekämpft werden.

194

195 Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion dazu auf diese  
 196 Standpunkte im Verlauf des Prozesses zur Reform des Per-  
 197 sonenbeförderungsgesetzes zu vertreten.

**Antrag 227/I/2019**  
**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**  
**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Überweisen an: FA XI - Mobilität (Konsens)**

**Park & Ride ausbauen, dort wo es sinnvoll ist**

1 Die Fraktionen der SPD in den BVVen, im Abgeordneten-  
 2 haus und in den kommunalen Parlamenten der Branden-  
 3 burger Umlandgemeinden werden aufgefordert, das Park  
 4 & Ride-System im Brandenburger Umland und an  
 5 geeigneten Stellen im äußeren Stadtraum auszubauen.  
 6 Ein entsprechendes Konzept soll im kommunalen Nach-  
 7 barschaftsforum entwickelt werden. Das Parkticket zum  
 8 Parken in Park & Ride – Bereichen soll dabei mit der  
 9 Fahrkarte für den ÖPNV gekoppelt werden, so dass für In-  
 10 haber eines Park & Ride-Parktickets geringere Beför-  
 11 derungsentgelte erhoben werden.

**Antrag 228/I/2019**  
**KDV Pankow**  
**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Ablehnung (Kein Konsens)**

**Kampagne starten zum Schutz des Taxiwesens als Teil des ÖPNV**

1 Der SPD-Landesvorstand wird beauftragt, eine Kampagne  
 2 gegen die vom CSU-Bundesverkehrsministerium geplan-  
 3 te Deregulierung des Personenbeförderungsgesetzes zu  
 4 starten und hierzu einen Kampagnentext bis zur Landes-  
 5 vorstandssitzung am 13.04.2019 vorzulegen. Die Kampa-  
 6 gne soll zum 1. Mai 2019 im Land Berlin starten. Der Lan-  
 7 desvorstand wird aufgefordert, im Rahmen der Kampa-  
 8 gne eine Kooperation mit dem Berliner Taxiwesen diesbe-  
 9 züglich einzugehen und eine Unterschriftensammlung zu  
 10 starten.  
 11 Ziel der Kampagne ist es, das Taxiwesen als Teil der Da-  
 12 seinsvorsorge vor Verzerrungen des Wettbewerbs als Fol-  
 13 ge der geplanten Deregulierung zu schützen. Denn bei  
 14 Marktanbietern ohne Tarifpflicht werden im Gegensatz  
 15 zum Taxiverkehr soziale Aspekte völlig ausgeblendet. Ei-  
 16 ne Aufhebung der Tarifpflicht würde zulasten der sozi-  
 17 al und wirtschaftlich Schwächeren gehen sowie zulasten  
 18 des Angebots in der Fläche. Der Taxiverkehr bildet mit sei-  
 19 ner Tarif-, Beförderungs- und Betriebspflicht eine wichtige  
 20 Säule des öffentlichen Personennahverkehrs.

**Antrag 229/I/2019****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 226/I/2019 (Konsens)****Kein Sozialdumping und kein unfairer Wettbewerb im Taxigewerbe Berlin**

1 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus  
 2 von Berlin sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des  
 3 Berliner Senats werden aufgefordert, sich für folgende  
 4 Punkte einzusetzen:

- 5 1. dass das Taxigewerbe in Berlin vor unfairem Wett-  
 6 bewerb und Sozialdumping privatwirtschaftlicher  
 7 Fahrdienstleister wirkungsvoller geschützt wird. die  
 8 Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klima-  
 9 schutz entsprechende Prüfaufträge hinsichtlich der  
 10 Einhaltung der gesetzlichen Regelungen, die für den  
 11 Sektor Personenbeförderung auch für privatwirt-  
 12 schaftliche Fahrdienstleister gelten, vergibt,
- 13 2. die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und  
 14 Soziales Scheinselbständigkeit bzw. Schwarzarbeit  
 15 im Sektor Personenbeförderung durch privat-  
 16 wirtschaftlicher Fahrdienstleister konsequenter  
 17 aufspürt und bekämpft sowie
- 18 3. die Senatsverwaltung für Finanzen regelmäßig  
 19 steuerrechtliche Überprüfungen bei den privatwirt-  
 20 schaftlichen Fahrdienstleistern durchführt.

21

22

**Begründung**

24 Derzeit sind in Berlin ca. 8.000 Taxen gemeldet. Taxen  
 25 sind ein Bestandteil des Öffentlichen Personennahver-  
 26 kehrs (ÖPNV), deren Fahrerinnen und Fahrer über einen  
 27 gültigen Personenbeförderungsschein verfügen müssen.  
 28 Diesen erlangen sie, indem sie vor den beiden Technischen  
 29 Prüfstellen in Berlin, der Technischen Prüfstelle des DE-  
 30 KRA e. V. Dresden und der Technischen Prüfstelle des TÜV  
 31 Rheinland Berlin Brandenburg Pfalz e. V. die schriftliche  
 32 und mündliche Ortskundeprüfung ablegen und bestehen.  
 33 Da der Fahrpreis einer Taxifahrt größtenteils über die Fahr-  
 34 strecke ermittelt wird, sind die Berliner Taxifahrer grund-  
 35 sätzlich verpflichtet, für die Fahrgastbeförderung die kür-  
 36 zeste Strecke zu nehmen. In der mündlichen Ortskunde-  
 37 prüfung wird die kürzeste Strecke vom Start zum Ziel ab-  
 38 gefragt.

39

40 Zur Erlangung eines Personenbeförderungsscheins ist, ne-  
 41 ben der abzulegenden Ortskundeprüfung, die Vorlage ei-  
 42 nes Führerscheins, eines polizeilichen Führungszeugnis-  
 43 ses, eine Bescheinigung über die körperliche und geisti-  
 44 ge Eignung, eine Bescheinigung über die ärztliche Unter-  
 45 suchung des Sehvermögens sowie die Ableistung eines  
 46 Funktions- und Leistungstests erforderlich.

47

48 Die Kosten für die Erlangung eines Personenbeförde-  
 49 rungsscheins belaufen sich auf ca. 250 €.

50

51 Zu den ca. 8.000 Taxen in Berlin sind in der Vergangen-  
52 heit neben den ca. 2.000 Mietwagen von UBER noch soge-  
53 nannte Ridesharing-Dienste wie Allygator (die laut Home-  
54 page für eine Fahrt vom Rosenthaler Platz zum Kottbus-  
55 ser Tor nur 0,25 € berechnen) und CleverShuttle, auf den  
56 Markt gestoßen, deren Fahrer über keinerlei nachgewie-  
57 sener Ortskunde verfügen müssen. Lediglich ein gülti-  
58 ger Führerschein ist Voraussetzung – ein funktionierendes  
59 Navigationsgerät ersetzt mangelnde Ortskenntnis.

60

61 Die von den privatwirtschaftlichen Fahrdienstleistern an-  
62 gegebenen Entgelte können augenscheinlich nicht kos-  
63 tendendeckend sein und nur auf Grund massiver Bezuschus-  
64 sung aufrecht erhalten werden.

65

66 Anders als Taxen hat ein Mietwagen gem. § 49 Abs. 4 Satz  
67 3 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) unverzüglich nach  
68 Ausführung des Beförderungsauftrag zu seinem Betriebs-  
69 sitz zurück zu kehren und von dort den nächsten Auf-  
70 trag in Empfang zu nehmen. Allein schon aus betriebs-  
71 wirtschaftlichen Gründen halten sich die wenigsten Fahr-  
72 dienstanbieter an diese Rückkehrpflicht und warten statt-  
73 dessen z.B. am Flughafen Tegel in den Haltebuchten wi-  
74 derrechtlich auf neue Fahrgastaufträge. Hier muss die  
75 Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz  
76 zum Schutze des Taxigewerbes Wege finden, die sicher-  
77 stellen, dass die gesetzliche Rückkehrpflicht, insbesonde-  
78 re bei Fahrdienstleistern, die gemäß Kfz.-Kennzeichen aus  
79 dem Berliner Umland kommen, flächendeckend und kon-  
80 sequent eingehalten wird und dies ebenso konsequent  
81 und flächendeckend zu überprüfen!

82

83 Anders als das Taxigewerbe unterliegen private Fahr-  
84 dienstleister nicht einer Beförderungspflicht, sodass jeder  
85 Fahrer eher nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspun-  
86 kten entscheidet, ob er Fahrten annimmt oder nicht und zu  
87 welchem Preis er das tut.

88

89 Darüber hinaus muss die Senatsverwaltung für Integrati-  
90 on, Arbeit und Soziales Fälle von Scheinselbständigkeit bei  
91 privatwirtschaftlichen Fahrdienstleistern aufspüren, ahn-  
92 den und Wege finden, diese dauerhaft zu unterbinden um  
93 somit Sozialdumping zu beseitigen.

94

95 Das Taxigewerbe hat mit der Einführung des Fiskaltaxa-  
96 meters für steuerliche Transparenz gesorgt und ist damit  
97 maßstabgebend für den Personenbeförderungssektor ge-  
98 worden. Die Senatsverwaltung für Finanzen muss sicher-  
99 stellen bzw. überprüfen, dass bzw. ob die privaten Fahr-  
100 dienstleister ebenso transparent ihren steuerlichen Ver-  
101 pflichtungen nachkommen.

102

103 Wettbewerb im Personenbeförderungssektor ist nur dann  
104 sinnvoll und fair, wenn sich alle Beteiligten an gesetzli-  
105 che Vorgaben halten und nicht eigene Regeln aufstellen.

106 Der Senat von Berlin hat eine besondere Verantwortung  
 107 für das Taxengewerbe als Bestandteil des ÖPNV und hat  
 108 damit die Verpflichtung, das Taxengewerbe und ihre Be-  
 109 schäftigten vor unfairem Wettbewerb zu schützen.

**Antrag 230/I/2019**  
**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**  
**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Nichtbefassung (Kein Konsens)**

**Sicherer Schulweg – ohne Elterntaxi!**

1 Die Abgeordneten der SPD auf Bezirks-, Landesebene und  
 2 die Mitglieder im Senat und den Bezirksamtern werden  
 3 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Schüler\*innen  
 4 an Berliner Schulen ihre Schule verkehrssicher zu Fuß er-  
 5 reichen können. Im unmittelbaren Schulumfeld sind Fuß-  
 6 gängerüberwege an Straßen besonders zu sichern und  
 7 das ordnungswidrige Halten von sogenannten „Elterntaxi-  
 8 s“ in der zweiten Reihe oder auf Geh- und Radwegen im  
 9 unmittelbaren Schulumfeld zu verhindern.

10

11 Stattdessen sollten in angemessener Entfernung vom  
 12 Schuleingang (200m) temporäre Haltezonen sogenannte  
 13 „Kiss and Ride – Zonen“ eingerichtet werden. Dort können  
 14 Eltern, die auf den Autotransport nicht verzichten können  
 15 oder wollen, ihre Schulkinder aussteigen lassen und ver-  
 16 abschieden, bevor diese die letzten Meter zur Schule zu  
 17 Fuß bewältigen.

18

19 Im begründeten Einzelfall sollte darüber hinaus geprüft  
 20 werden, ob untergeordnete Straßen vor Schuleingängen  
 21 sogar temporär (z.B. von 7 Uhr 30 – 8 Uhr 15 und von 12 Uhr  
 22 – 13 Uhr) für den privaten Kraftfahrzeugverkehr gesperrt  
 23 werden können.

24

**Begründung**

26 Vor vielen Berliner Schulen gehört der tägliche Stau  
 27 von anliefernden und abholenden Elternfahrzeugen so-  
 28 genannten „Elterntaxi“, die oft minutenlang ordnungs-  
 29 widrig vor den Schulen halten oder sogar abgestellt wer-  
 30 den, zum Alltag. Beim Ein- und Aussteigen der Kinder und  
 31 durch die damit sehr unübersichtliche Verkehrssituation  
 32 werden dabei häufig nicht nur diese selbst, sondern auch  
 33 andere Kinder, die zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule  
 34 kommen behindert oder sogar gefährdet.

35

36 „Kiss and Ride – Zonen“, für die es in einzelnen ande-  
 37 ren europäischen Ländern sogar ein eigenes Verkehrszei-  
 38 chen gibt, haben sich dagegen bereits bewährt und kön-  
 39 nen zur Entspannung des Fahrzeugverkehrs zu Schulbe-  
 40 ginn und Schulende erheblich beitragen. Natürlich funk-  
 41 tionieren solche Angebote nur, wenn sie durch Polizei und  
 42 Ordnungsämter konsequent von Falschparker\*innen frei-

43 gehalten werden.

44

#### Antrag 231/I/2019

KDV Friedrichshain-Kreuzberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

#### Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Beschlusslage (Konsens)

#### Sofortige Einführung einer Kerosinsteuer und der Mehrwertsteuer auf Langstreckenflüge

1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die sozial-  
2 demokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden  
3 aufgefordert sich dafür für folgende Forderungen einzu-  
4 setzen:

- 5 • Die steuerliche Subvention von Kerosin in Deutsch-  
6 land soll komplett eingestellt werden und stattdes-  
7 sen auf Kerosin eine Kerosinsteuer (ähnlich der Mi-  
8 neralölsteuer) gezahlt werden.
- 9 • Europaweit soll somit eine Steuer auf Kerosin einge-  
10 führt werden. Deutschland soll mit gutem Beispiel  
11 voran gehen. Die Erlöse aus der Kerosinsteuer sollen  
12 in einen gemeinsamen europäischen Fonds fließen.
- 13 • Auf die Preise für internationale Langstreckenflüge  
14 soll die ganz normale Mehrwertsteuer gezahlt wer-  
15 den.

16

17

#### 18 Begründung

19 Das Flugzeug ist das mit Abstand umweltschädlichste  
20 Verkehrsmittel. Der Ausstoß von CO<sub>2</sub> Äquivalenten liegt  
21 mit 211 Gramm / Personenkilometer wesentlich höher als  
22 der Wert des PKW mit 142. Gramm / Personenkilometer  
23 sowie mehr als fünfmal so viel wie die Bahn im Fernver-  
24 kehr (41 Gramm/Personenkilometer). Verstärkt wird die-  
25 ser Ausstoß durch die beim Fliegen üblichen sehr langen  
26 Distanzen. Bei einem Flug zu einem bei jungen Leuten  
27 beliebten Reiseziel nach Australien, werden mit Hin- und  
28 Rückflug ca. 29.000 km zurückgelegt. Mit dem in Punkt 1  
29 erwähnten Faktor ergibt sich somit ein Ausstoß an CO<sub>2</sub>  
30 Äquivalenten der vergleichbar ist mit 43.000 mit dem  
31 PKW zurück gelegten Kilometern.

32

33 Fliegen ist die umweltschädlichste Methode der Fortbe-  
34 wegung und genießt trotzdem satte Steuerprivilegien.  
35 Lufthansa, EasyJet & Co. tanken steuerfrei, grenz-  
36 überschreitende Flüge sind überdies von der Mehrwert-  
37 steuer befreit. So entgeht dem Bund pro Jahr mindestens  
38 eine Milliarde Euro an Steuern, zudem heizt diese Subven-  
39 tionierung das Wachstum des Luftverkehrs an. Von 93 auf  
40 fast 144 Millionen stieg die Zahl der Passagiere auf deut-  
41 schen Flughäfen in den vergangenen zehn Jahren.

42

43 Man braucht kein Ökologe zu sein, allein schon ein fairer

44 Wettbewerb geböte die Kerosinbesteuerung: Gegenüber  
 45 der Bahn, die Mineralöl-, Strom-, Öko- und Mehrwertsteuer  
 46 zahlt, haben Fluggesellschaften pro Passagier auf der  
 47 Strecke Hamburg-München und zurück einen Steuervorteil  
 48 von 39 €. Gerade Billigfluglinien wie EasyJet und Ryanair  
 49 werben mit unseriös billigen Flügen für 39 € nach  
 50 Ägypten oder sonst wohin zu fliegen. Und spricht noch  
 51 dreist in ihrer Werbung die „Generation EasyJet“ an. Wer  
 52 unbedingt zum Baden nach Ägypten muss, soll auch einen  
 53 ordentlichen und nicht steuersubventionierten Preis  
 54 für sein Ticket zahlen.  
 55

**Antrag 232/I/2019****FA XI - Mobilität**

Der Landesparteitag möge beschließen:

**Ausbau und Elektrifizierung der Ostbahn Berlin – Kostrzyn nad Odr (Küstrin), zur Direktanbindung von Berlin nach Polen und Osteuropa**

1 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-  
 2 Mitglieder im Senat werden aufgefordert, sich verstärkt  
 3 und in enger Zusammenarbeit mit der Landesregierung  
 4 Brandenburg und der SPD Fraktion im brandenburgischen  
 5 Landesparlament für die Elektrifizierung und den schritt-  
 6 weisen zweigleisigen Ausbau der Ostbahn einzusetzen.  
 7

8 Da der Bund die Bahnstrecke nicht im Bundesverkehrswe-  
 9 geplan berücksichtigt hat, sind hierfür - unter finanzieller  
 10 Mitbeteiligung der Länder Berlin und Brandenburg - alle  
 11 Finanzierungsmöglichkeiten des Bundes und der Europäi-  
 12 schen Union zu nutzen (u. a. das „Sonderprogramm Elek-  
 13 trifizierung“ und die EU-Programme „Connecting Europe  
 14 Facilities (CEF) sowie INTERREG)).  
 15

16 Der Berliner Senat wird aufgefordert, zeitnah:

- 17 • Eine Initiative bei der EU Kommission und im Eu-  
 18 ropaparlament zur Aufnahme dieser Strecke in das  
 19 TEN-T Ergänzungsnetz als Entlastungsstrecke zur  
 20 überlasteten „Rail Baltica“ (Berlin – Frankfurt (Oder)  
 21 – Posen – Baltikum/Russland/China) zu starten;
- 22 • die Vorplanungen zur Elektrifizierung und zum  
 23 zweigleisigen Ausbau als Vorleistung auf eigene In-  
 24 itiative zu beginnen und nicht auf den Bund zu war-  
 25 ten;
- 26 • zügig die infrastrukturellen Voraussetzungen zu  
 27 schaffen, damit für die wachsenden Pendler\*innen-  
 28 ströme im Abschnitt zwischen Berlin Ostkreuz und  
 29 Müncheberg bis 2022 ein 30-Minuten-Takt möglich  
 30 ist;
- 31 • nach dem Vorbild der Vereinbarung zum zweigleisi-  
 32 gen Ausbau Berlin - Stettin durch finanzielle Betei-  
 33 ligung der beiden Länder das zweite Gleis zu rea-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

34           lisieren, damit das Regionalangebot für die wach-  
35           sende Hauptstadtregion verbessert und Fernzüge  
36           in Richtung Pia (Schneidemühl), Bydgoszcz (Brom-  
37           berg) und Kaliningrad (Königsberg) angeboten wer-  
38           den können, sowie ausreichende Kapazitäten für die  
39           steigenden Gütertransporte auf der Rail Baltica und  
40           der „Eisernen Seidenstraße“ geschaffen werden.

41

42

43   **Begründung**

44   Die seit der Demontage durch die Sowjetunion im Jahr  
45   1946 eingleisige Hauptverkehrsstrecke ist schon heute  
46   völlig überlastet. Dies gilt auch für die Frankfurter Bahn  
47   (über Frankfurt/Oder) mit dem dichten Regionalbahn-  
48   angebot, dem wachsenden Schienenpersonenfernverkehr  
49   und dem wachsenden Containerverkehr aus Richtung  
50   China und Russland. Schon heute wird die Ostbahn als  
51   Umleitungs- und Entlastungstrecke benötigt. Tagsüber  
52   gibt es jedoch keine Kapazitäten wegen der Eingleisigkeit.

53

54   Mit dem Wiederaufbau des zweiten Gleises könnte die  
55   Fahrzeit von den benachbarten Großstadt Gorzów (Lands-  
56   berg/Warthe) von 130 auf 93 Minuten verkürzt werden.  
57   Auf polnischer Seite wird die Strecke bereits modernisiert  
58   und ist auch zweigleisig. Eine Elektrifizierung ist auf pol-  
59   nischer Seite bereits geplant.



## Soziales

### Antrag 202/II/2018

KDV Lichtenberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

#### Höchstnachhaltigkeitsrücklage neu definieren

- 1 Nach aktuellem Recht werden die Beiträge zur Rentenver-
- 2 sicherung neu berechnet, wenn die Nachhaltigkeitsrück-
- 3 lage unter 20% der durchschnittlichen Monatsausgaben
- 4 sinkt oder 150% übersteigt. Aufgrund dieser Deckelung ist
- 5 es nicht möglich, für bereits bekannte zukünftige Renten-
- 6 ansprüche Rücklagen zu bilden. Dies hat zur Folge, dass
- 7 voraussichtlich im Jahr 2023 der Beitragssatz von 18,8%
- 8 auf 19,9% springt und in den Folgejahren weiter ansteigt.
- 9
- 10 Daher fordern wir die Nachhaltigkeitsrücklage zu einer
- 11 Demografiereserve umbauen und entsprechend zukünfti-
- 12 ger Rentenansprüche nach oben auszudehnen, besser ab-
- 13 zuschaffen, und dabei die demografische Entwicklung in
- 14 der Rentenversicherung zu berücksichtigen. Um zukünf-
- 15 tige Beitragssteigerungen abzuflachen fordern wir außer-
- 16 dem die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung be-
- 17 reits ab dem Jahr 2019 in kleinen Schritten anzupassen.
- 18

#### Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: AG 60plus, ASG, FA IX - Gesundheit, So-

ziales und Verbraucherschutz (Konsens)

(WIEDERVORLAGE | LPT II/2018: Überwiesen an FA VII -  
Wirtschaft und Arbeit)

### Antrag 203/II/2018

KDV Lichtenberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

#### Neues Erwerbsminderungsrentenrecht für alle

- 1 Erwerbsminderungsrenten unterliegen heute einem ho-
- 2 hen Armutsrisiko. Die Erwerbsminderungsrente liegt heu-
- 3 te bei durchschnittlich 790 Euro monatlich. Für uns ist es
- 4 ein sozialstaatliches Gebot, Menschen, die aus gesund-
- 5 heitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, eine Ren-
- 6 te in Würde, also oberhalb der Armutsgrenze, zu ermög-
- 7 lichen. Wir fordern, dass die Zurechnungszeit für alle er-
- 8 werbsgeminderten Rentner von 62 Jahren und drei Mona-
- 9 ten schrittweise auf 65 Jahre und acht Monate angehoben
- 10 wird. Wir fordern daher die Abschläge auf Erwerbsminde-
- 11 rungsrenten abzuschaffen.

#### Empfehlung der Antragskommission

Erledigt bei Annahme 241/I/2019 (Konsens)

(WIEDERVORLAGE | LPT II/2018: Überwiesen an FA VII -  
Wirtschaft und Arbeit)

**Antrag 205/II/2018****KDV Lichtenberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: AG 60plus, FA IX - Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (Konsens)****Trennungsgebot beitragsgedeckter und versicherungsfremder Leistungen gesetzlich verankern**

1 Um die gesetzliche Rente als Garant einer lebensstan-  
 2 dardsichernden Altersrente zu sichern, sind wir über-  
 3 zeugt, dass sie nicht durch versicherungsfremde Leistun-  
 4 gen finanziell geschwächt werden darf.

5  
 6 Der Bund soll gesetzlich verpflichtet werden diese Leis-  
 7 tungen aus Steuergeldern in gleicher Höhe zu ersetzen.  
 8 Dabei handelt es sich nicht um einen Zuschuss, sondern  
 9 um einen Pflichtanteil aus dem steuerfinanzierten Bun-  
 10 deshaushalt. Dieser Pflichtanteil dient als Ausgleichszah-  
 11 lung des finanziellen Aufkommens versicherungsfremder  
 12 Leistungen.

13  
 14 Wir fordern daher nicht beitragsgedeckte Leistungen (ver-  
 15 sicherungsfremde Leistungen) per Gesetz genau zu defi-  
 16 nieren!

17  
 18 **Begründung**  
 19 Zu den versicherungsfremden Leistungen gehören zum  
 20 Beispiel:

- 21 • Ersatzzeiten
- 22 • Zeiten nach dem Fremdrentengesetz
- 23 • Anrechnungszeiten
- 24 • Vorzeitige Altersrenten ohne Abschlag
- 25 • Sämtliche Erziehungszeiten für Kinderbetreuung
- 26 • Erwerbsminderungszeiten wegen Arbeitsmarktlage
- 27 • Renten nach Mindesteinkommen
- 28 • Höherbewertungen der Berufsausbildung
- 29 • Wanderungsausgleich
- 30 • Anteil der Rentenversicherung zur Krankenversiche-  
 31 rung und der Pflegeversicherung
- 32 • Nachgezahlte Beiträge
- 33 • Weitere nicht beitragsgedeckte Leistungen
- 34 • Ausgaben der sogenannten Mütterrente
- 35 • Renten aus Beschäftigung in einem Ghetto
- 36 • Altersrente für besonders langjährig Versicherte
- 37 • Vereinigungsbedingte Leistungen wie der West-  
 38 Ost-Transfer
- 39 • Hinterbliebenenversorgung

40  
 41 Sowie die Verwaltungskosten welche bei der Bearbeitung  
 42 von Anträgen auf versicherungsfremde Leistungen ent-  
 43 stehen

(WIEDERVORLAGE | LPT II/2018: Überwiesen an FA VII -  
 Wirtschaft und Arbeit)

**Antrag 233/I/2019****KDV Marzahn-Hellersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Soziale Gerechtigkeit auch für Empfänger von Arbeitslosengeld I**

1 Die Mitglieder der Bundestagsfraktion der Sozialdemo-  
 2 kratischen Partei Deutschlands sollen sich dafür einset-  
 3 zen, dass der § 149 des SGB III der, wie folgt, lautet:

4

5 Das Arbeitslosengeld beträgt: 1. für Arbeitslose, die min-  
 6 destens ein Kind im Sinne des § 32 Absatz 1, 3 bis 5 des Ein-  
 7 kommensteuergesetzes haben, sowie für Arbeitslose, de-  
 8 ren Ehegattin, Ehegatte, Lebenspartnerin oder Lebens-  
 9 partner mindestens ein Kind im Sinne des § 32 Absatz  
 10 1, 3 bis 5 des Einkommensteuergesetzes hat, wenn bei-  
 11 de Ehegatten oder Lebenspartner unbeschränkt einkom-  
 12 mensteuerpflichtig sind und nicht dauernd getrennt le-  
 13 ben, 67 Prozent (erhöhter Leistungssatz),

14 2. für die übrigen Arbeitslosen 60 Prozent (allgemei-  
 15 ner Leistungssatz) des pauschalierten Nettoentgelts (Leis-  
 16 tungsentgelt), das sich aus dem Bruttoentgelt ergibt, das  
 17 die oder der Arbeitslose im Bemessungszeitraum erzielt  
 18 hat (Bemessungsentgelt).

19

20 Wie folgt, geändert wird:

21

22 Das Arbeitslosengeld beträgt: 1. für Arbeitslose, die min-  
 23 destens ein Kind im Sinne des § 32 Absatz 1, 3 bis 5 des Ein-  
 24 kommensteuergesetzes haben, sowie für Arbeitslose, de-  
 25 ren Ehegattin, Ehegatte, Lebenspartnerin oder Lebens-  
 26 partner mindestens ein Kind im Sinne des § 32 Absatz  
 27 1, 3 bis 5 des Einkommensteuergesetzes hat, wenn bei-  
 28 de Ehegatten oder Lebenspartner unbeschränkt einkom-  
 29 mensteuerpflichtig sind und nicht dauernd getrennt le-  
 30 ben, 75 Prozent (erhöhter Leistungssatz),

31 2. für die übrigen Arbeitslosen 70 Prozent (allgemei-  
 32 ner Leistungssatz) des pauschalierten Nettoentgelts (Leis-  
 33 tungsentgelt), das sich aus dem Bruttoentgelt ergibt, das  
 34 die oder der Arbeitslose im Bemessungszeitraum erzielt  
 35 hat (Bemessungsentgelt).

36

**37 Begründung**

38 Es wird in der letzten Zeit immer wieder darüber disku-  
 39 tiert, ob man nicht das SGB II verändern könnte, so dass  
 40 die Hartz-Reformen aus den Gesetzestexten verschwin-  
 41 den mögen. Jedoch scheint ein Jeder zu vergessen, dass  
 42 wenn man einen gewissen Anwartschaftszeitraum erfüllt  
 43 hat, man im ersten Step einen Antrag auf Arbeitslosen-  
 44 geld 1 auszufüllen hat. Gerade bei steigenden Mieten  
 45 und auch steigenden Lebenserhaltungskosten erhält man  
 46 als Arbeitslosengeld 1 - Empfänger nur einen Bruchteil des  
 47 durchschnittlich erzielten Bruttoeinkommens des jeweili-  
 48 gen Anwartschaftszeitraums, was somit bedeutet, wenn  
 49 man ehemals 2.121,84 € (12,63 € x 168 Stunden) brut-

50 to im Monat verdient hat und angenommen es war der  
 51 Durchschnittsverdienst im jeweiligen Anwartschaftszeit-  
 52 raum, erhält man anstatt 1.461,98 € netto (LoStklasse 1,  
 53 kinderlos, konfessionslos, KK AOK Nordost) im Monat, nur  
 54 noch ein Arbeitslosengeld I in Höhe von 861,00 € für volle  
 55 Monate.

56 Ein Beispiel: Deine Miete beträgt 650,00 € warm je Mo-  
 57 nat, Dein Energieerzeuger verlangt 35,00 € je Monat, Dei-  
 58 ne Telefonkosten betragen 25,00 € je Monat, Deine abge-  
 59 schlossenen Versicherungen verlangen von Dir 40,00 € im  
 60 Monat, Auto? Monatskarte? Du gehst zu Fuß!, macht zu-  
 61 sammen Grundkosten in Höhe von 750,00 € im Monat.  
 62 Verbleiben würden nun 111,00 € im Monat. Pro Woche sind  
 63 dies (geteilt durch 4,33) 25,64 €.

64

65 Halten wir dies für SOZIAL GERECHT? 25,64 € nach Abzug  
 66 der Grundkosten zum Leben pro Woche?

67 Und dies ist schon seit Jahren ein Dorn im Auge der Arbeit-  
 68 nehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land. Der  
 69 Fall in die Armut von jetzt auf gleich, von Zwölf auf Mit-  
 70 tag.

#### Antrag 234/I/2019

**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

#### **Hartz IV abschaffen – für eine solidarische Grundsicherung!**

1 Die SPD soll sich für eine umfassende Reform der Grundsicherung,  
 2 die das Arbeitslosengeld II ersetzen soll, einsetzen. Diese Reform soll mindestens umfassen:

3  
 4

- 5 1. Individualisierung der Leistungen nach dem SGB II,  
 6 d. h. Abschaffung der sog. Bedarfsgemeinschaften.
- 7 2. Abschaffung der Anrechnung von anderen staatlichen  
 8 Leistungen auf Leistungen nach dem SGB II, die  
 9 auf Kinder oder Bildung bezogen sind (Kindergeld,  
 10 Kindergrundsicherung).
- 11 3. Umstellung der JobCenter-Termine auf freiwillige,  
 12 unterstützende Förderberatung. Entbürokratisierung  
 13 von Fördermaßnahmen für Kinder.
- 14 4. Lockerung der sog. Bedarfsprüfung: Deutliche  
 15 Anhebung des Schonvermögens. Selbstgenutztes  
 16 Wohneigentum und private Altersvorsorge werden  
 17 von der Bedarfsprüfung ausgenommen.
- 18 5. Arbeitszeiten anerkennen: Verlängerung der ALG I-  
 19 Zeiten nach Erwerbsbiografie auf 3 Jahre.
- 20 6. Zumutbarkeit auch an der bereits erworbenen Qua-  
 21 lifikation ausrichten, Fortbildungen entsprechend  
 22 orientieren.
- 23 7. Abschaffung des Sanktionssystems und Hinwen-  
 24 dung zum Prinzip der positiven Verstärkung und

#### **Empfehlung der Antragskommission**

**Erledigt bei Annahme 235/I/2019 (Konsens)**

- 25 Einführung eines garantierten Grundbetrags zu Ab-  
26 sicherung der Existenz.
- 27 8. Automatische Anpassung der Kosten der Unter-  
28 kunft an die Preisentwicklung (Miete, Heizung,  
29 Warmwasser, Strom).
- 30 9. Anbieten einer realen Alternative zur Arbeitslosig-  
31 keit, d. h. Einführung des Solidarischen Grundein-  
32 kommens (SGE) für Arbeitslose, die Hartz IV bezie-  
33 hen bzw. mindestens 1 Jahr lang arbeitslos gemeldet  
34 sind.

35  
36

### 37 **Begründung**

38 Eine kürzlich gestellte Schriftliche Anfrage von Mda Frank  
39 Jahnke ergab, dass es seit Einführung des ALG II in Ber-  
40 lin 1.600.877 Regelleistungsberechtigte, also Hartz IV-  
41 Empfänger, gab. Zum Vergleich: 2005 hatte Berlin ca. 3,4  
42 Millionen Einwohner. 2017 waren es 3,6 Millionen.

43

44 Alle Wahlevaluationen machen darauf aufmerksam, dass  
45 **insbesondere** Hartz IV keine Anerkennung bei den Betrof-  
46 fenen und potenziell Betroffenen hat – und das sind nicht  
47 wenige. Die Bezieherinnen und Bezieher sowie alle poten-  
48 tiell Betroffenen verspüren seit Einführung von Hartz IV  
49 den Atem des Obrigkeitsstaates im Nacken.

50 Im Einzelnen:

- 51 • Familiäre Beziehungen oder Partnerschaften und  
52 werden nicht gefördert, sondern durch die sog. »Be-  
53 darfsgemeinschaften« und das darin verkörperte  
54 Prinzip der Kollektivhaftung vielmehr belastet (1, 2,  
55 3)
- 56 • Hartz IV trifft insbesondere Kinder. Hier wird nicht  
57 gefördert, sondern frühestmöglich wird damit be-  
58 gonnen, Lebenschancen zu beschneiden. Das kon-  
59 terkariert das Prinzip der Bildungsgerechtigkeit (2).
- 60 • Kindererziehung ist zweifelsohne eine gesellschaft-  
61 lich höchst wertvolle Tätigkeit. Durch die sanktions-  
62 bewehrten Vorladungen Alleinerziehender wird sie  
63 praktisch entwertet, weil den Jobcentern nur be-  
64 zahlte Arbeit um jeden Preis von Bedeutung zu sein  
65 scheint (3).
- 66 • Leistungsempfänger nach dem SGB II sind Bürgerin-  
67 nen und Bürger, und Arbeitslosigkeit ist kein Quasi-  
68 Straftatbestand (1, 3, 4, 5, 7, 8).
- 69 • Individuelle Vorsorge für das Alter wird durch  
70 die Hartz IV-Bedarfsprüfung ad absurdum geführt,  
71 Lebensleistungen und erworbene Qualifikationen  
72 werden nicht anerkannt. Private Vorsorge ist aber  
73 gerade bei atypischen/prekären Beschäftigungsfor-  
74 men wichtig. Seit Beginn dieses Jahrzehnts arbeiten  
75 stabil vierzig Prozent der sozialversicherungspflich-  
76 tig Beschäftigten in solchen Beschäftigungsverhält-  
77 nissen (4, 5, 6).
- 78 • Kürzungen der Grundsicherung stellen unterm  
79 Strich eine Absenkung unter das Existenzminimum

80 dar und sind daher aus sozialdemokratischer Sicht  
 81 als problematisch zu bewerten. Die Grundsicherung  
 82 hat sich zudem an den realen Lebenshaltungskosten  
 83 zu orientieren (7, 8).

- 84 • Die sozialwissenschaftliche Exklusionsforschung  
 85 weist nicht erst seit gestern darauf hin, dass das  
 86 wirksamste Mittel gegen Langzeitarbeitslosigkeit  
 87 die möglichst frühzeitige Intervention ist. Das  
 88 Solidarische Grundeinkommen kann ein solches  
 89 Interventionsmittel sein, weil es im Übergang zwischen  
 90 ALG I und ALG II ein reelles Angebot macht.  
 91 Es sichert doppelte soziale Anerkennung, da es sich  
 92 erstens um ein selbst erwirtschaftetes Einkommen  
 93 handelt und es zweitens gesellschaftlich nützliche  
 94 Tätigkeiten umfassen soll (9).

95

96 Hartz IV ist in der bestehenden Form daher kein zeit-  
 97 gemäÙes Instrument sozialer Sicherheit mehr. Dass die  
 98 SPD – insbesondere die SPD im Bund – für ihre Unwillig-  
 99 keit, das Hartz-IV-Bündel wieder aufzuschnüren, nachhal-  
 100 tig bestraft wird, ist daher kein Wunder. Es ist daher an der  
 101 Zeit, die groben Ungerechtigkeiten und Widersprüche die-  
 102 ses Systems zu beseitigen.

103

104 Hartz IV war zudem eine Botschaft an die Bürgerinnen  
 105 und Bürger, wie der Staat sich sein Verhältnis zu den Bür-  
 106 gerinnen und Bürgern grundsätzlich vorstellt – nämlich  
 107 als paternalistisches System. Diese Botschaft atmet jeder  
 108 Jobcenter-Bescheid.

**Antrag 235/I/2019****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für einen starken Sozialstaat: Hartz-IV überwinden – Bürgergeld zum Erfolg machen!**

1 Wir begrüßen den Beschluss des SPD-Parteivorstandes zur  
 2 Einführung eines „Bürgergeldes“. Die Verlängerung des  
 3 Arbeitslosengeld I bis zu drei Jahren und die Aussetzung  
 4 der Bedürftigkeitsprüfung und Sanktionen für zwei Jah-  
 5 re sowie die Reform des Wohngeldes wären ein wichtiger  
 6 Schritt zur besseren sozialen Sicherung von Arbeit.

7

8 Dennoch ist der Vorschlag für das Bürgergeld noch längst  
 9 nicht perfekt. Er ist um die folgenden Punkte zu ergänzen:

- 10 • Der Regelsatz ist entsprechend der Forderung des  
 11 Paritätischen Wohlfahrtsverbandes auf mindestens  
 12 571 € anzuheben und jährlich entsprechend der In-  
 13 flationsrate anzupassen.
- 14 • Alle Sanktionen sind zu abschaffen. Das Existenz-  
 15 minimum kann den Empfänger\*innen unter keinen  
 16 Umständen gekürzt werden. Stattdessen soll ein

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

- 17 Anreizmodell entwickelt werden, welches die Be-  
 18 troffenen dafür „belohnen“ kann, bestimmte Aufla-  
 19 gen, Termine etc. einzuhalten.  
 20 • Das Rechtskonstrukt der Bedarfsgemeinschaft ist  
 21 abzuschaffen. Das Zusammenleben mit anderen  
 22 Menschen darf unter keinen Umständen zur Kür-  
 23 zung des eigenen Anspruches führen.  
 24  
 25 Empfänger\*innen des Bürgergeldes muss ein hochwer-  
 26 tiges Qualifizierungs- und Wiedereingliederungsabgebot  
 27 zuteilwerden, welches sich an ihren individuellen Be-  
 28 dürfnissen, Talenten und Wünschen orientiert. Bei Men-  
 29 schen unter 25 muss dabei das Nachholen von Bildungs-  
 30 abschlüssen anderweitigen Qualifizierungsmaßnahmen  
 31 vorgehen.

**Antrag 236/I/2019**

**FA VII Wirtschaft und Arbeit +FA IX Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Für eine solidarische Arbeitsförderung, für eine soziale Grundsicherung für Arbeitssuchende, für ein neues Sozialgesetzbuch II und Änderungen im SGB III**

**Empfehlung der Antragskommission**

**Erledigt bei Annahme 235/I/2019 (Konsens)**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des  
 2 Abgeordnetenhauses, die sozialdemokratischen Mitglie-  
 3 der der Bundesregierung und des Bundestages werden  
 4 aufgefordert, sich für die kurzfristige Entwicklung eines  
 5 fundierten, konsistenten Konzepts eines Kurswechsels in  
 6 der Arbeitspolitik und in der Grundsicherung für Arbeitsu-  
 7 chende einzusetzen.  
 8  
 9 **Eckpunkte dafür sind:1. Umbau der Arbeitslosenversiche-**  
 10 **rung zu einer Arbeitsversicherung,**  
 11 • die transparente und erfolgreiche Übergänge in eine  
 12 neue Beschäftigung nach Verlust des Arbeitsplatzes ermöglicht, ohne dass ein sozialer Abstieg befürchten werden muss,  
 13  
 14 • die präventiv einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung eröffnet,  
 15  
 16 • die den Beschäftigten je nach Eignung und Neigung  
 17 Aufstiegsmöglichkeiten mit einer selbstbestimmten, systematischen und möglichst abschlussbezogenen Fortbildung eröffnet, bei der eine nachhaltige Verbesserung der „Beschäftigungsfähigkeit“ Vorrang vor einer schnellen Job-to-Job - Vermittlung hat  
 18  
 19 • in der die Rahmenfrist für die Erfüllung der Anwartschaft auf Arbeitslosengeld auf 3 Jahre erhöht, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes unabhängig vom Lebensalter an die insgesamt vorangegangenen Beitragszeiten gebunden und 24 Monate oder länger gewährt werden kann  
 20  
 21  
 22  
 23  
 24  
 25  
 26  
 27  
 28

29

**30 2. Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt**

- 31 • „Gute Arbeit“ mit einer Entlohnung, mit der die Be-
- 32 schäftigten nicht auf ergänzende Sozialleistungen
- 33 nach dem SGB II angewiesen sind,
- 34 • Einführung eines bundesweiten armutsfesten dy-
- 35 namischen Mindestlohns,
- 36 • Erhöhung der Tarifbindung; Erleichterung von Allge-
- 37 meinverbindlichkeitserklärungen

38

**39 3. Solidarität mit langzeitarbeitslosen Erwerbspersonen;**  
**40 Ermutigung und neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt;**

- 41 • Neuausrichtung der öffentlich geförderten Beschäf-
- 42 tigung mit einem Prozessmodell zur Bekämpfung
- 43 der Langzeitarbeitslosigkeit, das sich an dem hier-
- 44 zu im Jahr 2015 gefassten Beschluss der Arbeits- und
- 45 Sozialministerkonferenz orientiert, und das auf dem
- 46 Landesparteitag der Berliner SPD am 01./02.06.2018
- 47 mit dem Antrag WV83/II/2017<sup>1</sup> beschlossen wurde.
- 48 • Dabei geht es um eine ganzheitliche Eingliede-
- 49 rungsstrategie, eine systematische Kombination
- 50 von - Beschäftigungsförderung, - Coaching und -
- 51 Qualifizierung mit - kommunalen sozialintegrati-
- 52 ven Leistungen, die in guter, verlässlicher Kooperati-
- 53 on zwischen Jobcentern und Kommunen eingebun-
- 54 den werden und einer schrittweisen Heranführung
- 55 an den regulären Arbeitsmarkt - wenn nötig auch
- 56 in einem mehrjährig angelegten Übergangsarbeits-
- 57 markt
- 58 • Entwicklung eines entsprechenden Übergangsar-
- 59 beitsmarktes auf der Grundlage eines § 16e SGB II,
- 60 der genügend Spielräume ermöglicht, um auf die
- 61 sehr heterogenen Bedarfe der Langzeitarbeitslosen
- 62 angemessen reagieren zu können
- 63 • Entwicklung eines Teilhabearbeitsmarktes mit dem
- 64 Ausgangspunkt des neuen § 16i SGB II
- 65 • Qualitätsentwicklung in den JobCentern beim Ein-
- 66 satz, bei der Durchführung und im Anschluss an
- 67 arbeitsmarktpolitische Maßnahmen; darauf ausge-
- 68 richteter Ausbau der Kompetenzentwicklung der Ar-
- 69 beitsvermittler\*innen und der Führungskräfte auf
- 70 selbständige Personalentwicklung in den Jobcen-
- 71 tern

72

**73 4. Entflechtung und Vereinfachung des überfrachteten**  
**74 und überkomplexen SGB II**

- 75 • Einführung einer Negativsteuer im Einkom-
- 76 mensteuerrecht anstelle der stigmatisierenden
- 77 Ergänzungs- und Aufstockungsleistungen nach den
- 78 Sozialgesetzbüchern II und III für Erwerbstätige
- 79 • Einführung einer eigenständigen existenzsichern-
- 80 den Kindergrundsicherung anstelle der stigmatisie-
- 81 renden Gewährung von Sozialgeld nach dem SGB II;
- 82 Ausbau der Infrastruktur der Kinder- und Jugendhil-
- 83 fe



- 84 • Ausbau des Wohngeldes anstelle der Konstruktion  
85 „Kosten der Unterkunft und Heizung“  
86 • Einsatz von Freibeträgen und Pauschalierungen bei  
87 der Berechnung der Grundsicherung  
88

89

#### 90 **Begründung**

91 Es gibt kaum ein Gesetz, das bereits so oft novelliert wor-  
92 den ist wie das SGB II. Es gibt kaum ein Gesetz, das wie das  
93 SGB II bereits vor Inkrafttreten zum ersten Mal novelliert  
94 werden musste. Es gibt kaum ein Gesetz wie das SGB II,  
95 das nur mit einer nachträglichen Änderung des Grundge-  
96 setzes verfassungskonform ausgestaltet werden konnte.  
97

98 Und schließlich gibt es kaum ein Gesetz wie das SGB II, das  
99 sich in den Augen vieler konsequent zum Inbegriff unsen-  
100 sibler Härte und sozialer Ungerechtigkeit mit nicht nach-  
101 vollziehbaren bürokratischen Regelungen entwickelt hat.  
102

103 Zu 1.: Die Balance zwischen Fördern und Fordern wurde im  
104 SGB II - und in seiner operativen Umsetzung - von Anfang  
105 an unzureichend hergestellt. Das SGB II als „Grundsiche-  
106 rung für Arbeitsuchende“ stellt die Anforderung in den  
107 Vordergrund, durch eine Erwerbstätigkeit Hilfebedürftig-  
108 keit zu vermeiden oder zu beseitigen, und macht dies ex-  
109 plizit zur Bedingung für die Gewährung des Arbeitslosen-  
110 geldes II. Auf die bisherige Erwerbsbiographie und „gute  
111 Arbeit“ kommt es dabei nicht an. Prävention und Perso-  
112 nalentwicklung spielen eine viel zu nachrangige Rolle.  
113

114 Dieses Ungleichgewicht wird als ungerecht empfunden  
115 und löst Abstiegsängste aus. Die Folge ist schwindendes  
116 Vertrauen in den Sozialstaat und in die sozialen Siche-  
117 rungssysteme insgesamt. Ein Kurswechsels in der Arbeits-  
118 politik und in der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist  
119 deshalb überfällig.  
120

121 Eine solidarische Arbeitsförderung und eine soziale  
122 Grundsicherung für Arbeitssuchende stellt eine gezielte  
123 und professionelle Personalentwicklung für die (Wieder-  
124 )Eingliederung in den Arbeitsmarkt in den Vordergrund,  
125 die gemeinsam mit den jeweiligen Arbeitslosen ausge-  
126 arbeitet und verabredet wird. Gegenseitige Solidarität  
127 zwischen Zivilgesellschaft und jeweiligem Arbeitslosen  
128 bedeutet dabei, Fördern und Fordern miteinander in Ein-  
129 klang zu bringen, zu ermutigen und Chancen zu eröffnen,  
130 aber auch Chancen zu nutzen.

131 Zu 2.: Der faktische Verzicht auf jegliche Zumutbarkeits-  
132 regelungen in § 10 SGB II hat die Marktposition der Ar-  
133beitslosen gegenüber potentiellen Arbeitgebern bei den  
134 Bemühungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt er-  
135 heblich geschwächt und damit einem Ausbau prekärer Be-  
136 schäftigung und eines Niedriglohnssektors Vorschub ge-  
137 leistet. Erste Schritte dagegen wurden unter anderem  
138 durch die Einführung des Mindestlohns bereits unter-

139 nommen. Die Anstrengungen für mehr Gerechtigkeit auf  
140 dem Arbeitsmarkt müssen verstärkt werden.

141

142 Zu 3.: Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz hat bereits  
143 im Jahr 2015 ein konsistentes Konzept für die Integrati-  
144 on von Langzeitarbeitslosen beschlossen, das mit dem Be-  
145 schluss des Berliner Landesparteitages am 01./02.06.2018  
146 mit dem Antrag WV83/II/2017 aufgegriffen wurde. Mit  
147 diesem Beschluss werden Bezüge sowohl zum damaligen  
148 Gesetzgebungsverfahren zu den §§ 16e und 16i als auch  
149 zum Ansatz eines „Solidarischen Grundeinkommens“ her-  
150 gestellt.

151 Kern ist vorrangig eine ganzheitliche Eingliederungsstra-  
152 tegie mit einer systematischen Kombination von Beschäf-  
153 tigungsförderung, Coaching, Qualifizierung mit kommu-  
154 nalen sozialintegrativen Leistungen und einer schrittwei-  
155 sen Heranführung an den regulären Arbeitsmarkt – wenn  
156 nötig auch in einem mehrjährig angelegten Übergangs-  
157 arbeitsmarkt. Für den Fall, dass auch ein solcher ganzheit-  
158 licher Ansatz erfolglos bleibt, sollen Beschäftigungsmög-  
159 lichkeiten auf einem Teilhabearbeitsmarkt eröffnet wer-  
160 den.

161

162 Zu 4.: Die Vielzahl der Regelungsbereiche des SGB II führt  
163 zu einer Überfrachtung und in vielen Fällen einer Über-  
164 forderung der Kolleg\*innen in den Jobcentern. Die Mehr-  
165 heit der Regelungstatbestände bezieht sich nicht auf Ar-  
166 beitssuchende, sondern auf Beschäftigte mit ergänzen-  
167 den Leistungen nach dem SGB II, auf Kinder und auf Ange-  
168 hörige in Bedarfsgemeinschaften obwohl es bei dem SGB  
169 II eigentlich um eine „Grundsicherung für Arbeitssuchen-  
170 de“ handeln soll. Die Umsetzung eines Gesetzes, das auf  
171 eine Vielzahl unterschiedlicher Lebenslagen passgenaue  
172 Herangehensweisen entwickeln und umsetzen soll, kann  
173 nicht gelingen.

174 Anrechnungstatbestände bei der Gewährung des SGB II  
175 sind in vielen Fällen zu kleinteilig und werden auch als  
176 kleinlich empfunden. Sie verursachen einen unangemes-  
177 sen hohen Verwaltungsaufwand, das Verwaltungskosten-  
178 budget der Jobcenter ist höher als das Budget für Einglie-  
179 derungsmaßnahmen.

180 Die Anrechnung von Hinzuverdiensten von SGB II -  
181 Leistungsempfänger\*innen beeinträchtigt Bemühungen  
182 für eine Arbeitsmarktintegration. Die Anrechnungstatbe-  
183 stände müssen sich besser in eine Eingliederungsstrategie  
184 einfügen.

185 Die Berechnungsmethode und die Festlegung der Regel-  
186 sätze im SGB II müssen kritischen Einwänden Rechnung  
187 tragen.

188 Auf die Überforderung des SGB II kann nur mit einer Ent-  
189 flechtung reagiert werden. Der zu hohe Verwaltungsauf-  
190 wand erfordert eine Entbürokratisierung.

<sup>1</sup><http://Antrag%2083/II/2017%20Bek%C3%A4mpfung%20der%20Langzeitarbeitslosigkeit,%20Teilhabe%20am%20Arbeitsmarkt,%20solidarisches%20Grundeinkommen>

**Antrag 237/I/2019****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Elterngeld für Doktorandinnen und Doktoranden bedarfsgerecht anpassen**

1 Doktoranden und Doktorandinnen, die über ein Stipendi-  
 2 um vergütet werden, sollen künftig ein Elterngeld erhal-  
 3 ten, welches auf Basis der Stipendienrate errechnet wird.

4

5 **Begründung**

6 Doktoranden und Doktorandinnen, die über ein Stipendi-  
 7 um finanziert werden, erhalten kein einkommensabhän-  
 8 giges Elterngeld, da gemäß Steuerrecht Stipendien kein  
 9 Einkommen sind. Folglich erhalten sie den Mindestbetrag  
 10 von 300,00 Euro monatlich. Gleichzeitig wird aber nach  
 11 Sozialrecht die Höhe des Stipendiums zugrunde gelegt  
 12 und entsprechend hohe Kindergarten- oder Krippenbei-  
 13 träge verlangt.

14

15 Die SPD setzt sich für eine faire und familienfreundli-  
 16 che Politik ein, die auch den Beschäftigten in der Wissen-  
 17 schaft zugutekommt. Knapp 80 % der Promovierenden in  
 18 Deutschland sind zwischen 26 und 34 Jahre<sup>[1]</sup><sup>2</sup>. Diesen  
 19 Menschen werden wir mit Elterngeld, welches auf Basis  
 20 der Stipendienrate errechnet wird, die Familienplanung  
 21 sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

22

23 <sup>[1]</sup><sup>3</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt, Promovieren-  
 24 de in Deutschland. Wintersemester 2014/2015.

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Doktoranden und Doktorandinnen, die über ein Stipendi-  
 um vergütet werden, sollen künftig ein Elterngeld erhal-  
 ten, welches auf Basis der Stipendienrate errechnet wird,  
**aber mindestens 300 € im Monat.**

**Antrag 238/I/2019****KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Recht auf Selbstbestimmung: Bedarfsgemeinschaften beenden**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages  
 2 und der Bundesregierung werden dazu aufgefordert sich  
 3 dafür einzusetzen, dass §7 des SGB II so geändert wird,  
 4 dass Kinder von Leistungsberechtigten einer Bedarfsge-  
 5 meinschaft nicht leistungsmindernd angerechnet wer-  
 6 den.

**Empfehlung der Antragskommission****Erledigt (Konsens)**

**Antrag 239/I/2019****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Sozialstaat bürger\*innennah 2025 - Berlin muss Vorbild werden!**

1 Der SPD Landesvorstand wird aufgefordert gemeinsam  
 2 mit den Gliederungen der Partei und den sozialdemokra-  
 3 tischen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und der Be-  
 4 zirksverordnetenversammlungen sowohl eine umfassen-  
 5 de positive Vision, als auch in Eckpunkten ein ambitionier-  
 6 tes und gleichwohl umsetzbares Konzept zu entwickeln,  
 7 wie der Sozialstaat für Menschen in Berlin künftig deut-  
 8 lich positiver wahrgenommen werden kann.

9  
 10 Ziel muss es sein, Bürgerinnen und Bürgern mehr Orien-  
 11 tierung zu geben über bestehende Leistungssysteme, die  
 12 Beratung damit immer Ergebnis in höherer Qualität für  
 13 mehr Menschen zu gewährleisten, die Verständlichkeit  
 14 des Verwaltungshandelns und damit von Anträgen und  
 15 Bescheiden zu erhöhen. Die Sozialverwaltung sollte künf-  
 16 tig mehr als Partner des Bürgers wahrgenommen wer-  
 17 den, dazu bedarf es einer stärkeren Dienstleistungsorien-  
 18 tierung. All dies lebt letztlich von den Personen „auf der  
 19 anderen Seite des Tisches“, den Menschen, die in der Sozi-  
 20 alverwaltung arbeiten.

21  
 22 Diese Leitplanken einer Vision beschreiben die Hand-  
 23 lungsfelder. Darin zeichnen sich bereits mögliche Eck-  
 24 punkte eines späteren Konzeptes ab:

25  
 26 **1. Orientierung geben und Beratung verbessern: „Sozial-  
 27 beratung im Kiez“** In der grundsätzlichen Vision sollte für  
 28 Menschen, welche nach Unterstützung suchen, möglichst  
 29 niedrigschwellig Angebote bestehen, um sich kundig zu  
 30 machen, welche Leistungen des Sozialstaats überhaupt  
 31 für sie in Frage kommen könnten. Entsprechend bedarf es  
 32 einer wohnortnahen Bereitstellung mit Anlaufstellen im  
 33 eigenen Kiez („Sozialberatung im Kiez“). Bei Bedarf muss  
 34 auch ein aufsuchender Dienst, der bei Wunsch auch in die  
 35 Wohnung kommt, eine Möglichkeit sein.

36  
 37 In der Vision sollte der Gedanke von „One-Stop-Shops“  
 38 dabei leitend sein sollte, d.h. Anlaufstellen, wo es nicht  
 39 nur die Möglichkeit der umfassenden Beratung zu (mög-  
 40 lichst) allen Sozialleistungen gibt, sondern auch Hilfe bei  
 41 Beantragung bis hin zur Antragsabgabe (und ggf. Im wei-  
 42 teren Antragsprozess, wie Erläuterung von Bescheiden).  
 43 In der Fachwelt wird dieser Forderung oft entgegengehal-  
 44 ten, dass dies nicht leistbar sei, da es unmöglich sei, Perso-  
 45 nal zu finden bzw. auszubilden, welches derart umfassend  
 46 in allen entsprechenden gesetzlichen Regularien qualifi-  
 47 ziert sein könne. Diese Bedenken sind zwar nachvollzieh-  
 48 bar, allerdings bedarf es in der ersten Stufe nicht densel-  
 49 ben Kenntnissen wie in einer Leistungssachbearbeitung  
 50 im Hintergrund. Pate stehen sollten hier tendenziell eher

**Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Kommission Politische Handlungsfelder  
(Konsens)**

51 unabhängige Sozialberatungen, wie sie bereits vereinzelt  
52 im Land Berlin angeboten werden.

53

54 Eine in jedem Fall umsetzbare Variante wären „First-Stop-  
55 Shops“, also Anlaufstellen, wie „One-Stop-Shops“ mit ei-  
56 ner umfassenden Erstberatung für möglichst viele mögli-  
57 che Sozialleistungen, in denen u.U. dann aber an andere  
58 Stellen weiter verwiesen werden muss. Die Vielzahl der  
59 künftigen Sozialberatungen im Stadtteil könnten auch  
60 verschiedene Profile entwickeln, wo diese besondere Be-  
61 ratungsschwerpunkte haben, also eine vertiefte Beratung  
62 (und damit Antragsaufnahme, Antragsannahme und Be-  
63 gleitung im Prozess) gewährleisten können.

64

65 Flankierend informieren über die Sozialberatungen und  
66 ggf. Schwerpunkte könnte hier ein Online-Portal (in An-  
67 lehnung an die Idee des Portals Familie des Landes Berlin).

68

69 Ein wichtiger Baustein sind hier die Versicherungsämter.  
70 Vor über 100 Jahren hat der Gesetzgeber die kommunale  
71 Ebene verpflichtet unterste Verwaltungsbehörden als Ver-  
72 sicherungsämter einzurichten. Diese leisten schon heute  
73 einen wichtigen Beitrag bei der Beratung von Menschen,  
74 welche Leistungen der Sozialversicherungen (insbesonde-  
75 re Rentenversicherung) beantragen wollen, aber beraten  
76 im Rahmen ihrer Kapazitäten auch darüber hinaus. Sie ar-  
77 beiten unabhängig und können gleichzeitig, da sie selbst  
78 Behörde sind, für die Beratenen Kontakt mit den entspre-  
79 chenden Trägern aufnehmen um Sachverhalte aufzuklä-  
80 ren. Hier schlummert ein großes Potential. Gegenwärtig  
81 sind die Versicherungsämter gemäß Zuständigkeitskata-  
82 log dem Land zugewiesen und völlig unterausgestattet.  
83 Eine Verlagerung auf die Bezirksebene und in die Rathäu-  
84 ser, in Verbindung mit angemessener Personalausstat-  
85 tung wäre ein erster wichtiger Schritt.

86

87 **2. Sozialverwaltung verständlich machen** Es muss für  
88 Menschen möglich sein, Sozialverwaltung auch ohne Ver-  
89 waltungsausbildung (und auch möglichst ohne „Überset-  
90 zung durch eine Sozialberatung“) zu verstehen. Gegen-  
91 wärtig ist dies in den meisten Fällen nicht gegeben. Da-  
92 durch entwickelt sich Ohnmacht, Frust bis hin zu Miss-  
93 trauen gegenüber den staatlichen Stellen der Leistungs-  
94 gewährung. Hier lohnt sich ein Blick auf die Entwicklun-  
95 gen im Bereich der Politik für Menschen mit Beeinträch-  
96 tigungen. Inzwischen besteht Konsens, dass es Ziel sein  
97 müsse, Systeme möglichst barrierefrei, zumindest barrie-  
98 rearm zu gestalten. Dazu gehört insbesondere die Spra-  
99 che. Dies sollte eine gewinnbringende Richtschnur sein  
100 um die Sozialverwaltung für alle Menschen verständli-  
101 cher zu machen. Einfache und leichte Sprache sind das  
102 Ziel. Aber selbst wenn zwei Versionen vorgehalten wer-  
103 den, sollte nicht eine in einfacher Sprache und die ande-  
104 re in Verwaltungsjurist\*innen-Sprache sein. Die Mindest-  
105 anforderung muss immer „verständliche Sprache“ sein. Es

106 gibt Kommunen, die es vorgemacht haben, dass es sehr  
107 wohl möglich ist, Antragsformulare und Bescheidtexte  
108 verständlich zu gestalten, ohne das nachvollziehbare Ziel  
109 der Rechtssicherheit zu opfern. Es ist ein Kraftakt die Viel-  
110 zahl an Formularen und Textbausteinen zu überarbeiten  
111 und Personal entsprechend zu schulen, der längerer Zeit  
112 bedarf. Umso wichtiger ist es jetzt damit zu beginnen und  
113 einen ambitionierten aber realistischen Plan der Umset-  
114 zung zu entwickeln.

115

116 **3. Die Sozialverwaltung als Partnerin und Dienstleiste-**  
117 **rin** Sowohl die Sozialberatung im Kiez als auch alle an-  
118 deren ausführenden Stellen der Sozialverwaltung müssen  
119 mittelfristig eine deutliche (stärkere) Dienstleistungsori-  
120 entierung entwickeln und im Ergebnis als „Partnerin der  
121 Bürgerinnen und Bürger“ fungieren. Das (zwar nachvoll-  
122 ziehbare aber doch schädliche) „Silodenken“ der Sozial-  
123 verwaltung heute, wo sich jede Stelle auf ihren Bereich  
124 beschränkt, muss der Vergangenheit angehören. Dort wo  
125 Menschen ergänzend innerhalb oder außerhalb eines je-  
126 weiligen Leistungssystems zusätzliche Ansprüche haben  
127 könnten, sind sie dahingehend zu beraten. Die Mitarbei-  
128 terinnen und Mitarbeiter müssen sich dazu in die Schu-  
129 he der Leistungsberechtigten stellen und deren Lebens-  
130 situation umfassend betrachten und dahingehend berate-  
131 ren. Dies gilt insbesondere dort, wo ein Leistungsbezug  
132 endet und gerade dadurch neue / andere Leistungen re-  
133 levant werden könnten (z.B. Ende des Bezugs von Arbeits-  
134 losengeld II durch Arbeitsaufnahme, anschließend mög-  
135 liche Ansprüche auf Kinderzuschlag und/oder Wohngeld;  
136 damit einhergehend andere Träger für Beantragung von  
137 Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets). In einem  
138 ersten Schritt könnte hier regelmäßiger Verweis auf das  
139 oben angesprochene Portal helfen, möglichst in Verbin-  
140 dung mit entsprechend an Lebenslagen orientierten Ein-  
141 stiegsseiten („Geringe Einkommen“, „Familie und Kinder“,  
142 „Menschen mit Beeinträchtigungen“ usw.).

143

144 Bisher scheitern viele Anträge oft auch an der Vielzahl an  
145 Daten die erhoben und Nachweisen die erbracht werden  
146 müssen. Eine Sozialverwaltung mit Dienstleistungsorien-  
147 tierung schickt Antragsteller\*innen nicht mehr durch die  
148 Stadt um Unterlagen einzusammeln und Bescheinigun-  
149 gen verschiedener anderer Stellen einzuholen. Es ist ein  
150 System zu erarbeiten, wo es Antragsteller\*innen ermög-  
151 licht wird, die Behörden zu ermächtigen, einmalig für den  
152 jeweiligen Zweck die benötigten Daten (z.B. Arbeitsein-  
153 kommen, Bescheinigungen der Krankenkasse usw.) intern  
154 unmittelbar von den jeweiligen anderen Stellen abzurufen  
155 bzw. einzuholen. Dies stellt eine nicht zu unterschätz-  
156 zende Unterstützung für die Bürgerinnen und Bürger dar.

157

158 Sozialverwaltung als Partner ist auch dann gelungen,  
159 wenn die Zahl der Widersprüche und Klagen deut-  
160 lich zurückgegangen ist. Leistungsentscheidungen und -

161 bescheide, die nicht den Wünschen der Antragsteller\*in-  
162 nen entsprechen, müssen damit verständlich und nach-  
163 vollziehbar sein. Zusätzlich bedarf es Stellen der Unter-  
164 stützung bei der Aufklärung ob Widersprüche Aussicht  
165 auf Erfolg haben. In einem guten System, kann eine ers-  
166 te Verwaltungsentscheidung mit Hilfe von unabhängi-  
167 gen Mittler\*innen wie beispielsweise Ombudspersonen  
168 (wie sie derzeit in mehreren Bezirken für den Bereich der  
169 Jobcenter existieren) noch vor Einreichung eines Wider-  
170 spruchs korrigiert oder ggf. auch zufriedenstellend erklärt  
171 werden. Dort wo nötig, sollte eine Unterstützung und Be-  
172 ratung über die notwendigen Schritte für Widerspruch  
173 und ggf. Klage ebenfalls durch unabhängige Stellen mög-  
174 lich sein, bis hin zur Vermittlung in anwaltliche Beratung  
175 und zur Beantragung von Prozesskostenhilfe.

176

177 **4. Personal** Für dieses neue Verständnis einer Sozialstaats-  
178 verwaltung und die Einrichtung von Sozialberatungsstel-  
179 len in den Kiezen braucht es entsprechend motiviertes  
180 und vor allem gut ausgebildetes Personal. Teil der Strate-  
181 gie muss daher auch eine entsprechende Personalstrate-  
182 gie umfassen. Dies bezieht sich sowohl auf klassische In-  
183 strumente (Ausbildung, Rekrutierung, regelmäßige Fort-  
184 und Weiterbildung) als auch bisher in Berlin weniger in-  
185 tensiv genutzte Instrumente. Beispielsweise könnte die  
186 regelmäßige Abordnung auf Zeit von Mitarbeiterinnen  
187 und Mitarbeiter anderer Leistungsbehörden wie Jobcen-  
188 ter, Jugendamt, Wohngeldstelle in die Sozialberatungs-  
189 stellen im Kiez ein solches Instrument sein. Dies würde  
190 gleichermaßen der Beratungskompetenz in den Einrich-  
191 tungen, als auch der Personalentwicklung der abgeordne-  
192 ten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im beschriebenen  
193 Sinne dienen. Bei den Überlegungen zu den quantitativen  
194 Personalbedarfen ist zu berücksichtigen, dass eine gute  
195 Beratung im Kiez eine Entlastung in den Sozialleistungs-  
196 behörden an anderer Stelle zur Folge haben wird (von Be-  
197 ginn an besser ausgefüllte Anträge, weniger Widersprü-  
198 che usw.)

199

200 **5. E-Government als Chance: Wertvolle Ergänzung aber**  
201 **nicht Ersatz des persönlichen Kontakts** Die E-Government  
202 Strategie des Landes Berlin mit Etablierung eines persön-  
203 lichen Servicekontos kann die Beantragung von Sozialleis-  
204 tungen künftig noch mehr unterstützen und muss daher  
205 bei diesem Konzept mitgedacht werden. Allerdings wird  
206 es in der Regel kein Ersatz für die weiterhin notwendigen  
207 persönlichen Beratungen darstellen. Im Idealfall bietet die  
208 Digitalisierung von Antragsprozessen jedoch eine große  
209 Chance in Verbindung mit den Sozialberatungsstellen im  
210 Kiez, wenn die Beraterinnen und Berater vor Ort dabei  
211 unterstützen die jeweiligen Leistungen gemeinsam mit  
212 den Antragstellenden am PC die Anträge ausfüllen. Damit  
213 wäre ein großes Problem beim Wunsch einer rechtskreis-  
214 übergreifende Antragsannahme gelöst.

215

216 **6. Zuständigkeiten intern klären - wer macht was?** Ein um-  
217 fassendes Konzept kommt nicht umhin klar Rollen und  
218 Aufgaben zu definieren. Dazu gehört auch, welche der  
219 hier beschriebenen Aufgaben dergestalt hoheitlich sind,  
220 so dass diese ausschließlich durch öffentlich Bedienstete  
221 erfüllt werden können und welche Aufgaben auch durch  
222 oder in Zusammenarbeit mit Träger\*innen wahrgenom-  
223 men werden können oder sollen. Schließlich ist in der Be-  
224 sonderheit der Berliner Verwaltung auch immer die Ab-  
225 grenzung zwischen der Zuständigkeit von Bezirken und  
226 der Landesebene im Blick zu behalten, hinreichend zu klä-  
227 ren, auch mit Blick auf Finanzierung und einheitliche Auf-  
228 gabenerfüllung.

229

230 **7. Bestehende Strukturen nicht ersetzen sondern ergänzen und auf den Erfahrungen aufbauen** Berlin bietet gu-  
231 te Voraussetzungen um den Sozialstaat für den Bürger\*in-  
232 nen künftig ganz anders erlebbar zu machen und hier ei-  
233 ne Vorbildfunktion einzunehmen. Dabei geht es nicht dar-  
234 um, bestehende Angebote wie Stadtteilzentren, Familien-  
235 zentren, Rathäuser, oder Senior\*innenbegegnungsstätten  
236 zu ersetzen. Im Gegenteil, auf den bestehenden Struktu-  
237 ren und den Erfahrungen soll aufgebaut und diese ent-  
238 sprechend ausgebaut werden. Eine einheitliche (Zusatz-  
239 )Benennung ist gleichzeitig hilfreich für die Orientierung.  
240 Auch Erfahrungen aus Strukturen, welche durch Bundes-  
241 gesetze gerade neu entstehen oder kürzlich entstanden  
242 sind, wie die Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung,  
243 sind zu berücksichtigen. Dasselbe gilt selbstverständlich  
244 für die von den Bezirken begonnene Einrichtung von Fa-  
245 milienservicebüros, welche ebenfalls viele der vorgenann-  
246 ten Ansätze (insb. auch die Kooperation zwischen Behör-  
247 den und Trägern) bereits beinhalten.

248

#### 249 **Begründung**

250 Berlin hat gegenwärtig - in weiten Teilen auch zu Un-  
251 recht - das Image einer gescheiterten Stadt. Dort wo eine  
252 funktionierende öffentliche Verwaltung gebraucht wür-  
253 de, funktioniere es nicht zufriedenstellend beziehungs-  
254 weise nicht so wie es gewünscht und angemessen wäre -  
255 zumindest so die vorherrschende Meinung. Gründe dafür  
256 sind bereits umfangreich diskutiert worden und reichen  
257 von jahrelanger Konsolidierung, gerade auch beim Per-  
258 sonal, bis hin zum Verwaltungsaufbau. Viele Menschen,  
259 die in Berlin leben, sind davon frustriert. Wir tragen Ver-  
260 antwortung in der Stadt. Unser Anspruch darf aber nicht  
261 dort stehen bleiben, wo es darum geht die offensicht-  
262 lichsten und ärgerlichsten Defizite zu beseitigen. Der An-  
263 spruch muss sein, eine positive Vision zu entwickeln, wel-  
264 che an den realen Bedürfnissen und Lebenslagen der Men-  
265 schen ansetzt und dort deutliche Verbesserungen anbie-  
266 tet. Die SPD führt gegenwärtig in Deutschland eine Sozial-  
267 staatsdebatte. Einerseits haben wir einen umfangreichen  
268 Sozialstaat, der grundsätzlich Angebote und Leistungen  
269 zur Unterstützung von Menschen in den verschiedensten  
270



271 Lebenslagen bereithält. Wir haben einen grundsätzlich  
272 leistungsfähigen Sozialstaat, der den internationalen Ver-  
273 gleich nicht scheuen muss. Gleichzeitig wissen wir auch,  
274 dass es Unzufriedenheit an vielen Stellen gibt. Unser Sozi-  
275 alstaat tritt den Bürger\*innen nicht einheitlich gegenüber,  
276 sondern besteht in Wirklichkeit aus einem Geflecht vor  
277 verschiedensten Leistungen: manche davon sind beitrags-  
278 finanzierte Sozialversicherungsleistungen, andere steuer-  
279 finanzierte Fürsorgeleistungen. Viele Leistungen bemes-  
280 sen sich in Geld, andere in Form von Vergünstigungen  
281 oder sind Sachleistungen. Ein Großteil der Leistungen wird  
282 durch Bundesgesetze definiert und teilweise durch Lan-  
283 desgesetze konkretisiert. Kurz und gut: vieles von dem  
284 was es an Angebot für Bürgerinnen und Bürger in ihrer je-  
285 weiligen Situation gibt ist für diese nicht erkennbar. Die-  
286 se Form des aufgegliederten Sozialsystems führt außer-  
287 dem dazu, dass Träger einzelner Leistungen häufig nur in  
288 ihrem Zuständigkeitsbereich beraten und ein Verweis auf  
289 alternative oder ergänzende Leistungen bzw. die Abstim-  
290 mung mit anderen Trägern beim Wechsel von einem Lei-  
291 stungssystem ins nächste regelmäßig fehlen oder zu kurz  
292 kommen. Schließlich gibt es im Prozess bei denjenigen, die  
293 eine mögliche Leistung beantragen weiterhin Probleme:  
294 Anträge wie Bescheide werden schon sprachlich aber auch  
295 inhaltlich nicht verstanden, etwaige Rechtsfolgen ebenso  
296 wenig, viele bleiben ratlos, wenn sie das Gefühl haben,  
297 eine Leistung nicht so zu bekommen wie es ihnen ver-  
298 meintlich zustünde. Während die Spielregeln der meisten  
299 jeweiligen Leistungssysteme durch den Bundesgesetzge-  
300 ber festgelegt werden, kommt es bei den vorgenannten  
301 Problemen in erster Linie auf die Umsetzung an. Diese  
302 findet neben Sozialversicherungsträgern in den Ländern  
303 und Kommunen statt. Selbst die Sozialversicherungsträ-  
304 ger sind durch die Versicherungsämter bereits seit über  
305 100 Jahren auf kommunaler Ebene präsent. Daher eig-  
306 net sich das Thema eines zugewandten Sozialstaats, der  
307 die Bürgerinnen und Bürger an die Hand nimmt, sehr  
308 wohl für eine fruchtbare Diskussion und Programment-  
309 wicklung auf Landesebene und ergänzt damit die Diskus-  
310 sion auf Bundesebene um wichtige Bestandteile. Die SPD  
311 Berlin muss sich hier zum Ziel setzen Vorbild zu werden  
312 für die Republik. Gerade in einem Stadtstaat können viele  
313 der folgenden Punkte nicht zuletzt auf Grund der hohen  
314 Dichte an Einrichtungen und Fachkräften verschiedenster  
315 Art grundsätzlich einfacher umgesetzt werden, als in Flä-  
316 chenstaaten. Berlin und seine Bezirke haben hierfür schon  
317 eine Reihe von guten ersten Ansätzen, Begegnungsorte  
318 und Beratungsstellen für Menschen in unterschiedlichen  
319 Lebenslagen, allerdings gibt es kein rundes Konzept, viel-  
320 fach bleibt es Stückwerk ohne Verzahnung mit anderen.  
321 Gleichwohl ist dies eine gute Basis auf die man aufbauen  
322 kann.

323

324 Die Berliner SPD bringt sich in die bundespolitische Debat-  
325 te um einen Sozialstaat 2025 ein. Gleichzeitig kann sie je-

326 doch mit einer eigenen Positionierung für dieses Aufga-  
 327 benfeld einen wichtigen Beitrag leisten, damit nicht nur  
 328 der Sozialstaat durch Bundesgesetzgebung quasi theore-  
 329 tisch sondern auch ganz praktisch erlebbar besser wird.  
 330 Hierfür eine Vision und gute Vorschläge zur Umsetzung  
 331 derselben zu entwickeln lohnt.

---

#### Antrag 240/I/2019

##### AG Migration und Vielfalt LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

##### Zugang zum Berlinpass-BuT erweitern

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordneten-  
 2 haus und im Senat werden aufgefordert, den Kreis der Be-  
 3 zieherInnen des Berlinpasses auf Kinder und Jugendliche,  
 4 die im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB  
 5 VIII erhalten, zu erweitern.

6

##### 7 **Begründung**

8 Das Berliner Bildungs- und Teilhabepaket ist ein Erfolg.  
 9 Der darin enthaltene Berlinpass-BuT ermöglicht Kindern  
 10 und Jugendlichen, deren Eltern Leistungen nach dem SGB  
 11 II, SGB XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz erhal-  
 12 ten, Zuschüsse zum Mittagessen, zu Fahrtkosten oder per-  
 13 sönlichen Schulbedarf, die Übernahme von Kosten für  
 14 Kita- und Schulfahrten, Lernförderung oder Leistungen für  
 15 die Teilnahme an sozialen und kulturellen Angeboten. Der  
 16 Pass öffnet den Zugang zu Bildung und Teilhabe, zahl-  
 17 reichen öffentlichen sowie privaten Veranstaltungen oder  
 18 Einrichtungen – kostenfrei oder reduziert.

19

20 Kinder, die im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe  
 21 aufwachsen, haben bisher keinen Anspruch auf den  
 22 Berlinpass-BuT. Leider häufen sich die Beschwerden, dass  
 23 die Träger den Kindern keine Eintritte für Sport oder Kul-  
 24 turveranstaltungen -sogar für das Mittagessen, bereit-  
 25 stellen. Das ist nicht hinnehmbar. Um sicherzustellen,  
 26 dass auch diese Kinder (z.B. unbegleitete minderjährige  
 27 Flüchtlinge) gleiche Teilhabechancen erhalten, sollen sie  
 28 den Berlinpass-BuT erhalten.

#### Empfehlung der Antragskommission

Zurückgestellt

---

#### Antrag 241/I/2019

##### ASG Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

**Alle Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner von der gesetzlichen Erhöhung der Erwerbsminderungsrenten profitieren lassen**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages

#### Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

2 und der Bundesregierung werden aufgefordert, dass  
3 die Regelungen des Rentenpakets, welches seit dem  
4 01.01.2019 in Kraft ist, für alle Erwerbsminderungsrenten-  
5 empfängerinnen und -empfängergelten.

6  
7 Hintergrund:

8 Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner sind in der  
9 Regel unverschuldet in diese Situation geraten und kön-  
10 nen nicht mehr aus gesundheitlichen Gründen arbeiten.  
11 In vielen Fällen fallen Erwerbsminderungsrenten niedrig  
12 aus, und führen damit oft in die Einkommensarmut.

13  
14 Das neue Rentenpaket, welches am 01.01.2019 in Kraft ge-  
15 treten ist, sieht Verbesserungen bei Erwerbsminderungs-  
16 renten vor.

17  
18 Bisher werden Erwerbsminderungsrentnerinnen und -  
19 rentner so gestellt, als hätten sie bis zum Alter von 62  
20 Jahren und 3 Monaten gearbeitet, auch wenn sie durch  
21 Krankheit früher aus dem Berufsleben ausgeschieden  
22 sind. Ab 2019 erhalten Erwerbsminderungsrentnerinnen  
23 und – rentner so viel Rente, als ob sie bis zur Regelal-  
24 tersgrenze von 65 Jahren und 8 Monaten gearbeitet hät-  
25 ten. Dies hat eine Rentenerhöhung zur Folge. Die Zurech-  
26 nungszeit für neu beginnende Erwerbsminderungsrenten  
27 wird nach 2019 bis 2031 schrittweise auf das dann gelten-  
28 de Renteneintrittsalter erhöht.

29  
30 Allerdings gilt diese Rentenerhöhung nur für Erwerbs-  
31 minderungsrentnerinnen und -rentner, deren Bezug  
32 von Erwerbsminderungsrente im Jahr 2019 begon-  
33 nen hat. Damit werden ca. 1,8 Millionen „Bestands-“  
34 Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner vom  
35 geplanten Gesetz ausgeschlossen. Der Ausschluss dieser  
36 Gruppe von den dringend notwendigen Verbesserun-  
37 gen ihrer Erwerbsminderungsrenten ist unsolidarisch.  
38 Ein Ausschluss ist daher nicht nachvollziehbar und  
39 abzulehnen. Bereits im Erwerbsminderungsrenten-  
40 Leistungsverbesserungsgesetz, das am 01.01.2018 in Kraft  
41 trat, sind die bestehenden Erwerbsminderungsrenten von  
42 der Rentenerhöhung ausgeschlossen worden. Auch das  
43 Rentenpaket von 2014 enthielt ausschließlich Rentener-  
44 höhungen für Erwerbsgeminderte, die erstmals nach Juli  
45 2014 eine Erwerbsminderungsrente bekommen haben. Es  
46 müssen also die seit 2014 erfolgten Rentenerhöhungen  
47 im gleichen Umfang nachträglich auch für die Personen  
48 geltend gemacht werden, bei denen der Rentenbeginn  
49 vor Juli 2014 liegt.

50  
51 In einer Stellungnahme zum Rentenpaket der Bundesre-  
52 gierung vom 19.10.2018 (Drucksache 425/18) fordert der  
53 Bundesrat, auch Bestandsrentnerinnen und -rentner mit  
54 einem Rentenbeginn von 2001 bis 2014 in die geplanten  
55 Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente einzu-  
56 beziehen. Laut Bundesrat hätten diese Personen wegen

57 der Rentenabschläge weiterhin sehr niedrige Renten, und  
 58 seien in erhöhtem Maße auf Leistungen der Grundsiche-  
 59 rung angewiesen  
 60  
 61 Zudem hält der Koalitionsvertrag der Bundesregierung  
 62 folgendes fest:  
 63 a) „Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente.“ (S.  
 64 15 des Koalitionsvertrags)  
 65 b) „Wir werden diejenigen besser absichern, die aufgrund  
 66 von Krankheit ihrer Erwerbstätigkeit nicht mehr nachge-  
 67 hen können.“ (S. 92 des Koalitionsvertrags)

**Antrag 242/I/2019****KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Solidarische Rente für alle über 2040 hinaus absichern.**

1 Die Abgeordneten der SPD auf Landes- und Bundesebene  
 2 werden aufgefordert, sich für die langfristige, zukunfts-  
 3 fähige Sicherung der gesetzlichen Renten in Deutschland  
 4 auf einem Niveau oberhalb von 50% der Einkommen ein-  
 5 zusetzen und dabei auch massive strukturelle Änderun-  
 6 gen der Altersversorgung sowie deren Finanzierung im  
 7 Sinne aller Bürger\*innen zu prüfen. Eine gesicherte Ren-  
 8 tenperspektive über 2040 hinaus ist unerlässlich.  
 9  
 10 Gleichzeitig ist die fortschreitende Ungleichbehandlung  
 11 von gesetzlich Rentenversicherten, Beamten und Selbst-  
 12 ständigen schnellstmöglich aufzulösen.  
 13  
 14 Dabei sind Übergangsregelungen zu berücksichtigen und  
 15 nachvollziehbare Konzepte zu erarbeiten.  
 16  
 17 **Begründung**  
 18 Die zunehmende Altersarmut bzw. die Sorge vor dieser  
 19 Situation trägt zurecht zur Verunsicherung von großen  
 20 Teilen der Bevölkerung bei und motiviert immer mehr  
 21 Bürger\*innen populistische Parteien zu wählen. Zurück-  
 22 liegende Entscheidungen, auch der SPD, zur sogenann-  
 23 ten privaten Altersvorsorge (Riester u. ä.) sind für weniger  
 24 vermögende Arbeitnehmer und Menschen mit Einkom-  
 25 menslücken oder Minijobs keine realistische Alternative  
 26 zur auskömmlichen gesetzlichen Rentenversicherung.  
 27  
 28 Mit Blick auf wesentlich leistungsfähigere Altersversor-  
 29 gungsmodelle, wie z.B. im benachbarten Österreich, soll-  
 30 te die SPD sich deshalb mit Nachdruck um die Alterssi-  
 31 cherung besonders der sozial schwächeren Bevölkerungs-  
 32 teile kümmern und die Beiträge aller Gesellschaftsschich-  
 33 ten nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähig-  
 34 keit insbesondere durch die Einbindung von Beamten und

**Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 244/I/2019 (Konsens)**

35 Selbstständigen in die Finanzierung der gesetzlichen Al-  
 36 tersvorsorge herstellen.

### Antrag 243/I/2019

#### KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

#### Keine (Riester)- Experimente mehr: Gesetzliche Rente solidarischer finanzieren!

1 Die SPD soll die Partei der starken Rente sein. Hierfür soll  
 2 sie sich für die Stärkung der gesetzlichen Rente einsetzen.  
 3 Auf die staatliche Förderung der Riester-Rente soll verzich-  
 4 tet werden. Die dadurch eingesparten Steuergelder sol-  
 5 len in die gesetzliche Rente fließen. Die gesetzliche Rente  
 6 kommt im Gegensatz zur Riester-Rente allen zu Gute und  
 7 besitzt in der Bevölkerung ein hohes Ansehen. Bereits ab-  
 8 geschlossene Riester-Verträge bleiben davon unberührt.  
 9

10 Insgesamt ist durch die SPD auf den Umbau der gesetz-  
 11 lichen Rentenversicherung hin zu einem echten Solidari-  
 12 tätswerk einzuwirken. Von dieser Versicherung sollen al-  
 13 le Einkommen – auch von Beamten und Selbstständigen  
 14 sowie aus Kapitalerträgen und Mieteinnahmen – erfasst  
 15 werden. Der demografische Wandel lässt sich bewältigen,  
 16 wenn die Rente von allen solidarisch und gemeinsam fi-  
 17 nanziert wird.  
 18

#### 19 Begründung

20 Alle Menschen sollen im Alter ein Leben in Würde haben.  
 21 Selbst ein gutes Erwerbsleben wird für einige Menschen  
 22 jedoch nicht mehr ausreichen, um im Alter vor Armut ge-  
 23 schützt zu sein. Grund ist das kontinuierliche Absinken  
 24 des Rentensicherungsniveaus. Auch wenn ein weiteres  
 25 Absinken unter 48% aktuell von der SPD verhindert wurde,  
 26 wird für viele Menschen in Zukunft - auch vor dem Hin-  
 27 tergrund steigender Mieten - die gesetzliche Rente nicht  
 28 mehr ausreichen, um den eigenen Lebensunterhalt im Al-  
 29 ter bestreiten zu können. Dieser Umstand löst bei vie-  
 30 len Menschen das Gefühl aus, dass ihre unter Umständen  
 31 jahrzehntelangen Arbeitsleistungen im Alter nicht ausrei-  
 32 chend gewürdigt werden.

33 Die gesetzliche „Rentenlücke“ soll nach aktuellen politi-  
 34 schen Vorstellungen durch eine zusätzliche individuelle  
 35 Absicherung mit Hilfe einer betrieblichen und privaten  
 36 Vorsorge erreicht werden. Um ein tatsächliches Schließen  
 37 der „Rentenlücke“ zu erreichen, fehlen vielen Menschen  
 38 jedoch die finanziellen Kapazitäten. Die in Milliardenhö-  
 39 he staatlich geförderte Riester-Rente erhebliche Defizite  
 40 auf. Sie erreicht – wie Studien belegen - insbesondere Ge-  
 41 ringverdienende nicht und verfehlt damit ihre Zielgruppe.  
 42

43 2001 wurde die Riester-Rente eingeführt. Die Aufgaben,

### Empfehlung der Antragskommission

Erledigt bei Annahme 244/I/2019 (Konsens)

44 die der Riester-Rente zugeschrieben wurden, hat diese  
 45 nicht erfüllt. Das hat mehrere Ursachen:  
 46 a) Die Rendite ist in vielen Fällen zu gering. Aktuell sehr  
 47 niedrige Zinsen verstärken diesen Effekt. Stiftung Waren-  
 48 test kritisiert, dass viele Geringverdiener/innen über ih-  
 49 re Riester-Verträge trotz staatlicher Zulagen gar nicht ge-  
 50 nug ansparen könnten, um tatsächlich für das Alter abge-  
 51 sichert zu sein.  
 52 b) Die staatlichen Mittel kommen vor allem Besserverdie-  
 53 ner/innen zugute. Benachteiligt werden vor allem Frau-  
 54 en. Nur die Hälfte aller Frauen kann sich zusätzlich pri-  
 55 vate Vorsorge nach Art der Riester-Rente leisten (Quelle:  
 56 Ver.di).  
 57 c) Das System der Verträge ist für Laien kaum zu durch-  
 58 schauen. Viele Menschen verstehen das komplizierte  
 59 Riester-System aus Zulagen, Freibeträgen und zusätzli-  
 60 chen Regelungen nicht.  
 61 d) Kapitalgedeckte Systeme sind im Gegensatz zu umla-  
 62 gefinanzierten Systemen durch die Abhängigkeit von den  
 63 Finanzmärkten grundsätzlich nicht krisenfest.  
 64  
 65 Gerecht und zukunftssicher ist nur ein solidarisches Ren-  
 66 tensystem, welches alle Einkommensarten erfasst und  
 67 das von allen gemeinsam finanziert wird. Nur ein sol-  
 68 ches Rentensystem berücksichtigt die ökonomischen Ent-  
 69 wicklungen der letzten Jahrzehnte - z.B. Verringerung der  
 70 Lohnquote - in ausreichendem Maße und sichert auch die-  
 71 jenigen ab, welche vom bisherigen System nicht oder nur  
 72 unzureichend erfasst werden - z.B. kleine Gewerbetrei-  
 73 bende und Freiberufler. Der vollständige Umbau des Sys-  
 74 tems ist ein jahrelanger Prozess, der jetzt von der SPD vor-  
 75 an getrieben werden muss, um bei den Wählerinnen und  
 76 Wählern Vertrauen zurück zu gewinnen.

**Antrag 244/I/2019****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Die Grundrente als erster Schritt für ein solidarisches und zukunftsfestes Rentensystem**

1 Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat im Februar das  
 2 Konzept zur sogenannten Grundrente vorgelegt. Dabei  
 3 handelt es sich um einen Zuschlag für Menschen, die  
 4 mindestens 35 Jahre Beschäftigung, Kindererziehung oder  
 5 Pflegetätigkeit vorweisen können. Der Zuschlag wird an-  
 6 hand der in diesem Zeitraum erworbenen Entgeltpunk-  
 7 te berechnet. Die Bedürftigkeitsprüfung, und die damit  
 8 verbundene Notwendigkeit die eigenen Rentenansprüche  
 9 persönlich bei der Rentenversicherung nachweisen und  
 10 einfordern zu müssen, entfällt. Dazu kommt ein Freibe-  
 11 trag bei der Grundsicherung von 25% der individuellen  
 12 Rente (maximal 106€) für Arbeitnehmer\*innen, die min-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat im Februar das  
 Konzept zur sogenannten Grundrente vorgelegt. Dabei  
 handelt es sich um einen Zuschlag für Menschen, die  
 mindestens 35 Jahre Beschäftigung, Kindererziehung oder  
 Pflegetätigkeit vorweisen können. Der Zuschlag wird an-  
 hand der in diesem Zeitraum erworbenen Entgeltpunk-  
 te berechnet. Die Bedürftigkeitsprüfung, und die damit  
 verbundene Notwendigkeit die eigenen Rentenansprüche  
 persönlich bei der Rentenversicherung nachweisen und  
 einfordern zu müssen, entfällt. Dazu kommt ein Freibe-  
 trag bei der Grundsicherung von 25% der individuellen  
 Rente (maximal 106€) für Arbeitnehmer\*innen, die min-

13 destens 35 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben, so-  
 14 wie ein pauschaler Freibetrag beim Wohngeld von 125€. Diese drei Maßnahmen sollen zusammen dafür sorgen,  
 15 dass Renter\*innen, die den Großteil ihres Lebens gearbeitet haben, an ihrem Lebensende eine Rente beziehen können die deutlich über der Grundsicherung liegt. Eine Person, die 40 Jahre auf dem Niveau des Mindestlohns gearbeitet hat, bekäme nach der Grundrente eine monatliche Rente von 960€, anstatt 512€ nach aktuellem Berechnungssystem. Nach Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales würden zwischen 3 und 4 Millionen Menschen in Deutschland von der Grundrente profitieren.

26

27 Wir unterstützen das Konzept der Grundrente ausdrücklich. Die Vorzüge liegen auf der Hand:

29

- 30 • Menschen, die den Großteil ihres Lebens gearbeitet haben, fallen mit dem Renteneintritt nicht plötzlich auf das Niveau der Grundsicherung zurück. Der Staat macht damit klar: wer seinen Beitrag zur Gesellschaft geleistet hat, kann sich am Ende auch auf ihre Solidarität verlassen.
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37 • Der Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung entfernt eine Hürde, die viele Betroffene als abschreckend und erniedrigend empfinden. Anstelle eines „Nackigmachens“ vor Sachbearbeiter\*innen tritt Verbindlichkeit und Sicherheit.
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43 • Gerade Frauen profitieren in größerem Maße von der Grundrente. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist heute noch immer nicht erreicht. Kindererziehung und Care Arbeit wird überproportional von Frauen ausgeübt. Die Beitragsjahre sind deshalb weniger, und die Beitragszahlungen im Schnitt geringer als bei Männern. Die Grundrente kann diese Ungerechtigkeiten zum Teil ausgleichen.
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52 • Die Grundrente ist finanzierbar. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales schätzt die jährlich benötigten Haushaltsmittel auf 4 bis 6 Milliarden Euro. Zum Vergleich: die von der Union geforderte Abschaffung des Solidaritätszuschlags für Spitzenverdiener würde den Bundeshaushalt um 10 Milliarden Euro jährlich erleichtern. Die ebenfalls von der Union forcierte Erhöhung des Verteidigungshaushaltes auf 1,5% des BIPs würde ca. 12 Milliarden Euro jährlich zusätzlich kosten.
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62

63 Die gesellschaftlichen und medialen Reaktionen geben dem Konzept recht. Es zeigt sich, dass die Diskussion um die Grundrente sowohl geeignet ist, das eigene sozialpolitische Profil zu schärfen, als auch wieder eine Polarisierung zwischen SPD und Union herzustellen. Ziel muss es

destens 35 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben, sowie ein pauschaler Freibetrag beim Wohngeld von 125€. Diese drei Maßnahmen sollen zusammen dafür sorgen, dass Renter\*innen, die den Großteil ihres Lebens gearbeitet haben, an ihrem Lebensende eine Rente beziehen können die deutlich über der Grundsicherung liegt. Eine Person, die 40 Jahre auf dem Niveau des Mindestlohns gearbeitet hat, bekäme nach der Grundrente eine monatliche Rente von 960€, anstatt 512€ nach aktuellem Berechnungssystem. Nach Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales würden zwischen 3 und 4 Millionen Menschen in Deutschland von der Grundrente profitieren.

Wir unterstützen das Konzept der Grundrente ausdrücklich. Die Vorzüge liegen auf der Hand:

- Menschen, die den Großteil ihres Lebens gearbeitet haben, fallen mit dem Renteneintritt nicht plötzlich auf das Niveau der Grundsicherung zurück. Der Staat macht damit klar: wer seinen Beitrag zur Gesellschaft geleistet hat, kann sich am Ende auch auf ihre Solidarität verlassen.
- Der Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung entfernt eine Hürde, die viele Betroffene als abschreckend und erniedrigend empfinden. Anstelle eines „Nackigmachens“ vor Sachbearbeiter\*innen tritt Verbindlichkeit und Sicherheit.
- Gerade Frauen profitieren in größerem Maße von der Grundrente. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist heute noch immer nicht erreicht. Kindererziehung und Care Arbeit wird überproportional von Frauen ausgeübt. Die Beitragsjahre sind deshalb weniger, und die Beitragszahlungen im Schnitt geringer als bei Männern. Die Grundrente kann diese Ungerechtigkeiten zum Teil ausgleichen.
- Die Grundrente ist finanzierbar. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales schätzt die jährlich benötigten Haushaltsmittel auf 4 bis 6 Milliarden Euro. Zum Vergleich: die von der Union geforderte Abschaffung des Solidaritätszuschlags für Spitzenverdiener würde den Bundeshaushalt um 10 Milliarden Euro jährlich erleichtern. Die ebenfalls von der Union forcierte Erhöhung des Verteidigungshaushaltes auf 1,5% des BIPs würde ca. 12 Milliarden Euro jährlich zusätzlich kosten.

Die gesellschaftlichen und medialen Reaktionen geben dem Konzept recht. Es zeigt sich, dass die Diskussion um die Grundrente sowohl geeignet ist, das eigene sozialpolitische Profil zu schärfen, als auch wieder eine Polarisierung zwischen SPD und Union herzustellen. Ziel muss es sein, dass die Bürger\*innen die SPD wieder als die Partei der sozialen Gerechtigkeit wahrnehmen, die die Gesellschaft auch tatsächlich gestalten will. Damit kann sowohl

68 sein, dass die Bürger\*innen die SPD wieder als die Partei  
69 der sozialen Gerechtigkeit wahrnehmen, die die Gesell-  
70 schaft auch tatsächlich gestalten will. Damit kann sowohl  
71 eine Abgrenzung zur Union, als auch zu den Linken und  
72 Grünen gelingen.

73

74 Die Grundrente liefert einen wichtigen Beitrag zur Be-  
75 kämpfung von Altersarmut und zur Beseitigung von ge-  
76 fühlten und realen Ungerechtigkeiten im Rentensystem.  
77 Jedoch handelt es sich noch nicht um eine ganzheitliche  
78 Reform des Rentensystems. Sie ist ein wichtiger und not-  
79 wendiger erster Schritt, jedoch dürfen wir nicht bei der  
80 Grundrente aufhören. Vielmehr sollten der Geist und das  
81 Moment des Vorschlags genutzt werden, um auch für die  
82 Menschen, die nicht unter die Grundrente fallen, sowie für  
83 die gesamte Rentenversicherung allgemein, solidarische  
84 und zukunftsfeste Konzepte zu erarbeiten. Dabei muss  
85 zwangsläufig beachtet werden:

86

- 87 • Auch für Menschen, die weniger als 35 Beitragsjah-  
88 re vorzuweisen haben, und deshalb Rente unterhalb  
89 der Grundsicherung beziehen und aufstocken, muss  
90 eine Lösung gefunden werden. Dies betrifft insbe-  
91 sondere Erwerbsminderungsrenter\*innen. Auch sie  
92 verdienen es ihren Lebensabend in Würde und frei  
93 von Altersarmut verbringen zu können. Die Anhe-  
94 bung des Grundsicherungssatzes auf ein menschen-  
95 würdiges Niveau, dass deutlich über dem Existenz-  
96 minimum liegt, ist deshalb zwingend notwendig.  
97 Der Freibetrag von 25% der individuellen Rente für  
98 die Grundsicherung, der im Rahmen der Grundren-  
99 te vorgeschlagen wird, sollte deshalb für alle Ren-  
100 ter\*innen gelten und nicht nur auf jene begrenzt  
101 sein, die 35 Beitragsjahre vorzuweisen haben. Wer  
102 in die Rentenkasse eingezahlt hat verdient mehr als  
103 die Grundsicherung – unabhängig von den Beitrags-  
104 jahren.
- 105 • Langfristig reicht es nicht das Rentenniveau bis  
106 2040 auf den aktuellen Wert von 48% festzuschrei-  
107 ben. Dies ist zwar eine zwingend notwendige Absi-  
108 cherung nach unten, kann aber nicht die Zielvorga-  
109 be sein. Es müssen Maßnahmen erarbeitet und um-  
110 gesetzt werden, die die Finanzierung der Rentenkas-  
111 sen langfristig gewährleisten und deutlich verbes-  
112 sern, damit eine Erhöhung des Rentenniveaus auf  
113 einen Wert jenseits der 50% wieder möglich ist.
- 114 • Digitalisierung und Automatisierung werden die Ar-  
115 beitswelt in den nächsten Jahrzehnten transformie-  
116 ren. In vielen Bereichen wird die Arbeitszeit kürzer,  
117 Grenzen zwischen Berufsbildern unklarer, Qualifika-  
118 tionen und Umschulungen im Erwerbsleben gängi-  
119 ger. Die Zeit, in der Menschen 45 Jahre denselben Be-  
120 ruf im selben Betrieb ausüben, sind bereits jetzt wei-  
121 testgehend vorbei. Gleichzeitig werden Roboter, Al-  
122 gorithmen und Künstliche Intelligenzen Arbeit leis-

eine Abgrenzung zur Union, als auch zu den Linken und  
Grünen gelingen.

Die Grundrente liefert einen wichtigen Beitrag zur Be-  
kämpfung von Altersarmut und zur Beseitigung von ge-  
fühlten und realen Ungerechtigkeiten im Rentensystem.  
Jedoch handelt es sich noch nicht um eine ganzheitliche  
Reform des Rentensystems. Sie ist ein wichtiger und not-  
wendiger erster Schritt, jedoch dürfen wir nicht bei der  
Grundrente aufhören. Vielmehr sollten der Geist und das  
Moment des Vorschlags genutzt werden, um auch für die  
Menschen, die nicht unter die Grundrente fallen, sowie für  
die gesamte Rentenversicherung allgemein, solidarische  
und zukunftsfeste Konzepte zu erarbeiten. Dabei muss  
zwangsläufig beachtet werden:

- Auch für Menschen, die weniger als 35 Beitragsjah-  
re vorzuweisen haben, und deshalb Rente unterhalb  
der Grundsicherung beziehen und aufstocken, muss  
eine Lösung gefunden werden. Dies betrifft insbe-  
sondere Erwerbsminderungsrenter\*innen. Auch sie  
verdienen es ihren Lebensabend in Würde und frei  
von Altersarmut verbringen zu können. Die Anhe-  
bung des Grundsicherungssatzes auf ein menschen-  
würdiges Niveau, dass deutlich über dem Existenz-  
minimum liegt, ist deshalb zwingend notwendig.  
Der Freibetrag von 25% der individuellen Rente für  
die Grundsicherung, der im Rahmen der Grundren-  
te vorgeschlagen wird, sollte deshalb für alle Ren-  
ter\*innen gelten und nicht nur auf jene begrenzt  
sein, die 35 Beitragsjahre vorzuweisen haben. Wer  
in die Rentenkasse eingezahlt hat verdient mehr als  
die Grundsicherung – unabhängig von den Beitrags-  
jahren.
- Langfristig reicht es nicht das Rentenniveau bis  
2040 auf den aktuellen Wert von 48% festzuschrei-  
ben. Dies ist zwar eine zwingend notwendige Absi-  
cherung nach unten, kann aber nicht die Zielvorga-  
be sein. Es müssen Maßnahmen erarbeitet und um-  
gesetzt werden, die die Finanzierung der Rentenkas-  
sen langfristig gewährleisten und deutlich verbes-  
sern, damit eine Erhöhung des Rentenniveaus auf  
einen Wert jenseits der 50% wieder möglich ist.
- Wie bereits im SPD Konzept der Bürger\*innenver-  
sicherung vorgesehen, muss eine Integration von  
Selbstständigen und Beamte\*innen auch im Bereich  
der Rentenversicherung angestrebt werden. Eine  
Verbreiterung der Basis an Einzahlenden verbes-  
sert die Finanzierung der Rentenversicherung und  
schafft Parität zwischen den verschiedenen Berufs-  
gruppen. Gerade Beamte\*innen als Berufsgruppe mit  
stabilen, dauerhaften Einkommen auf auskömm-  
lichem Niveau können einen erheblichen Beitrag  
zur Stabilisierung der Rentenversicherung leisten.  
Für Selbstständige, die de facto sowohl Arbeitneh-



123 ten, die vorher Menschen ausgeübt haben. In die So-  
 124 zialversicherungen zahlen sie aber natürlich nicht  
 125 ein. Deshalb wird es in den Sektoren und Betrieben,  
 126 die zunehmend von Digitalisierung und Automati-  
 127 sierung profitieren, notwendig sein den Arbeitge-  
 128 ber\*innenbeitrag zur Sozialversicherung zu erhöhen  
 129 oder Aufschläge zu berechnen, um die Rentenkassen  
 130 weiterhin zu finanzieren.

- 131 • Wie bereits im SPD Konzept der Bürger\*innenver-  
 132 sicherung vorgesehen, muss eine Integration von  
 133 Selbstständigen und Beamt\*innen auch im Bereich  
 134 der Rentenversicherung angestrebt werden. Eine  
 135 Verbreiterung der Basis an Einzahlenden verbes-  
 136 sert die Finanzierung der Rentenversicherung und  
 137 schafft Parität zwischen den verschiedenen Berufs-  
 138 gruppen. Gerade Beamt\*innen als Berufsgruppe mit  
 139 stabilen, dauerhaften Einkommen auf auskömm-  
 140 lichem Niveau können einen erheblichen Beitrag  
 141 zur Stabilisierung der Rentenversicherung leisten.  
 142 Für Selbstständige, die de facto sowohl Arbeitneh-  
 143 mer\*innen als auch Arbeitgeber\*innen Beiträge zah-  
 144 len würden, müssen neue Wege gefunden werden.  
 145 So kann beispielweise bei einer solchen Doppelbe-  
 146 lastung über eine Verdoppelung der Entgeltpunkte  
 147 oder einen Zusatzfaktor bei der Berechnung nachge-  
 148 dacht werden. Unternehmerisches Risiko würde so  
 149 abgesichert.
- 150
- 151 • Die SPD war in den frühen 2000er Jahren maß-  
 152 geblich daran beteiligt mit dem staatlich subven-  
 153 tionierten Finanzprodukt der Riesterrente Millionen  
 154 von Menschen in die private Altersvorsorge zu brin-  
 155 gen. Für viele hat sich diese jedoch – insbesonde-  
 156 re in Zeiten dauerhafter Niedrigzinsen – als eine  
 157 Falle entpuppt. Wer heute eine Riesterrente unter  
 158 dem Niveau der Grundsicherung erhält, dem wird  
 159 diese komplett auf die Grundsicherung angerech-  
 160 net – Altersarmut trotz gesammelten Beitragsjah-  
 161 ren. Die SPD steht hier besonders in der Verantwor-  
 162 tung. Ähnlich wie in der Grundrente muss auch für  
 163 Rentner\*innen in der privaten Säule ein Freibetrag  
 164 für die Grundsicherung eingeführt werden, sodass  
 165 jahrzehntelange Arbeit und Beiträge nicht einfach  
 166 verpuffen.
- 167 • Letztendlich bleibt der beste Weg Altersarmut vor-  
 168 zubeugen und die Rentenkassen zu füllen die För-  
 169 derung und Absicherung von sozialversicherungs-  
 170 pflichtiger Beschäftigung. Wir fordern deshalb:
- 171
- 172 • Das ausnahmslose Verbot von sachgrundlosen Be-  
 173 fristungen
- 174
- 175 • die Umwandlung von Minijobs in sozialversiche-  
 176 rungspflichtige Beschäftigung ab dem ersten Euro  
 177 unter Ausweitung der Gleitzone Regelung für Sozi-

mer\*innen als auch Arbeitgeber\*innen Beiträge zah-  
 len würden, müssen neue Wege gefunden werden.  
 So kann beispielweise bei einer solchen Doppelbe-  
 lastung über eine Verdoppelung der Entgeltpunkte  
 oder einen Zusatzfaktor bei der Berechnung nachge-  
 dacht werden. Unternehmerisches Risiko würde so  
 abgesichert.

- Die SPD war in den frühen 2000er Jahren maß-  
 geblich daran beteiligt mit dem staatlich subven-  
 tionierten Finanzprodukt der Riesterrente Millionen  
 von Menschen in die private Altersvorsorge zu brin-  
 gen. Für viele hat sich diese jedoch – insbesonde-  
 re in Zeiten dauerhafter Niedrigzinsen – als eine  
 Falle entpuppt. Wer heute eine Riesterrente unter  
 dem Niveau der Grundsicherung erhält, dem wird  
 diese komplett auf die Grundsicherung angerech-  
 net – Altersarmut trotz gesammelten Beitragsjah-  
 ren. Die SPD steht hier besonders in der Verantwor-  
 tung. Ähnlich wie in der Grundrente muss auch für  
 Rentner\*innen in der privaten Säule ein Freibetrag  
 für die Grundsicherung eingeführt werden, sodass  
 jahrzehntelange Arbeit und Beiträge nicht einfach  
 verpuffen.
- Letztendlich bleibt der beste Weg Altersarmut vor-  
 zubeugen und die Rentenkassen zu füllen die För-  
 derung und Absicherung von sozialversicherungs-  
 pflichtiger Beschäftigung. Wir fordern deshalb:
- Das ausnahmslose Verbot von sachgrundlosen Be-  
 fristungen
- die Umwandlung von Minijobs in sozialversiche-  
 rungspflichtige Beschäftigung ab dem ersten Euro  
 unter Ausweitung der Gleitzone Regelung für Sozi-  
 alversicherungsbeiträge
- die Konsequente Kontrolle und Unterbindung von  
 scheinselfständigen Beschäftigungsverhältnis-  
 sen und die klare Verpflichtung von Plattformen  
 als Arbeitgeber\*innen, die ihren Anteil in die  
 Sozialversicherungssysteme einzahlen.
- Die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf  
 mindestens 12€ pro Stunde

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat im Februar das  
 Konzept zur sogenannten Grundrente vorgelegt. Dabei  
 handelt es sich um einen Zuschlag für Menschen, die  
 mindestens 35 Jahre Beschäftigung, Kindererziehung oder  
 Pflegetätigkeit vorweisen können. Der Zuschlag wird an-  
 hand der in diesem Zeitraum erworbenen Entgeltpunk-  
 te berechnet. Die Bedürftigkeitsprüfung, und die damit  
 verbundene Notwendigkeit die eigenen Rentenansprüche  
 persönlich bei der Rentenversicherung nachweisen und  
 einfordern zu müssen, entfällt. Dazu kommt ein Freibe-  
 trag bei der Grundsicherung von 25% der individuellen  
 Rente (maximal 106€) für Arbeitnehmer\*innen, die min-  
 destens 35 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben, so-  
 wie ein pauschaler Freibetrag beim Wohngeld von 125€.

178 alversicherungsbeiträge

179

180 • die Konsequente Kontrolle und Unterbindung von  
181 scheinselfständigen Beschäftigungsverhältnis-  
182 sen und die klare Verpflichtung von Plattformen  
183 als Arbeitgeber\*innen, die ihren Anteil in die  
184 Sozialversicherungssysteme einzahlen.

185

186 • Die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf  
187 mindestens 12€ pro Stunde

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

222

223

224

225

226

227

228

229

230

231

232

Diese drei Maßnahmen sollen zusammen dafür sorgen, dass Renter\*innen, die den Großteil ihres Lebens gearbeitet haben, an ihrem Lebensende eine Rente beziehen können die deutlich über der Grundsicherung liegt. Eine Person, die 40 Jahre auf dem Niveau des Mindestlohns gearbeitet hat, bekäme nach der Grundrente eine monatliche Rente von 960€, anstatt 512€ nach aktuellem Berechnungssystem. Nach Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales würden zwischen 3 und 4 Millionen Menschen in Deutschland von der Grundrente profitieren.

Wir unterstützen das Konzept der Grundrente ausdrücklich. Die Vorzüge liegen auf der Hand:

- Menschen, die den Großteil ihres Lebens gearbeitet haben, fallen mit dem Renteneintritt nicht plötzlich auf das Niveau der Grundsicherung zurück. Der Staat macht damit klar: wer seinen Beitrag zur Gesellschaft geleistet hat, kann sich am Ende auch auf ihre Solidarität verlassen.
- Der Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung entfernt eine Hürde, die viele Betroffene als abschreckend und erniedrigend empfinden. Anstelle eines „Nackigmachens“ vor Sachbearbeiter\*innen tritt Verbindlichkeit und Sicherheit.
- Gerade Frauen profitieren in größerem Maße von der Grundrente. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist heute noch immer nicht erreicht. Kindererziehung und Care Arbeit wird überproportional von Frauen ausgeübt. Die Beitragsjahre sind deshalb weniger, und die Beitragszahlungen im Schnitt geringer als bei Männern. Die Grundrente kann diese Ungerechtigkeiten zum Teil ausgleichen.
- Die Grundrente ist finanzierbar. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales schätzt die jährlich benötigten Haushaltsmittel auf 4 bis 6 Milliarden Euro. Zum Vergleich: die von der Union geforderte Abschaffung des Solidaritätszuschlags für Spitzenverdiener würde den Bundeshaushalt um 10 Milliarden Euro jährlich erleichtern. Die ebenfalls von der Union forcierte Erhöhung des Verteidigungshaushaltes auf 1,5% des BIPs würde ca. 12 Milliarden Euro jährlich zusätzlich kosten.

Die gesellschaftlichen und medialen Reaktionen geben dem Konzept recht. Es zeigt sich, dass die Diskussion um die Grundrente sowohl geeignet ist, das eigene sozialpolitische Profil zu schärfen, als auch wieder eine Polarisierung zwischen SPD und Union herzustellen. Ziel muss es sein, dass die Bürger\*innen die SPD wieder als die Partei der sozialen Gerechtigkeit wahrnehmen, die die Gesellschaft auch tatsächlich gestalten will. Damit kann sowohl eine Abgrenzung zur Union, als auch zu den Linken und Grünen gelingen.

233  
234  
235  
236  
237  
238  
239  
240  
241  
242  
243  
244  
245  
246  
247  
248  
249  
250  
251  
252  
253  
254  
255  
256  
257  
258  
259  
260  
261  
262  
263  
264  
265  
266  
267  
268  
269  
270  
271  
272  
273  
274  
275  
276  
277  
278  
279  
280  
281  
282  
283  
284  
285  
286  
287

Die Grundrente liefert einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Altersarmut und zur Beseitigung von gefühlten und realen Ungerechtigkeiten im Rentensystem. Jedoch handelt es sich noch nicht um eine ganzheitliche Reform des Rentensystems. Sie ist ein wichtiger und notwendiger erster Schritt, jedoch dürfen wir nicht bei der Grundrente aufhören. Vielmehr sollten der Geist und das Moment des Vorschlags genutzt werden, um auch für die Menschen, die nicht unter die Grundrente fallen, sowie für die gesamte Rentenversicherung allgemein, solidarische und zukunftsfeste Konzepte zu erarbeiten. Dabei muss zwangsläufig beachtet werden:

- Auch für Menschen, die weniger als 35 Beitragsjahre vorzuweisen haben, und deshalb Rente unterhalb der Grundsicherung beziehen und aufstocken, muss eine Lösung gefunden werden. Dies betrifft insbesondere Erwerbsminderungsrentner\*innen. Auch sie verdienen es ihren Lebensabend in Würde und frei von Altersarmut verbringen zu können. Die Anhebung des Grundsicherungssatzes auf ein menschenwürdiges Niveau, das deutlich über dem Existenzminimum liegt, ist deshalb zwingend notwendig. Der Freibetrag von 25% der individuellen Rente für die Grundsicherung, der im Rahmen der Grundrente vorgeschlagen wird, sollte deshalb für alle Rentner\*innen gelten und nicht nur auf jene begrenzt sein, die 35 Beitragsjahre vorzuweisen haben. Wer in die Rentenkasse eingezahlt hat verdient mehr als die Grundsicherung – unabhängig von den Beitragsjahren.
- Langfristig reicht es nicht das Rentenniveau bis 2040 auf den aktuellen Wert von 48% festzuschreiben. Dies ist zwar eine zwingend notwendige Absicherung nach unten, kann aber nicht die Zielvorgabe sein. Es müssen Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt werden, die die Finanzierung der Rentenkassen langfristig gewährleisten und deutlich verbessern, damit eine Erhöhung des Rentenniveaus auf einen Wert jenseits der 50% wieder möglich ist.
- Digitalisierung und Automatisierung werden die Arbeitswelt in den nächsten Jahrzehnten transformieren. In vielen Bereichen wird die Arbeitszeit kürzer, Grenzen zwischen Berufsbildern unklarer, Qualifikationen und Umschulungen im Erwerbsleben gängiger. Die Zeit, in der Menschen 45 Jahre denselben Beruf im selben Betrieb ausüben, sind bereits jetzt weitestgehend vorbei. Gleichzeitig werden Roboter, Algorithmen und Künstliche Intelligenzen Arbeit leisten, die vorher Menschen ausgeübt haben. In die Sozialversicherungen zahlen sie aber natürlich nicht ein. Deshalb wird es in den Sektoren und Betrieben, die zunehmend von Digitalisierung und Automatisierung profitieren, notwendig sein den Arbeitge-

288  
289  
290  
291  
292  
293  
294  
295  
296  
297  
298  
299  
300  
301  
302  
303  
304  
305  
306  
307  
308  
309  
310  
311  
312  
313  
314  
315  
316  
317  
318  
319  
320  
321  
322  
323  
324  
325  
326  
327  
328  
329  
330  
331  
332  
333  
334  
335  
336  
337  
338  
339  
340  
341  
342

- ber\*innenbeitrag zur Sozialversicherung zu erhöhen oder Aufschläge zu berechnen, um die Rentenkassen weiterhin zu finanzieren.
- Wie bereits im SPD Konzept der Bürger\*innenversicherung vorgesehen, muss eine Integration von Selbstständigen und Beamt\*innen auch im Bereich der Rentenversicherung angestrebt werden. Eine Verbreiterung der Basis an Einzahlenden verbessert die Finanzierung der Rentenversicherung und schafft Parität zwischen den verschiedenen Berufsgruppen. Gerade Beamt\*innen als Berufsgruppe mit stabilen, dauerhaften Einkommen auf auskömmlichem Niveau können einen erheblichen Beitrag zur Stabilisierung der Rentenversicherung leisten. Für Selbstständige, die de facto sowohl Arbeitnehmer\*innen als auch Arbeitgeber\*innen Beiträge zahlen würden, müssen neue Wege gefunden werden. So kann beispielweise bei einer solchen Doppelbelastung über eine Verdoppelung der Entgeltpunkte oder einen Zusatzfaktor bei der Berechnung nachgedacht werden. Unternehmerisches Risiko würde so abgesichert.
  - Die SPD war in den frühen 2000er Jahren maßgeblich daran beteiligt mit dem staatlich subventionierten Finanzprodukt der Riesterrente Millionen von Menschen in die private Altersvorsorge zu bringen. Für viele hat sich diese jedoch – insbesondere in Zeiten dauerhafter Niedrigzinsen – als eine Falle entpuppt. Wer heute eine Riesterrente unter dem Niveau der Grundsicherung erhält, dem wird diese komplett auf die Grundsicherung angerechnet – Altersarmut trotz gesammelten Beitragsjahren. Die SPD steht hier besonders in der Verantwortung. Ähnlich wie in der Grundrente muss auch für Rentner\*innen in der privaten Säule ein Freibetrag für die Grundsicherung eingeführt werden, sodass jahrzehntelange Arbeit und Beiträge nicht einfach verpuffen.
  - Letztendlich bleibt der beste Weg Altersarmut vorzubeugen und die Rentenkassen zu füllen die Förderung und Absicherung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Wir fordern deshalb:
  - Das ausnahmslose Verbot von sachgrundlosen Befristungen
  - die Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ab dem ersten Euro unter Ausweitung der Gleitzone-Regelung für Sozialversicherungsbeiträge
  - die Konsequente Kontrolle und Unterbindung von Scheinselbstständigen Beschäftigungsverhältnissen und die klare Verpflichtung von Plattformen als Arbeitgeber\*innen, die ihren Anteil in die Sozialversicherungssysteme einzahlen.
  - Die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf mindestens 12€ pro Stunde

**Antrag 245/I/2019****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Erfassung obdachloser und wohnungsloser Frauen**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des
- 2 Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, sich für eine
- 3 Erfassung der obdachlosen und wohnungslosen Frauen
- 4 einzusetzen.
- 5 Geeignete Konzepte sind unter Einbeziehung zivilgesell-
- 6 schaftlicher Akteure zeitnah zu entwickeln.

7

**8 Begründung**

- 9 Die von Senatorin Breitenbach angekündigte Erfassung
- 10 von Obdachlosen in Berlin verspricht, eine wichtige Wis-
- 11 senslücke bei der Arbeit mit den Schwächsten der Gesell-
- 12 schaft zu füllen. Dabei ist es wichtig, nicht nur die reine
- 13 Anzahl auf der Straße lebenden Menschen zu erfassen,
- 14 sondern diese für die weitere Nutzung zu spezifizieren.
- 15 Besonders die Anzahl der obdachlosen und wohnungs-
- 16 losen Frauen ist wichtig, um Bedarfe zu klären und Hilfs-
- 17 maßnahmen an die wirkliche Situation in unserer Stadt
- 18 anzupassen. Wichtig ist dabei, auch einen Schwerpunkt
- 19 auf wohnungslose Frauen zu setzen, die bei einer reinen
- 20 Zählung von Obdachlosen nicht erfasst werden.

**Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch Beschlusslage (194/II/2018) (Konsens)****Antrag 246/I/2019****KDV Lichtenberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Nicht mehr in die Tonne! Unverkaufte Lebensmittel spenden**

- 1 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundestag sowie
- 2 die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-
- 3 rung sollen sich für eine gesetzliche Regelung einset-
- 4 zen, dass Lebensmittelhändler\*innen (Groß und Einzel-
- 5 handel) und Produzent\*innen verpflichtet werden, siche-
- 6 re und noch essbare Lebensmittel, die nicht mehr ver-
- 7 kauft werden, gemeinnützigen Organisationen und Tafeln
- 8 oder auch Schulen und Kitas vorrangig lokal zur Abholung
- 9 auf Spendenbasis anzubieten. Als Beispiel können hier die
- 10 Verfahren in Frankreich und Tschechien dienen.

11

- 12 Sie dürfen erst entsorgt werden, wenn innerhalb einer
- 13 Frist von 24 Stunden bzw. innerhalb der vorgegebenen
- 14 Fristen der Lebensmittelhygiene-Verordnung keine Abho-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundestag sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sollen sich für eine gesetzliche Regelung einsetzen, dass Lebensmittelhändler\*innen (Groß und Einzelhandel) und Produzent\*innen verpflichtet werden, sichere und noch essbare Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden, gemeinnützigen Organisationen und Tafeln vorrangig lokal zur Abholung auf Spendenbasis anzubieten. Als Beispiel können hier die Verfahren in Frankreich und Tschechien dienen.

Sie dürfen erst entsorgt werden, wenn innerhalb einer Frist von 24 Stunden bzw. innerhalb der vorgegebenen Fristen der Lebensmittelhygiene-Verordnung keine Abho-

15 holung durch gemeinnützige Organisationen, Tafeln und  
 16 Schulen und Kitas erfolgte bzw. kein Bedarf signalisiert  
 17 wurde.

18

19 Darüber hinaus soll sich die SPD auf europäischer Ebene  
 20 dafür einsetzen, dass diese Regelung europaweit einge-  
 21 führt wird.

22

### 23 **Begründung**

24 Ein Drittel aller produzierten Lebensmittel landet nutzlos  
 25 in der Tonne. Das entspricht insgesamt etwa 1,3 Milliarden  
 26 Tonnen im Jahr. Bei dieser Menge an weggeworfenen Le-  
 27 bensmitteln werden ca. 30 % der weltweit existierenden  
 28 Anbauflächen In Deutschland werden jährlich 18 Millio-  
 29 nen Tonnen Lebensmittel vernichtet, das entspricht einem  
 30 Drittel der Produktion. Das geschieht teilweise auch schon  
 31 bevor die Lebensmittel überhaupt den Einzelhandel errei-  
 32 chen. Beispielsweise werden 30 % - 35 % der Kartoffeln an  
 33 verschiedenen Stellen der Prozesskette aussortiert bevor  
 34 sie in den Laden gelangen. Die Verschwendung stellt ein  
 35 großes Problem dar.

36

37 Weltweit müssen über 800 Millionen Menschen hun-  
 38 gern. Außerdem wird bei der Herstellung und beim Trans-  
 39 port der nicht genutzten Lebensmittel unnötig Ener-  
 40 gie und Wasser verbraucht, Flächen beansprucht sowie  
 41 Dünge- und Pflanzenschutzmittel verwendet. Dabei wer-  
 42 den Treibhausgasemissionen in Höhe von mehr als drei Gi-  
 43 gatonnen verursacht.

44

45 Die UN hat sich mit den Sustainable Development Goals  
 46 zum Ziel gesetzt, bis 2030 die Verschwendung von Nah-  
 47 rungsmitteln zu reduzieren. Deutschland hat diese mitun-  
 48 terzeichnet. Die gesetzliche Pflicht zu Spenden für Lebens-  
 49 mitteleinzelhändler\*innen kann einen Teil dazu beitragen  
 50 und hilft gleichzeitig finanzschwachen Menschen.

lung durch gemeinnützige Organisationen und Tafeln er-  
 folgte bzw. kein Bedarf signalisiert wurde.

Darüber hinaus soll sich die SPD auf europäischer Ebene  
 dafür einsetzen, dass diese Regelung europaweit einge-  
 führt wird.

### Antrag 247/I/2019

Jusos LDK

**Der Landesvorstand möge beschließen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag  
 möge beschließen:**

### **Nicht mehr in die Tonne! Unverkaufte Lebensmittel abgeben**

1 Ein Drittel aller produzierten Lebensmittel landet nutzlos  
 2 in der Tonne. Das entspricht insgesamt etwa 1,3 Milliar-  
 3 den Tonnen im Jahr. Bei dieser Menge an weggeworfenen  
 4 Lebensmitteln werden ca. 30 % der weltweit existieren-  
 5 den Anbauflächen In Deutschland werden jährlich 18 Mil-  
 6 lionen Tonnen Lebensmittel vernichtet, das entspricht ei-  
 7 nem Drittel der Produktion. Das geschieht teilweise auch  
 8 schon bevor die Lebensmittel überhaupt den Einzelhan-

### **Empfehlung der Antragskommission**

**Erledigt bei Annahme 246/I/2019 (Konsens)**

9 del erreichen. Beispielsweise werden 30 % - 35 % der Kar-  
10 toffeln an verschiedenen Stellen der Prozesskette aussor-  
11 tiert bevor sie in den Laden gelangen. Die Verschwen-  
12 dung stellt ein großes Problem dar. Weltweit müssen über  
13 800 Millionen Menschen hungern. Außerdem wird bei der  
14 Herstellung und beim Transport der nicht genutzten Le-  
15 bensmittel unnötig Energie und Wasser verbraucht, Flä-  
16 chen beansprucht sowie Dünge- und Pflanzenschutzmit-  
17 tel verwendet. Dabei werden Treibhausgasemissionen in  
18 Höhe von mehr als drei Gigatonnen verursacht. Dieses  
19 vorherrschend imperiale Konsummodell ist für uns nicht  
20 hinnehmbar. Wir fordern den weitreichenden Abbau der  
21 Lebensmittelverschwendung und fordern eine sozial ge-  
22 rechte Verteilung von Lebensmittel sowie weiteren ökolo-  
23 gischen Ressourcen.

24

25 Die UN hat sich mit den Sustainable Development Goals  
26 zum Ziel gesetzt, bis 2030 die Verschwendung von Nah-  
27 rungsmitteln zu reduzieren. Deutschland hat diese mitun-  
28 terzeichnet. Die gesetzliche Pflicht unverkäufliche Lebens-  
29 mittel zu spenden innen kann einen Teil dazu beitragen  
30 und hilft gleichzeitig finanzschwachen Menschen.

31

32 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundestag sowie  
33 die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-  
34 rung sollen sich für eine gesetzliche Regelung einset-  
35 zen, dass Lebensmittelhändler\*innen (Groß und Einzel-  
36 handel) und Produzent\*innen verpflichtet werden noch  
37 essbare Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden, ge-  
38 meinnützigen Organisationen und Tafeln oder auch Schu-  
39 len und Kitas vorrangig lokal zur Abholung anzubieten.  
40 Als Beispiel können hier die Verfahren in Frankreich und  
41 Tschechien dienen.

42

43 Sie dürfen erst entsorgt werden, wenn innerhalb einer  
44 Frist von 24 Stunden keine Abholung durch gemeinnützi-  
45 ge Organisationen, Tafeln und Schulen und Kitas erfolgte  
46 bzw. ein Bedarf signalisiert wurde und müssen solange  
47 sachgerecht gelagert werden. Bei lange haltbaren Lebens-  
48 mitteln wie Nudeln oder Reis gilt die Frist von einer Wo-  
49 che. Ergänzend soll ein Konzept entwickelt werden, dass  
50 den Zugang auch für Privatpersonen ermöglicht. Bis zur  
51 Abholung sind die Lebensmittel selbstverständlich hygie-  
52 nisch zu lagern ohne Unterbrechung der Kühlkette.

53

54 Kein Mensch darf, insbesondere in einem reichen Land wie  
55 diesem, auf Lebensmittel aus Müllcontainern angewie-  
56 sen sein. Wenn Personen dennoch aufgrund gesellschaft-  
57 lichen und staatlichen Versagens auf diese Form der Le-  
58 bensmittelbeschaffung angewiesen sind, darf diese nicht  
59 noch gezielt kriminalisiert werden. Das eigentliche Fehl-  
60 verhalten liegt schließlich keineswegs bei diesen Men-  
61 schen. Deswegen muss das „Containern“ endlich entkri-  
62 minalisiert, zumindest jedoch straffrei werden.

63

64 Darüber hinaus soll sich die SPD auf europäischer Ebene  
65 dafür einsetzen, dass diese Regelung europaweit einge-  
66 führt wird.

**Antrag 248/I/2019****Abt. 07/01 Tempelhof****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Strategien gegen Lebensmittelverschwendung entwickeln**

1 Die Sozialdemokratische Partei Deutschland setzt sich  
2 nach Vorbild der u.a. Tschechischen Republik für neue  
3 Strategien gegen Lebensmittelverschwendung ein. Der  
4 Lebensmittelhandel und insbesondere Supermarktketten  
5 sollen Lebensmittel, die aufgrund des Mindesthaltbar-  
6 keitsdatum oder leichter Beschädigungen nicht mehr ver-  
7 käuflich, aber für den Verzehr gesundheitlich unbedenk-  
8 lich sind z.B. sozialen bzw. wohltätigen Organisationen  
9 kostenfrei anbieten. Die Entsorgung ist demnach grund-  
10 sätzlich nur statthaft, wenn Lebensmittel ohne schuld-  
11 haftes Zögern angeboten aber nicht angenommen wor-  
12 den oder Produkte nicht mehr zum Verzehr geeignet sind.  
13 Des Weiteren soll der Lebensmittelhandel gefördert wer-  
14 den, eigene Ansätze zur Lebensmittelverschwendung um-  
15 zusetzen, wie z.B. Produkte, die aus dem Verkauf genom-  
16 men werden, den Kundinnen und Kunden gratis anzubie-  
17 ten. Im Rahmen der Gesetzgebung sind entgegenstehen-  
18 de Rechtsvorschriften anzupassen.

19

**Begründung**

21 Nach Schätzungen des Bundeszentrums für Ernährung,  
22 des WWF sowie des Bundesministeriums für Ernährung  
23 und Landwirtschaft werden allein in Deutschland jährlich  
24 zwischen 11 – 18 Millionen Tonnen Lebensmittel wegge-  
25 worfen. Davon entfallen mindestens 550.000 Tonnen auf  
26 den Lebensmittelhandel. Der hohe Anspruch der Kund-  
27 schaft auf ein breites bzw. vielfältiges Sortiment führt  
28 in der Kehrseite auch zu einem hohen „Wegwerfpotenzi-  
29 al“. Daher werden Produkte kurz vor Ablauf des Mindest-  
30 haltbarkeitsdatums oder mit leichten Schäden aussortiert  
31 und weggeworfen. Die Tschechische Republik sowie auch  
32 Frankreich haben auf diesen Umstand reagiert und ein  
33 Gesetz erlassen, dass im Tenor des Antrages den Lebens-  
34 mittelhandel verpflichtet, diese Produkte zuerst sozialen  
35 bzw. wohltätigen Organisationen anzubieten.

36

37 Ausgehend, dass nach aktuellen Umfragen sowie Erhe-  
38 bungen der EU bzw. des Bundesamtes für Statistik fast  
39 1/3 der Menschen ohne Job nicht durchgängig in der Lage  
40 sind, sich eine vollwertige Mahlzeit zu leisten. Wenn dann  
41 gleichzeitig wie in Bayern Bürgerinnen und Bürger im Rah-  
42 men des sog. „Containers“ (Entnahme von weggeworfe-

**Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 246/I/2019 (Konsens)**



43 nen Lebensmitteln aus Abfallbehältern der Supermärkte)  
 44 sich dem Vorwurf des schweren Diebstahls ausgesetzt se-  
 45 hen müssen, zeigt zusätzlich dringend gebotenen Hand-  
 46 lungsbedarf.

47

48 Natürlich nimmt diese Maßnahme nur einen Teilaspekt  
 49 zur Problematik der Lebensmittelverschwendung ein und  
 50 es sind weitere Überlegungen erforderlich.

#### Antrag 249/I/2019

ASJ Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

#### Verkürzung der Frist für eine Restschuldbefreiung

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-  
 2 rung und die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag  
 3 werden aufgefordert, im Rahmen der Vorgaben der zu  
 4 erwartenden EU-Richtlinie die Insolvenzordnung dahin-  
 5 gehend zu ändern, dass überschuldeten Personen durch  
 6 Restschuldbefreiung künftig grundsätzlich kurzfristiger,  
 7 nämlich schon in drei statt wie bisher in sechs bzw. fünf  
 8 Jahren, eine Chance zum wirtschaftlichen Neubeginn er-  
 9 möglicht wird. Eine generelle Entschuldung künftig nach  
 10 drei Jahren würde Insolvenzschuldnern einen Neustart  
 11 wesentlich erleichtern, wäre aber, ohne dass sozialpäd-  
 12 agogische bzw. betriebs-wirtschaftliche Maßnahmen bei  
 13 Selbstständigen damit verbunden wären, bedenklich, da  
 14 das Risiko einer erneuten Überschuldung durch die Zeit-  
 15 verkürzung erheblich steigt. Spätestens mit Verabschie-  
 16 dung der EU Richtlinie über eine Verkürzung der Rest-  
 17 schuldbefreiungszeit auf drei Jahre müssen begleitende  
 18 gesetzliche Vorgaben einer erneuten Überschuldung vor-  
 19 beugen.

20

21 Zudem sollen Regelungen geschaffen werden, die den  
 22 Gläubigern vor der Gewährung von neuen Krediten  
 23 oder sonstigen Finanzierungsmöglichkeiten erhöhte Prüf-  
 24 pflichten auferlegen, ansonsten verfällt deren Anspruch  
 25 in der Restschuldbefreiung.

26

27 Vorschlag zu einer entsprechenden Änderung der Insol-  
 28 venzordnung mit Inkrafttreten der EU-Richtlinie:

- 29 1. 300 Abs. 1 Ziffer 2 InsO wird geändert und heißt  
 30 künftig: " 3 Jahre der Abtretungsfrist verstrichen  
 31 sind." Abs. 1 Ziffer 3 InsO entfällt.
- 32 2. 287 Abs. 2 InsO wird dahingehend geändert: „dass  
 33 der Schuldner seine pfändbaren Forderung auf Be-  
 34 züge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stel-  
 35 le tretende laufende Bezüge für die Zeit von 3 Jah-  
 36 ren nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens (Ab-  
 37 tretungsfrist) an einen vom Gericht zu bestimmen-

#### Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

- 38 den Treuhänder abtritt.“
- 39 3. 295 Abs. 4 InsO sollte wie folgt geändert werden:
- 40 „ der Schuldner in den letzten 3 Jahren vor dem
- 41 Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder
- 42 nach diesem Antrag vorsätzlich oder grob fahrlässig
- 43 schriftlich unrichtige oder unvollständige Angaben
- 44 über seine wirtschaftlichen Verhältnisse gemacht
- 45 hat, um einen Kredit zu erhalten, Leistungen aus öf-
- 46 fentlichen Mitteln zu beziehen oder Leistungen öf-
- 47 fentliche Kassen zu vermeiden, oder unangemesse-
- 48 ne Schulden verursacht hat.“
- 49 4. 296 Abs. 2 Satz 2 InsO wird ergänzt: „der Schuld-
- 50 ner hat über die Erfüllung seiner Obliegenheiten
- 51 Auskunft zu erteilen und, wenn es der Gläubiger
- 52 oder der Treuhänder beantragt, die Richtigkeit die-
- 53 ser Auskunft an Eides statt zu versichern. Die Aus-
- 54 kunftspflicht erstreckt sich auch auf die Aufnahme
- 55 von unangemessenen Schulden.“
- 56 5. 5 Abs. 1 InsO wird um folgenden Satz ergänzt: “
- 57 das Insolvenzgericht hat bei natürlichen Personen
- 58 vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens Auskunft
- 59 beim Schuldnerverzeichnis (882 a ZPO) darüber ein-
- 60 zuzuholen, ob bereits dem Antragsteller eine Rest-
- 61 schuldbefreiung erteilt bzw. abgelehnt wurde“.
- 62 6. 300 InsO wird um folgenden Absatz ergänzt: „ 5. das
- 63 Insolvenzgericht kann vor Erteilung der Restschul-
- 64 dbefreiung Maßnahmen zur Vermeidung einer Neu-
- 65 verschuldung des Schuldners durch Beschluss an-
- 66 ordnen.

67  
68  
69

#### 70 **Begründung**

71 Die geltende Fassung der Insolvenzordnung sieht in Teil  
72 8 die Möglichkeit vor, dass eine natürliche Person als  
73 Schuldner unter den Voraussetzungen der §§ 287 bis 303  
74 InsO spätestens sechs bzw. fünf Jahre nach Eröffnung des  
75 Verfahrens von noch nicht erfüllten Verbindlichkeiten ge-  
76 genüber seinen Gläubigern befreit werden kann, soweit  
77 sie den pfändbaren Teil aller ihrer Bezüge an einen vom  
78 Gericht bestellten Treuhänder abtritt und keine Ausnah-  
79 me nach §v 302 InsO vorliegt. Diese Abtretungsfrist kann  
80 auf fünf Jahre verkürzt werden, wenn die Verfahrenskos-  
81 ten bis dahin beglichen sind, oder auf drei Jahre, wenn zu-  
82 sätzlich eine Befriedigung der Insolvenzgläubiger in Höhe  
83 von mindestens 35 % erfolgt ist.

84  
85 Letztere Regelung ist in der Praxis kaum relevant und  
86 bevorzugt zudem gutverdienende Schuldner, die wegen  
87 ihres hohen Einkommens die Möglichkeit zur teilweisen  
88 Gläubigerbefriedigung aus pfändbaren Einkommen ha-  
89 ben. Der neue Richtlinienentwurf des europäischen Parla-  
90 ments und des Rates über präventive Restrukturierungs-  
91 rahmen schlägt in Art. 20 eine Entschuldungsfrist von  
92 höchstens drei Jahren ab Verfahrenseröffnung vor. Zwar

93 richtet sich die Richtlinie in erster Linie an Selbstständi-  
 94 ge, sie wird jedoch aus verfassungsrechtlichen Gleichbe-  
 95 handlungsgrundsätzen auch auf Verbraucher anzuwen-  
 96 den sein.

97

98 Es muss sichergestellt sein, dass Schuldner sich während  
 99 des Insolvenzverfahrens bzw. der sich daran anschließen-  
 100 den Wohlverhaltensperiode nicht unangemessen neuver-  
 101 schulden, da damit der Sinn des Entschuldungsverfahrens  
 102 ad absurdum geführt würde.

103

104 Weiterhin muss sichergestellt sein, dass ein „Restschuld  
 105 Tourismus“ ausgeschlossen wird dadurch, dass das Insol-  
 106venzgericht beim Schuldnerverzeichnis nachfragen muss,  
 107 ob bundesweit bereits eine Restschuldbefreiung des  
 108 Schuldners erfolgt ist bzw. versagt wurde. Die Praxis zeig-  
 109 te, dass Insolvenzgericht teilweise nicht nachprüfen, ob  
 110 bereits an einem anderen Gericht oder in einem ande-  
 111 ren Bundesland eine Restschuldbefreiung erfolgte bzw.  
 112 versagt wurde. Die vom Schuldner darüber abzugebende  
 113 Erklärung (§ 305 Abs. 5 InsO) reicht zur Vermeidung von  
 114 Missbrauchsfällen nicht aus.

115

116 Es müssen die Ursachen, die zu einer Insolvenz führten,  
 117 aufgearbeitet und Strategien zur Vermeidung erneuter  
 118 Überschuldung angeboten werden.

#### Antrag 250/I/2019

KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

**Ausschluss von Geflüchteten in Beschäftigungsduldung vom Kindergeld und Kinderzuschlag beenden! Gleichbehandlung von allen Menschen mit Kindern in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ermöglichen!**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages  
 2 und Bundesrates werden aufgefordert, sich dafür einzu-  
 3 setzen, dass in das Asylbewerberleistungsgesetz ein Para-  
 4 graf eingeführt wird, der vorsieht, dass Asylsuche mit Kin-  
 5 dern eine zusätzliche Leistung in Höhe des Kindergeldes  
 6 für jedes Kind bekommen.

7

#### 8 **Begründung**

9 Kindergeldansprüche haben nach gegenwärtiger Rechts-  
 10 lage nur Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis, nicht  
 11 aber mit dem Status Gestattung oder Duldung. Mit der  
 12 heutigen Befassung des Bundesrates ist sicher, dass es  
 13 für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Geduldete  
 14 nur eine Beschäftigungsduldung geben wird und keinen  
 15 Wechsel in eine Aufenthaltserlaubnis. Dafür hat sich keine  
 16 Mehrheit im Bundesrat gefunden. Damit bleiben sie dann  
 17 auch künftig von Kindergeldleistungen ausgeschlossen.

18

19 Diese Ungleichbehandlung ist sozialpolitisch nicht hin-  
20 nehmbar, weil sie viele gut integrierte Geduldete in ei-  
21 ner prekären finanziellen Sondersituation belässt: Gering-  
22 verdiener mit Kindern brauchen Kindergeld und Kinderzu-  
23 schlag, um unabhängig von Leistungen nach dem Asylbe-  
24 werberleistungsgesetz leben zu können. Und es ist auch  
25 ungerecht im Verhältnis zu anderen Kolleginnen und Kol-  
26 legen im Betrieb.

**Sport****Antrag 251/I/2019****KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Neubau eines Hertha-Stadions im Olympiapark**

1 Die SPD Berlin spricht sich dafür aus, dass Hertha BSC wei-  
 2 terhin seine Heimspiele in Berlin austrägt. Dabei bleibt  
 3 die Hertha-Nutzung des Olympiastadions als Heimspiel-  
 4 stätte für uns erste Option. Sollten sich der Berliner Se-  
 5 nat, das Abgeordnetenhaus, der Bezirk Charlottenburg-  
 6 Wilmersdorf und Hertha BSC darauf einigen, dass Her-  
 7 tha BSC ein neues Stadion im Olympiapark grundsätzlich  
 8 bauen kann, fordern wir die sozialdemokratischen Abge-  
 9 ordneten und Senatsmitglieder auf, im weiteren Umset-  
 10 zungsprozess folgende Rahmenbedingungen mit Hertha  
 11 BSC zu vereinbaren:

12

13 • Das Landesgrundstück wird Hertha BSC ausschließ-  
 14 lich als Erbbaurecht zu marküblichen Bedingungen  
 15 zur Verfügung gestellt.

16 • Es muss eine adäquate und angemessene Regelung  
 17 für die 24 Mietwohnungen in der Sportforumstra-  
 18 ße gemeinsam mit den Mieter\*innen und der Ber-  
 19 liner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892  
 20 gefunden werden. Die Mietenhöhe soll für die Mie-  
 21 ter gleich bleiben; diese müssen ab sofort in den Pro-  
 22 zess mit einbezogen werden.

23 • Es muss ein adäquater und moderner Ausweich-  
 24 standort für die Bildungsstätte der Sportjugend ge-  
 25 funden werden.

26 • Die Finanzierung des Baus und des Betriebs des neu-  
 27 en Stadions wird ausschließlich von Hertha BSC ge-  
 28 tragen. Das heißt, dass dementsprechend auch 30%  
 29 für eine Kostensteigerung beim Bau (Risikopuffer)  
 30 mit bedacht werden. Ferner wird Hertha BSC eine Fi-  
 31 nanzplanung nebst privaten und Bankbürgschaften  
 32 für das vollständige Bauvorhaben sowie eine Wirt-  
 33 schaftlichkeitsplanung für den Be-trieb vorlegen.  
 34 Dabei sind insbesondere auch die Kosten für even-  
 35 tuelle Erschließungskosten und eventuelle Umbau-  
 36 ten in Bezug auf die ÖPNV-Versorgung von Hertha  
 37 BSC vollständig zu tragen.

38 • Hertha BSC bekennt sich zur Bedeutung und zum Er-  
 39 halt des Berliner Olympiastadions. Das Olympiasta-  
 40 dion darf durch den Neubau des Fußball-Stadions  
 41 nicht in Bestand oder Wirtschaftlichkeit gefährdet  
 42 werden. Es muss daher eine vertraglicher Konkur-  
 43 renzschutz zu Gunsten des Olympiastadions, des  
 44 Maifeldes und der Waldbühne erfolgen.

45 • Für die Anwohner\*innen muss sichergestellt  
 46 werden, dass sie mit keiner erhöhten Lärmbe-  
 47 lästigung rechnen müssen. Dabei soll bereits  
 48 beim Neubau auf eine entsprechende lärmmin-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

49 dernde Bauweise geachtet werden. Wir sprechen  
50 uns gegen eine Ausweitung der Lärmemissions-  
51 Ausnahmegenehmigungen aus.

52 • Es muss sichergestellt sein, dass das Verkehrskon-  
53 zept auch für die veränderten örtlichen Gegeben-  
54 heiten angepasst wird.

55

56 Darüber hinaus müssen im Zuge einer möglichen Umge-  
57 staltung des Olympiaparks durch einen Neubau folgende  
58 Veränderungen gewährleistet werden:

59 • Es wird eine Anwohner\*innenschutzzone („Stadi-  
60 onparkzone“) an Veranstaltungstagen (ähnlich der  
61 Regelungen rund um das Weserstadion in Bre-  
62 men) eingerichtet. Diese soll den Parkplatzsuchver-  
63 kehr, An- und Abfahrtstaus in dem Gebiet rund um  
64 den Olympiapark bzw. des Stadiongebiets vermei-  
65 den. Gewerbliche Parkplatzflächen dürfen weiter  
66 genutzt werden. Anwohner\*innen und Nutzer\*in-  
67 nen erhalten über eine Vignette Zufahrtsberechti-  
68 gungen zur Stadionparkzone. Die Einfahrt in die Zo-  
69 ne wird durch ein vom jeweiligen Veranstalter zu fi-  
70 nanzierendes Sicherheitspersonal kontrolliert.

71 • Bei allen Veranstaltungen im Hertha-Stadion, Olym-  
72 piapark, auf dem Maifeld, im Olympiastadion und  
73 der Waldbühne ist in den Veranstaltungstickets im-  
74 mer die ÖPNV-An- und Abfahrt enthalten.

75 • Der Olympiapark wird allen Bürger\*innen besser öf-  
76 fentlich zugänglich gemacht, dabei ist die Aufent-  
77 haltsqualität deutlich zu erhöhen. Der Berliner Se-  
78 nat erstellt ein Gesamtkonzept für die Weiterent-  
79 wicklung des Olympiaparks, das insbesondere die  
80 Belange des Sports, des Denkmalschutzes und des  
81 Naturschutzes berücksichtigt.

82 • Ziel dieses Gesamtkonzepts muss es sein, dass der  
83 Olympiapark für mehr Sportler\*innen, insbesondere  
84 aus dem vereinsgebundenen Breitensport, zugäng-  
85 lich gemacht wird. Dabei sollen auch Sportmög-  
86 lichkeiten für vereinslose Freizeitsportler\*innen ge-  
87 schaffen werden.

88 • Im Zuge des angesprochenen Gesamtkonzepts  
89 braucht es auch für das Olympiastadion ein neues  
90 Nutzungskonzept, welches das Ziel einer breiteren  
91 und vielfältigeren Nutzung des Olympiastadions  
92 verfolgt.

93 • Letztlich müssen bei all diesen Vorhaben die An-  
94 wohner\*innen von Beginn an aktiv in den Prozess  
95 eingebunden werden.

96

#### 97 **Begründung**

98 Hertha BSC ist für viele Berliner\*innen nicht nur ein Sport-  
99 verein, sondern gehört zu dieser Stadt wie das Branden-  
100 burger Tor. Hertha BSC hat als Sportverein diese Stadt  
101 mitgeprägt. Der Verein ist zu dem aber auch einer der  
102 wichtigsten Unternehmen in diesem Land. Beispielsweise  
103 konnte der Club im vergangenen Jahr einen Umsatz von

104 fast 160 Millionen Euro erwirtschaften.

105

106 Für die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf ist klar, dass Her-  
107 tha BSC seine Heimat in Berlin-Charlottenburg hat. Dies  
108 sehen wir auch in Zukunft so. Die SPD Charlottenburg-  
109 Wilmersdorf sieht durchaus das Potential, dass ein neues  
110 Hertha-Stadion im Olympiapark entstehen kann. Dabei ist  
111 es in unserem Interesse, dass in einem gemeinsamen Dia-  
112 log mit allen Beteiligten, insbesondere auch den Anwoh-  
113 ner\*innen, die Interessen des Bezirks berücksichtigt wer-  
114 den.

115

116 So ist es für uns zwingend, dass die 24 Mietparteien  
117 angemessene Ersatzwohnungen erhalten. Ebenso muss  
118 ein Ausweichstandort für die Bildungsstätte der Sportju-  
119 gend gefunden werden. Der Neubau des Hertha-Stadions  
120 und den entsprechenden städtebaulichen Veränderungen  
121 müssen zu 100% von Hertha getragen werden. Darüber  
122 hinaus darf nach einem Neubau das Olympiastadion nicht  
123 in den finanziellen Ruin getrieben werden, sondern muss  
124 als Austragungsort für sportliche und kulturelle Ereig-  
125 nisse genau-so erhalten bleiben wie als Denkmal. Daher  
126 braucht es insgesamt ein schlüssiges Nutzungs- und Fi-  
127 nanzierungskonzept für den Olympiapark und das Olym-  
128 piastadion. Bei der Erarbeitung eines solchen Kon-zepts  
129 sind die Anforderungen der Anwohner\*innen und aktiven  
130 Sportler\*innen mit zu berücksichtigen. Letztlich darf nicht  
131 vergessen werden, welchen historischen Wert das Areal  
132 hat. Bei der Erarbeitung eines neuen Nutzungskonzeptes  
133 muss daher auf den Denkmalschutz geachtet werden.

**Umwelt / Energie/ Tierschutz****Antrag 207/II/2018**

Juso LDK

**Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Gemeinsame Agrarpolitik ab 2020: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen**

1 Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ist der einzige  
 2 Politikbereich, der fast vollständig auf europäischer Ebene  
 3 stattfindet. Sie war eine der ersten gemeinsamen Poli-  
 4 tiken und hat sich über die Jahre stark verändert. An vie-  
 5 len Stellen scheint sie jedoch immer noch eher wie ein  
 6 Überbleibsel aus Nachkriegszeiten und das Ergebnis ein-  
 7 seitiger Lobbyarbeit. Die aktuelle GAP wird 2020 auslau-  
 8 fen und muss dann neu aufgestellt werden. Die aktuel-  
 9 len, seitens der Europäischen Kommission veröffentlic-  
 10 hten Arbeitsstände zur Überarbeitung der GAP verspre-  
 11 chen jedoch wenig Neuerungen. Vielmehr lassen sie er-  
 12 warten, dass die GAP weiterhin zur Besitzstandswahrung  
 13 von Landbesitzer\*innen genutzt wird anstatt auf die viel-  
 14 fältigen Herausforderungen der Zukunft zu reagieren.

15  
 16 Eine sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik hat die-  
 17 se im Blick: Sie blickt nicht einseitig nur auf die Produ-  
 18 zent\*innenseite und übernimmt alle Lobbyforderungen  
 19 der organisierten, konventionellen Landwirt\*innen wie  
 20 die Konservativen. Sie stellt sich aber auch nicht auf die  
 21 Seite einer kleinen Gruppe von gutverdienenden, urbanen  
 22 Konsument\*innen, die mit ihrer erhöhten Kaufkraft eine  
 23 romantische Vorstellung von Landwirtschaft ohne moder-  
 24 ne Dünge- und Pflanzenschutzmittel und entsprechend  
 25 geringeren Erträgen unterstützen und damit konventio-  
 26 nellen Landwirt\*innen ihr Existenzrecht abspricht.

**1. Ziele einer sozialdemokratischen Agrarpolitik**

27 Sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik hat einen  
 28 weiteren, globaleren Blick als das. Sie hat den Schutz  
 29 von Umwelt, Klima und Ressourcen zum Ziel. Außerdem  
 30 schaut sie nicht nur auf Konsument\*innen und Produ-  
 31 zent\*innen im Agrarbereich in Deutschland und der EU,  
 32 sondern weltweit und denkt besonders die Verbindungen  
 33 zu internationaler Klima- und Handelspolitik mit. Wie  
 34 alle Politikbereiche muss sich auch die Agrarpolitik zu den  
 35 Sustainable Development Goals (SDGs) der UN bekennen  
 36 und ihren Beitrag zu deren Erreichen leisten. Außerdem  
 37 erkennt sie auch die Herstellung gleichwertiger Lebens-  
 38 verhältnisse in der Stadt und auf dem Land, sowie die  
 39 Relevanz des ländlichen Raums für die Energiegewinnung  
 40 aus erneuerbaren Ressourcen als ihre Aufgabe an.

42

**Umweltschutz**

43  
 44 Der Landwirtschaft kommt eine besondere Rolle beim Kli-  
 45 maschutz zu: Allein die globale Tierproduktion stößt nach  
 46 Schätzungen der FAO 14,5% aller Treibhausgase (THG) aus.  
 47 Andere Studien kommen auf bis zu 25%. Das Bundesmi-

**Empfehlung der Antragskommission**

zurückgestellt

(WIEDERVORLAGE | LPT II/2018: Überwiesen an FA II - EU-  
 Angelegenheiten, FA X - Natur, Energie, Umweltschutz)

**FA X - Natur, Energie, Umweltschutz und Antragsteller ab-  
gestimmte Neufassung:**

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ist der einzige  
 Politikbereich, der fast vollständig auf europäischer Ebene  
 stattfindet. Sie war eine der ersten gemeinsamen Poli-  
 tiken und hat sich über die Jahre stark verändert, **durch-**  
**aus in die richtige Richtung.** An vielen Stellen scheint  
 sie jedoch immer noch eher wie ein Überbleibsel aus  
 Nachkriegszeiten und das Ergebnis einseitiger Lobbyar-  
 beit. Die aktuelle GAP wird 2020 auslaufen und muss dann  
 neu aufgestellt werden. Die aktuellen, seitens der Euro-  
 päischen Kommission veröffentlichten Arbeitsstände zur  
 Überarbeitung der GAP versprechen jedoch wenig Neue-  
 rungen. Vielmehr lassen sie erwarten, dass die GAP wei-  
 terhin zur Besitzstandswahrung von Landbesitzer\*innen  
 genutzt wird anstatt auf die vielfältigen Herausforderun-  
 gen der Zukunft zu reagieren.

Eine sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik hat die-  
 se im Blick: Sie blickt nicht einseitig nur auf die Produ-  
 zent\*innenseite und übernimmt alle Lobbyforderungen  
 der organisierten, konventionellen Landwirt\*innen wie  
 die Konservativen. Sie stellt sich aber auch nicht auf die  
 Seite einer kleinen Gruppe von gutverdienenden, urbanen  
 Konsument\*innen, die mit ihrer erhöhten Kaufkraft eine  
 romantische Vorstellung von Landwirtschaft ohne moder-  
 ne Dünge- und Pflanzenschutzmittel und entsprechend  
 geringeren Erträgen unterstützen und damit konventio-  
 nellen Landwirt\*innen ihr Existenzrecht abspricht.

**1. Ziele einer sozialdemokratischen Agrarpolitik**

Sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik hat einen  
 weiteren, globaleren Blick als das. Sie hat den Schutz  
 von Umwelt, Klima und Ressourcen zum Ziel. Außerdem  
 schaut sie nicht nur auf Konsument\*innen und Produ-  
 zent\*innen im Agrarbereich in Deutschland und der EU,  
 sondern weltweit und denkt besonders die Verbindungen  
 zu internationaler Klima- und Handelspolitik mit. Wie  
 alle Politikbereiche muss sich auch die Agrarpolitik zu den  
 Sustainable Development Goals (SDGs) der UN bekennen  
 und ihren Beitrag zu deren Erreichen leisten. Außerdem



48 nisterium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicher-  
 49 heit (BMU) geht für das Industrieland Deutschland, mit  
 50 seinem vergleichswisen kleinen Agrarsektor, davon aus,  
 51 dass die Landwirtschaft direkt rund 8 % und wenn Produk-  
 52 tion und Gebrauch von Mineraldünger einbezogen wird  
 53 sogar 15 % des deutschen Treibhausgasausstoßes verur-  
 54 sacht. Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, müs-  
 55 sen wir an allen verfügbaren Stellschrauben drehen! Da-  
 56 zu gehört, dass wir die Produktion und den Konsum tieri-  
 57 scher Produkte in der EU erkennbar senken.

58  
 59 Darüber hinaus müssen wir CO<sub>2</sub>-Senken wie z.B. Moore  
 60 und Feuchtwiesen schützen, pflegen und wiedervernäs-  
 61 sen, sowie klimafreundliche Produktionsmethoden und  
 62 die Forschung an diesen fördern.

63  
 64 Weitere Aufgabe sozialdemokratischer Landwirtschafts-  
 65 politik ist der Schutz von Böden und Grundwasser. Auch  
 66 hier sind die Herausforderungen vielfältig: In Teilen Süd-  
 67 europas droht Wüstenbildung, in anderen sind Böden und  
 68 Grundwasser durch hohe Mengen an Gülle stark belastet.  
 69 In vielen Böden ist durch intensive Bearbeitung der Hu-  
 70 musgehalt und damit die Biodiversität und Fruchtbarkeit  
 71 gefährdet. Des Weiteren stellen uns Ressourcenkreisläufe  
 72 bei Stickstoff und Phosphat sowie eine abnehmende Bio-  
 73 diversität, insbesondere das Insektensterben, vor Proble-  
 74 me, die es zu lösen gilt.

#### 75 76 **Ethischer Umgang mit Tieren**

77 Als moderne Gesellschaft müssen wir uns fragen, ob wir  
 78 es weiterhin gutheißen können, dass Nutztiere unter quä-  
 79 lenden Bedingungen gehalten werden, die ihnen ein art-  
 80 typisches Verhalten unmöglich macht. Das betrifft ne-  
 81 ben der Stallgröße, unter anderem die Herdengröße und  
 82 tatsächlich möglicher Ausgang ins Freiland. Auch ist uns  
 83 klar, dass das Schreddern männlicher Küken, das Kupie-  
 84 ren von Schweineschwänzen oder die Trennung von Jung-  
 85 und Muttertieren nicht weiter als notwendige Eingrif-  
 86 fe bei der Tierhaltung hinzunehmen sind. Heute gängi-  
 87 ge Züchtungs- und Fütterungspraktiken führen dazu, dass  
 88 Tiere schon nach einem Bruchteil ihrer natürlichen Le-  
 89 benserwartung ihr Schlachtgewicht erreichen. Dass ein  
 90 Großteil der „konventionellen“ Tierproduktion nur mit ei-  
 91 ner inflationären Gabe von Medikamenten, insbesonde-  
 92 re Antibiotika und mit der teilweisen Amputation von  
 93 Schnäbeln und Schwänzen funktionieren kann, ist Beweis  
 94 genug, dass diese „konventionelle“ Tierhaltung mit dem  
 95 Tierwohl nicht vereinbar ist.

#### 96 97 **Die EU-Landwirtschaft im globalen Kontext**

98 Als eine der reichsten Regionen der Welt mit einem gro-  
 99 ßen Industriesektor muss sich die EU fragen, ob sie auch  
 100 im Bereich Landwirtschaft den Wettbewerbsvorteil ha-  
 101 ben muss und ob das die enormen Subventionen wert  
 102 sind. In der EU befinden sich einige der besten Flächen,

erkennt sie auch die Herstellung gleichwertiger Lebens-  
 verhältnisse in der Stadt und auf dem Land, **den Erhalt  
 von Vielfalt unter den landwirtschaftlichen Betrieben  
 und Verhinderung von Konzentration durch zu große  
 Betriebe**, sowie die Relevanz des ländlichen Raums für  
 die Energiegewinnung aus erneuerbaren Ressourcen als  
 ihre Aufgabe an.

#### **Umweltschutz**

Der Landwirtschaft kommt eine besondere Rolle beim Kli-  
 maschutz zu: Allein die globale Tierproduktion stößt nach  
 Schätzungen der FAO 14,5% aller Treibhausgase (THG) aus.  
 Andere Studien kommen auf bis zu 25%. Das Bundesmi-  
 nisterium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicher-  
 heit (BMU) geht für das Industrieland Deutschland, mit  
 seinem vergleichswisen kleinen Agrarsektor, davon aus,  
 dass die Landwirtschaft direkt rund 8 % und wenn Produk-  
 tion und Gebrauch von Mineraldünger einbezogen wird  
 sogar 15 % des deutschen Treibhausgasausstoßes verur-  
 sacht. Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, müs-  
 sen wir an allen verfügbaren Stellschrauben drehen! Da-  
 zu gehört, dass wir die Produktion und den Konsum tieri-  
 scher Produkte in der EU erkennbar senken.

Darüber hinaus müssen wir CO<sub>2</sub>-Senken wie z.B. Moo-  
 re und Feuchtwiesen schützen, pflegen und wiederver-  
 nässen, **den Waldumbau mit klimaangepassten Gehöl-  
 zen**, sowie klimafreundliche Produktionsmethoden und  
 die Forschung an diesen fördern.

Weitere Aufgabe sozialdemokratischer Landwirtschafts-  
 politik ist der Schutz von Böden und Grundwasser. Auch  
 hier sind die Herausforderungen vielfältig: In Teilen Süd-  
 europas droht Wüstenbildung, in anderen sind Böden und  
 Grundwasser durch hohe Mengen an Gülle stark belastet.  
 In vielen Böden ist durch intensive Bearbeitung der Hu-  
 musgehalt und damit die Biodiversität und Fruchtbarkeit  
 gefährdet. Des Weiteren stellen uns Ressourcenkreisläufe  
 bei Stickstoff und Phosphat sowie eine abnehmende Bio-  
 diversität, insbesondere das **Sterben von Insekten, die als  
 Bestäuber eine Schlüsselfunktion erfüllen**, vor Probleme,  
 die es zu lösen gilt.

#### **Ethischer Umgang mit Tieren**

Als Gesellschaft müssen wir uns fragen, ob wir es wei-  
 terhin gutheißen können, dass Nutztiere unter quälenden  
 Bedingungen gehalten werden, die ihnen ein arttypisches  
 Verhalten unmöglich macht. Das betrifft neben der Stall-  
 gröÙe, unter anderem die Herdengröße und tatsächlich  
 möglicher Ausgang ins Freiland. Auch ist uns klar, dass das  
 Schreddern männlicher Küken, das Kupieren von Schwe-  
 neschwänzen oder die Trennung von Jung- und Mutter-  
 tieren, betäubungsloses Kastrieren nicht weiter als not-  
 wendige Eingriffe bei der Tierhaltung hinzunehmen sind.  
 Heute gängige Züchtungs- und Fütterungspraktiken füh-  
 ren dazu, dass Tiere schon nach einem Bruchteil ihrer  
 natürlichen Lebenserwartung ihr Schlachtgewicht errei-

103 um Landwirtschaft zu betreiben und natürlich kann die  
 104 EU auch nur bei der Landwirtschaft in ihren Mitglieds-  
 105 staaten Vorgaben zu Umwelt- und Klimaschutz und Ge-  
 106 sundheitsstandards in der Produktion machen, nicht je-  
 107 doch bei importierten Nahrungsmitteln. Wenn diese Vor-  
 108 gaben zu hoch sind und aufgrund fehlender finanzieller  
 109 Stützung die europäischen Produzent\*innen nicht mehr  
 110 wettbewerbsfähig sind, wird auch diese Möglichkeit weg-  
 111 fallen.

112  
 113 Dennoch muss sich die EU bewusstmachen, dass gerade  
 114 die Landwirtschaft für viele Länder im Globalen Süden ei-  
 115 ne Einstiegsmöglichkeit darstellt, um am globalen Han-  
 116 del teilzunehmen und wirtschaftlich zu wachsen. An die-  
 117 ser Stelle sollen Forschungs- und Entwicklungsmaßnah-  
 118 men die Subventionierung europäischer Landwirt\*innen  
 119 ergänzen, die landwirtschaftlichen Produzent\*innen welt-  
 120 weit zu Gute kommen, beispielsweise zur Produktivitäts-  
 121 steigerung, Ressourceneinsparung (inkl. Fläche) und An-  
 122 passung an den Klimawandel um die Herausforderungen  
 123 einer wachsenden Weltbevölkerung begegnen zu kön-  
 124 nen. Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshof, die  
 125 neue Technik CRISPR/Cas9 mit herkömmlicher Gentechni-  
 126 k gleichzusetzen, ist eine verpasste Gelegenheit und  
 127 stellt ein Hindernis für Fortschritte in der globalen Agrar-  
 128 wirtschaft dar. Grüne Gentechnik bietet gerade in Zeiten  
 129 des Klimawandels für Landwirt\*innen und Konsument\*in-  
 130 nen in der EU und der Welt große Potentiale. Es darf nicht  
 131 sein, dass diese Potentiale in der Hand einiger weniger  
 132 Riesenkonzerne liegen, die durch Patente auf Saatgut und  
 133 die Kopplung an bestimmte Pestizide, Herbizide und Dün-  
 134 gemittel die Abhängigkeit der Landwirt\*innen sichern.

#### 135 136 **Konsument\*innenschutz**

137 In der Linie mit anderen Bereichen des europäischen Bin-  
 138 nenmarkts ist es wichtig, dass auch im Bereich Ernäh-  
 139 rung EU-weite, hohe Standards gelten, was Sicherheit und  
 140 Gesundheit anbelangt. Aktuelle Herausforderungen um-  
 141 fassen neben diesen außerdem die Verringerung von Le-  
 142 bensmittelverschwendung auf allen Stufen der Produkti-  
 143 on und des Konsums, ebenso wie eine Verschiebung von  
 144 Konsummustern hin zu einer höheren Umweltfreundlich-  
 145 keit, durch u.a. den verringerten Konsum tierischer Pro-  
 146 dukte.

147  
 148 Durch das vermehrte Vorkommen multi-resistenter Kei-  
 149 me ist es darüber hinaus dringend notwendig, endlich das  
 150 Problem des inflationären Gebrauchs von Antibiotika und  
 151 auch Reserve-Antibiotika in der Landwirtschaft anzuge-  
 152 hen!

#### 153 154 **Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land**

155 In vielen Mitgliedsstaaten sind die Löhne in der Landwirt-  
 156 schaft und insgesamt im ländlichen Raum niedriger als  
 157 der Durchschnitt. Hinzu kommt, dass die Infrastruktur auf

chen. Dass ein Großteil der „konventionellen“ Tierproduk-  
 tion nur mit einer inflationären Gabe von Medikamenten,  
 insbesondere Antibiotika und mit der teilweisen Amputa-  
 tion von Schnäbeln und Schwänzen funktionieren kann,  
 ist Beweis genug, dass diese „konventionelle“ Tierhaltung  
 mit dem Tierwohl nicht vereinbar ist. Eine weitere Tier-  
 quälerei findet durch massive Transporte von lebenden  
 Schlachtvieh quer durch Europa statt, das rein theoretisch  
 verboten ist, praktisch aber gängige Praxis ist. Hier bedarf  
 es strengerer Kontrollen und Strafen.

#### **Die EU-Landwirtschaft im globalen Kontext**

Als eine der reichsten Regionen der Welt mit einem gro-  
 ßen Industriesektor muss sich die EU fragen, ob sie auch  
 im Bereich Landwirtschaft den Wettbewerbsvorteil ha-  
 ben muss und ob das die enormen Subventionen wert  
 sind. In der EU befinden sich einige der besten Flächen,  
 um Landwirtschaft zu betreiben und natürlich kann die  
 EU auch nur bei der Landwirtschaft in ihren Mitglieds-  
 staaten Vorgaben zu Umwelt- und Klimaschutz und Ge-  
 sundheitsstandards in der Produktion machen, nicht je-  
 doch bei importierten Nahrungsmitteln. Wenn diese Vor-  
 gaben zu hoch sind und aufgrund fehlender finanzieller  
 Stützung die europäischen Produzent\*innen nicht mehr  
 wettbewerbsfähig sind, wird auch diese Möglichkeit weg-  
 fallen.

Dennoch muss sich die EU bewusstmachen, dass gerade  
 die Landwirtschaft für viele Länder im Globalen Süden ei-  
 ne Einstiegsmöglichkeit darstellt, um am globalen Handel  
 teilzunehmen und wirtschaftlich zu wachsen. **Sie muss ih-  
 re Handelspolitik daran ausrichten, den zollfreien Zugang  
 von „Entwicklungsländern“ zum europäischen Markt si-  
 cherstellen und sich für einen starken Multilateralismus  
 einsetzen.**

An dieser Stelle sollen Forschungs- und Entwicklungs-  
 maßnahmen die Subventionierung europäischer Land-  
 wirt\*innen ergänzen, die landwirtschaftlichen Produ-  
 zent\*innen weltweit zu Gute kommen, beispielswei-  
 se zur Produktivitätssteigerung, Ressourceneinsparung  
 (inkl. Fläche) und Anpassung an den Klimawandel um die  
 Herausforderungen einer wachsenden Weltbevölkerung  
 begegnen zu können. Die Entscheidung des Europäischen  
 Gerichtshof, die neue Technik CRISPR/Cas9 mit herkömm-  
 licher Gentechnik gleichzusetzen, ist eine verpasste Gele-  
 genheit und stellt ein Hindernis für Fortschritte in der glo-  
 balen Agrarwirtschaft dar. Grüne Gentechnik bietet ge-  
 rade in Zeiten des Klimawandels für Landwirt\*innen und  
 Konsument\*innen in der EU und der Welt große Potentia-  
 le. Es darf nicht sein, dass diese Potentiale in der Hand ei-  
 niger weniger Riesenkonzerne liegen, die durch Patente auf  
 Saatgut und die Kopplung an bestimmte Pestizide, Herbi-  
 zide und Düngemittel die Abhängigkeit der Landwirt\*in-  
 nen sichern.

#### **Konsument\*innenschutz**

158 dem Land an vielen Stellen deutlich schwächer ist: Das  
159 senkt nicht nur die Lebensqualität der Menschen auf dem  
160 Land, sondern stellt auch eine Hürde für die wirtschaftli-  
161 che Entwicklung dieser Räume dar.

162

### 163 **Energiegewinnung:**

164 Vor dem Hintergrund der Förderung erneuerbarer En-  
165 ergien ist für viele Landeigentümer\*innen die Nutzung  
166 ihrer Flächen neben der Landwirtschaft zur Nahrungs-  
167 mittelerzeugung auch die Biomasseproduktion oder für  
168 Sonnen- und Windenergieanlagen attraktiv geworden.  
169 Die EU muss im Rahmen ihrer Klimapolitik einen Weg fin-  
170 den, die Flächenkonkurrenz à la „Teller oder Tank“ gegen-  
171 einander abzuwägen und einen Klimaschutz aus einem  
172 Guss entwerfen.

173

### 174 **2. Instrumente einer sozialdemokratischen Agrarpolitik**

175 Angesichts der globalen Relevanz dieser Aufgaben beken-  
176 nen wir uns zur EU als richtige Politikebene um die Zie-  
177 le in diesem Bereich festzulegen. Wir wissen schon lange,  
178 dass es keinen Sinn ergibt beispielsweise den Klimawan-  
179 del auf nationaler Ebene zu bekämpfen. Dafür braucht es  
180 globale, mindestens jedoch europäische Pläne. Aufgrund  
181 der unterschiedlichen landschaftlichen und klimatischen  
182 Begebenheiten in der EU ist es aber wichtig im Sinne des  
183 Subsidiaritätsprinzips den Mitgliedsstaaten Freiheiten bei  
184 der Nutzung der zur Verfügung gestellten Instrumente zu  
185 geben.

186 Das Instrumentarium der GAP funktioniert aktuell eher  
187 nach dem Prinzip „Gießkanne“ und richtet sich wenig an  
188 den formulierten Zielen aus. Bei der Höhe des Agrarbud-  
189 gets von ca. 58 Mrd. € (40 % des Gesamtbudgets der EU),  
190 ist dieser Umstand noch erschreckender: Wir stehen so  
191 gigantischen Herausforderungen gegenüber, die unsere  
192 Zukunft maßgeblich beeinflussen werden und viele die-  
193 ser Probleme können wir mit einer zielgerichteten Land-  
194 wirtschaftspolitik angehen. Wir können es uns daher nicht  
195 leisten auch nur einen der 58 Mrd. Euro ohne jeglichen Ef-  
196 fekt versickern zu lassen!

197 Entsprechend ist es dringend notwendig, die GAP für die  
198 Zeit nach 2020 zu überarbeiten und ihre Instrumente auf  
199 die vorhandenen und kommenden Herausforderungen  
200 auszurichten.

201

### 202 **Dazu fordern wir: Öffentliche Gelder gibt es nur für öf- 203 fentliche Leistung.**

204 Wir fordern das Abschmelzen der ersten Säule der GAP.  
205 Ein Teil der frei werdenden Mittel soll zugunsten der zwei-  
206 ten Säule eingesetzt werden: **Direktzahlungen, die ein-  
207 fach pro Hektar gezahlt werden, gehören abgeschafft.**  
208 Wir wollen **Landwirt\*innen für ihre Leistungen im Bereich  
209 Landschaftspflege, Umwelt- und Klimaschutz sowie Tier-  
210 schutz u.ä. entlohnen** und Anreize dafür setzen, in diesen  
211 Bereichen noch mehr zu leisten. Dies soll über das bishe-  
212 rige Maß hinaus durch regulatorische Maßnahmen sowie

In der Linie mit anderen Bereichen des europäischen Bin-  
nenmarkts ist es wichtig, dass auch im Bereich Ernäh-  
rung EU-weite, hohe Standards gelten, was Sicherheit und  
Gesundheit anbelangt. Aktuelle Herausforderungen um-  
fassen neben diesen außerdem die Verringerung von Le-  
bensmittelverschwendung auf allen Stufen der Produkti-  
on und des Konsums, ebenso wie eine Verschiebung von  
Konsummustern hin zu einer höheren Umweltfreundlich-  
keit, durch u.a. den verringerten Konsum tierischer Pro-  
dukte.

Durch das vermehrte Vorkommen multi-resistenter Kei-  
me ist es darüber hinaus dringend notwendig, endlich das  
Problem des inflationären Gebrauchs von Antibiotika und  
auch Reserve-Antibiotika in der Landwirtschaft anzuge-  
hen!

### **Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land**

In vielen Mitgliedsstaaten sind die Löhne in der Landwirt-  
schaft und insgesamt im ländlichen Raum niedriger als  
der Durchschnitt. Hinzu kommt, dass die Infrastruktur auf  
dem Land an vielen Stellen deutlich schwächer ist: Das  
senkt nicht nur die Lebensqualität der Menschen auf dem  
Land, sondern stellt auch eine Hürde für die wirtschaftli-  
che Entwicklung dieser Räume dar.

### **Energiegewinnung:**

Vor dem Hintergrund der Förderung erneuerbarer En-  
ergien ist für viele Landeigentümer\*innen die Nutzung  
ihrer Flächen neben der Landwirtschaft zur Nahrungs-  
mittelerzeugung auch die Biomasseproduktion oder für  
Sonnen- und Windenergieanlagen attraktiv geworden.  
Die EU muss im Rahmen ihrer Klimapolitik einen Weg fin-  
den, die Flächenkonkurrenz à la „Teller oder Tank“ gegen-  
einander abzuwägen und einen Klimaschutz aus einem  
Guss entwerfen.

### **2. Instrumente einer sozialdemokratischen Agrarpolitik**

Angesichts der globalen Relevanz dieser Aufgaben beken-  
nen wir uns zur EU als richtige Politikebene um die Zie-  
le in diesem Bereich festzulegen. Wir wissen schon lange,  
dass es keinen Sinn ergibt beispielsweise den Klimawan-  
del auf nationaler Ebene zu bekämpfen. Dafür braucht es  
globale, mindestens jedoch europäische Pläne. Aufgrund  
der unterschiedlichen landschaftlichen und klimatischen  
Begebenheiten in der EU ist es aber wichtig im Sinne des  
Subsidiaritätsprinzips den Mitgliedsstaaten Freiheiten bei  
der Nutzung der zur Verfügung gestellten Instrumente zu  
geben.

Das Instrumentarium der GAP funktioniert aktuell eher  
nach dem Prinzip „Gießkanne“ und richtet sich wenig an  
den formulierten Zielen aus. **Mehr als drei Viertel des  
Agrarbudgets fließt in die sogenannte erste Säule der  
GAP, bei der wiederum ein Großteil des Geldes als Ba-**

213 mit einem Teil der finanziellen Mittel geschehen, die bis-  
 214 her im Rahmen der ersten Säule verwendet werden. Wenn  
 215 Landwirt\*innen ihre Produktion zugunsten einer besse-  
 216 ren Klima- und Umweltbilanz verändern, müssen sie da-  
 217 für angemessen entlohnt werden. Die Höhe der Zahlun-  
 218 gen muss sich am Wert der Leistungen der Landwirt\*innen  
 219 für Umwelt, Klima und Gesellschaft bemessen. Nur so be-  
 220 kommen wir einen funktionierenden Markt, bei dem sich  
 221 alle Akteur\*innen am gesellschaftlichen, nicht am priva-  
 222 ten wirtschaftlichen Optimum orientieren. Die Greening-  
 223 Kosmetik, die die jetzige GAP bietet, reicht nicht aus und  
 224 setzt teilweise sogar falsche Anreize!

225

226 Um eine kohärente Klima- und Umweltpolitik zu haben,  
 227 dürfen diese Zahlungen aber nicht nur auf den Agrarsek-  
 228 tor beschränkt bleiben: **Jede\*r Produzent\*in, egal ob in  
 229 der Landwirtschaft tätig oder in einem anderen Bereich,  
 230 soll für Leistungen, die der Öffentlichkeit zu Gute kom-  
 231 men, die aber nicht auf dem Markt entlohnt werden, vom  
 232 Staat entlohnt werden.** Hierbei spielt es keine Rolle, ob be-  
 233 sondere Leistungen für die Biodiversität bei dem Einbe-  
 234 zug geschützter Wiesenflächen durch die Umplanung ein-  
 235 nes Ackers, eines Friedhofs oder Flughafens erbracht wer-  
 236 den.

237

238 Es braucht stärkere öffentliche Anstrengungen, um den  
 239 **Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren.** Dazu gehört,  
 240 den **Konsum tierischer Produkte in der EU erkennbar zu  
 241 senken.** Dabei muss eine soziale Diskriminierung verhin-  
 242 dert werden. Bei den drängenden Problemen des Klima-  
 243 wandels können wir diesen Bereich bei unseren Anstren-  
 244 gungen nicht einfach ausklammern. Hier kann die Sub-  
 245 ventionierung besonders klimafreundlicher Lebensmittel  
 246 ein Instrument sein, genauso wie die Einführung einer Kli-  
 247 maabgabe auf Lebensmittel, deren Produktion besonders  
 248 viele Treibhausgase freisetzt.

249

250 Die Sozialdemokratie wird sich auf den entsprechen-  
 251 den Ebenen außerdem dafür einsetzen, **Glyphosat zum  
 252 nächstmöglichen Zeitpunkt in der EU zu verbieten,** sollte  
 253 es bis dahin keine wissenschaftlich einwandfreien Studi-  
 254 en geben, die die langfristige Nicht-Schädlichkeit belegen.  
 255 Das bezieht sich auf die Gesundheit von Produzent\*innen  
 256 und Konsument\*innen, wie auch auf die Biodiversität, vor  
 257 allem auf den Insektenschutz.

258

259 Wir fordern außerdem die umfangreiche finanzielle För-  
 260 derung von Forschung im Bereich der Agrarwissenschaf-  
 261 ten und grüner Gentechnik an Universitäten und öffent-  
 262 lich finanzierten Forschungseinrichtungen, sowie verbes-  
 263serte Möglichkeiten für öffentliche Einrichtungen, neue  
 264 gentechnisch veränderte Pflanzen im Feld zu testen.

265

#### 266 **Mehr Tierwohl in der EU**

267 Um endlich die Standards in der Tierhaltung ausreichend

**sisprämie pro Hektar gezahlt wird, ohne dass irgend-  
 welche Anforderungen hinsichtlich Umweltschutzes oder  
 auch nur Bewirtschaftung der Fläche erfüllt werden müs-  
 sen. Wir begrüßen, dass inzwischen durch die sogenannte  
 Cross Compliance die Zahlungen aus der ersten Säule an  
 die Einhaltung von Mindest-Umweltstandards gekoppelt  
 sind, allerdings ist das immer noch keine zufriedenstel-  
 lende Anreizsetzung, die die Zahlung öffentlicher Gelder  
 rechtfertigt. Angesichts der Höhe des Agrarbudgets von  
 ca. 58 Mrd. € (40 % des Gesamtbudgets der EU), ist dieser  
 Umstand besonders erschreckend:** Wir stehen so gigantischen  
 Herausforderungen gegenüber, die unsere Zukunft  
 maßgeblich beeinflussen werden und viele dieser Proble-  
 me können wir mit einer zielgerichteten Landwirtschafts-  
 politik angehen. Wir können es uns daher nicht leisten  
 auch nur einen der 58 Mrd. Euro ohne jeglichen Effekt ver-  
 sicken zu lassen!

Entsprechend ist es dringend notwendig, die GAP für die  
 Zeit nach 2020 zu überarbeiten und ihre Instrumente auf  
 die vorhandenen und kommenden Herausforderungen  
 auszurichten.

Dazu fordern wir:

#### **Öffentliche Gelder gibt es nur für öffentliche Leistung.**

Wir fordern das Abschmelzen der ersten Säule der GAP. Ein  
 Teil der frei werdenden Mittel soll zugunsten der zweiten  
 Säule eingesetzt werden: Direktzahlungen, die einfach  
 pro Hektar gezahlt werden („Basisprämie“), gehören ab-  
 geschafft. Wir wollen Landwirt\*innen für ihre Leistungen  
 im Bereich Landschaftspflege, Umwelt- und Klimaschutz  
 sowie Tierschutz u.ä. entlohnen und Anreize dafür setzen,  
 in diesen Bereichen noch mehr zu leisten. Dies soll über  
 das bisherige Maß hinaus durch regulatorische Maßnah-  
 men sowie mit einem Teil der finanziellen Mittel gesche-  
 hen, die bisher im Rahmen der ersten Säule verwendet  
 werden. Wenn Landwirt\*innen ihre Produktion zugunsten  
 einer besseren Klima- und Umweltbilanz verändern, müs-  
 sen sie dafür angemessen entlohnt werden. Die Höhe der  
 Zahlungen muss sich am Wert der Leistungen der Land-  
 wirt\*innen für Umwelt, Klima und Gesellschaft bemessen.  
 Nur so bekommen wir einen funktionierenden Markt, bei  
 dem sich alle Akteur\*innen am gesellschaftlichen, nicht  
 am privaten wirtschaftlichen Optimum orientieren. Die  
 Greening-Kosmetik, die die jetzige GAP bietet, reicht nicht  
 aus und setzt teilweise sogar falsche Anreize! **Aktuell se-  
 hen wir Mitnahmeeffekte, da teilweise nur gute landwirt-  
 schaftliche Praxis belohnt wird, die auch ohne Greening-  
 Zahlungen stattfinden würde, wie z.B. bei Fruchtfolgen.  
 An anderen Stellen übersteigen die Zahlungen die Mehr-  
 kosten für die Landwirt\*innen, sowie den gesellschaftli-  
 chen Mehrwert deutlich und stellen so eine Verschwen-  
 dung öffentlicher Gelder dar. Der gesellschaftliche Mehr-  
 wert einer Maßnahme kann auch von der Region abhän-  
 gen: So sind z.B. Maßnahmen zum Schutz vor Wüsten-**

268 zu erhöhen, brauchen wir **neue, verbindliche, strenge Re-**  
 269 **gelungen**, deren Einhaltung besser kontrolliert wird. Frei-  
 270 willige Selbstverpflichtungen und noch ein Label reichen  
 271 uns nicht aus, da das keine Instrumente sind, die wirkliche  
 272 und flächendeckende Besserung bringen!

273

#### 274 **Gesundheit von Konsument\*innen**

275 Medikamente, insbesondere **Antibiotika dürfen nicht**  
 276 **mehr durch die Tierärzt\*innen selbst verkauft werden.** Des  
 277 Weiteren dürfen Tiere, die eine Antibiotikatherapie erhal-  
 278 ten haben, nicht wieder in den Lebensmittelmarkt einge-  
 279 führt werden. Dies gilt auch für Erzeugnisse dieses Tieres.  
 280 Diese Praxis setzt aktuell den Anreiz, Antibiotika und an-  
 281 dere Medikamente zu oft und in zu großen Mengen zu  
 282 verschreiben, da die verschreibenden Tierärzt\*innen durch  
 283 den Verkauf daran zusätzlich verdienen können. Leider hat  
 284 das Verbot, ganze Herden auf einmal mit Antibiotika zu  
 285 medikamentieren, bisher kaum Wirkung gezeigt und wird  
 286 viel zu oft umgangen. Die Einhaltung dieses **Verbots muss**  
 287 **stärker kontrolliert werden**, um die Resistenzbildung von  
 288 Keimen nicht noch zu beschleunigen.

289

#### 290 **Gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land**

291 Einkommenssicherung muss auch für Landwirt\*innen  
 292 stattfinden, allerdings im Rahmen der **Sozialpolitik der EU**  
 293 **und der Mitgliedsstaaten. Die Idee, diesen Transfer über**  
 294 **Direktzahlungen über die Fläche gewährleisten zu wol-**  
 295 **len, ist absolut nicht sinnvoll:** Zum einen erhalten flä-  
 296 chenmäßig große Betriebe mehr Zahlungen und nicht die  
 297 schlechter verdienenden Landwirt\*innen, wie es die Soli-  
 298 darität gebieten würde. Zum anderen, schlagen Landei-  
 299 gentümer\*innen die Zahlung in der Regel direkt auf den  
 300 Pachtpreis für das Land auf. Dies betrifft Deutschland  
 301 noch mehr als andere Mitgliedsstaaten, denn hier sind be-  
 302 sondern viele Landwirt\*innen nur Pächter\*innen und nicht  
 303 Eigentümer\*innen des von ihnen bewirtschafteten Lands.  
 304 Eine Umverteilung nach sozialen Gesichtspunkten kann  
 305 mit Direktzahlungen pro Fläche also gar nicht stattfinden.

306

307 Wie in allen anderen Wirtschaftsbereichen, tragen auch  
 308 in der Landwirtschaft die Selbstständigen das unterneh-  
 309 merische Risiko selbst. An dieser Stelle kann geprüft wer-  
 310 den, ob es im Rahmen der Förderung kleiner und mittlerer  
 311 Unternehmen (KMU) sinnvoll ist, auch für Landwirt\*innen  
 312 Programme zur **Minderung des unternehmerischen Risi-**  
 313 **kos** aufzulegen, wie beispielsweise der Förderung von Ver-  
 314 sicherungen gegen Ernteauffälle. Ziel dieser Förderung  
 315 von KMU soll der Arbeitsplatzertand und eine Vermeidung  
 316 zu hoher Konzentration einiger weniger Produzent\*innen  
 317 sein.

318

319

320

321

322

**bildung in einigen Teilen Spaniens dringend notwendig,**  
**aber in Deutschland natürlich völlig fehl am Platz. Auch**  
**kann der Schutz bestimmter Böden für den Klimaschutz**  
**wirksamer sein als anderer und die Stilllegung von Flä-**  
**chen hat einen größeren Effekt auf den Schutz der Bio-**  
**diversität, wenn dadurch Lebensräume bestimmter Arten**  
**verbunden werden. Diese Unterschiede müssen sich auch**  
**in der Höhe der Prämien niederschlagen, um Umwelt und**  
**Klima zielgerichtet zu schützen.**

Die unterschiedlichen Instrumente in der ersten  
 (Greening und Cross Compliance) und zweiten Säule  
 (Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen) müssen zusam-  
 mengelegt werden, um eine kohärente, zielgerichtete  
 Förderung zu haben, die den administrativen Aufwand  
 sowohl für die Landwirt\*innen als auch für die Verwal-  
 tung so gering hält wie möglich und Doppelförderungen  
 verhindert. Dazu gehört auch eine Stärkung des Ord-  
 nungsrechts: Mindeststandards in Bezug auf Umwelt,  
 Klima und Tiere müssen für alle verpflichtend sein und  
 dürfen keine Option sein, die noch mit dem Erhalt von  
 Zahlungen belohnt werden.

Um eine kohärente Klima- und Umweltpolitik zu haben,  
 dürfen Zahlungen aber nicht nur auf den Agrarsektor be-  
 schränkt bleiben: Jede\*r Produzent\*in, egal ob in der Land-  
 wirtschaft tätig oder in einem anderen Bereich, soll für  
 Leistungen, die der Öffentlichkeit zu Gute kommen, die  
 aber nicht auf dem Markt entlohnt werden, vom Staat  
 entlohnt werden. Hierbei spielt es keine Rolle, ob beson-  
 dere Leistungen für die Biodiversität bei dem Einbezug  
 geschützter Wiesenflächen durch die Umplanung eines  
 Ackers, eines Friedhofs oder Flughafens erbracht werden.

Es braucht stärkere öffentliche Anstrengungen, um den  
 Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Dazu gehört,  
 den Konsum tierischer Produkte in der EU erkennbar zu  
 senken. Dabei muss eine soziale Diskriminierung verhin-  
 dert werden, **denn wir wollen nicht, dass ärmere Haus-**  
**halte, die einen größeren Anteil ihres Einkommens für Le-**  
**bensmittel ausgeben als wohlhabendere, an dieser Stelle**  
**stärker in die Pflicht genommen werden.** Bei den drängen-  
 den Problemen des Klimawandels können wir diesen Be-  
 reich bei unseren Anstrengungen **aber** nicht einfach aus-  
 klammern. Hier kann die Subventionierung besonders kli-  
 mafreundlicher Lebensmittel, **die einen niedrigen CO2-**  
**Fußabdruck haben**, ein Instrument sein. **Das kann Lebens-**  
**mittel aus regionaler Produktion betreffen, genauso wie**  
**pflanzliche Lebensmittel. Hierbei soll aber nicht pauschal**  
**nach Kategorien subventioniert werden, sondern explizit**  
**der Effekt aufs Klima zur Grundlage genommen werden,**  
**da regionale Lebensmittel durch lange Lagerung in Küh-**  
**lung durchaus auch eine schlechtere CO2-Bilanz haben**  
**können, als Lebensmittel, die von einem anderen Konti-**  
**nent kommen, aber durch den Transport per Schiff den-**

323  
324  
325  
326  
327  
328  
329  
330  
331  
332  
333  
334  
335  
336  
337  
338  
339  
340  
341  
342  
343  
344  
345  
346  
347  
348  
349  
350  
351  
352  
353  
354  
355  
356  
357  
358  
359  
360  
361  
362  
363  
364  
365  
366  
367  
368  
369  
370  
371  
372  
373  
374  
375  
376  
377

**noch eine bessere CO2-Bilanz haben. Das gleiche gilt** für die Einführung einer Klimaabgabe auf Lebensmittel, deren Produktion und Transport besonders viele Treibhausgase freisetzt.

Die Sozialdemokratie wird sich auf den entsprechenden Ebenen **weiterhin** dafür einsetzen, Glyphosat zum nächstmöglichen Zeitpunkt in der EU zu verbieten, sollte es bis dahin keine wissenschaftlich einwandfreien Studien geben, die die langfristige Nicht-Schädlichkeit belegen. Das bezieht sich auf die Gesundheit von Produzent\*innen und Konsument\*innen, wie auch auf die Biodiversität, vor allem auf den Insektenschutz.

Wir fordern außerdem die umfangreiche finanzielle Förderung von Forschung im Bereich der Agrarwissenschaften und grüner Gentechnik an Universitäten und öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen, sowie verbesserte Möglichkeiten für öffentliche Einrichtungen, neue gentechnisch veränderte Pflanzen im Feld zu testen. **Die Möglichkeiten der grünen Gentechnik müssen dafür genutzt werden, die Ernährung weltweit zu sichern, indem Sorten entwickelt werden, die an verändertes Klima angepasst und weniger Wasser, Nährstoffe, etc. benötigen. Doch so wie es jetzt ist, darf es nicht weitergehen: Diese Ziele gehen, wenn dann nur zufällig mit den Profitinteressen großer Konzerne zusammen. Patenten auf Leben, Kopplung an Pestizide und Düngemittel und der damit verbundenen Abhängigkeit von Großkonzernen müssen wir begegnen, indem wir die Forschung nicht den Privaten überlassen, sondern öffentliche Forschung in dem Bereich stärken.**

#### **Mehr Tierwohl in der EU**

Um endlich die Standards in der Tierhaltung ausreichend zu erhöhen, brauchen wir neue, verbindliche, strenge Regelungen, deren Einhaltung besser kontrolliert wird. Freiwillige Selbstverpflichtungen und noch ein **zusätzliches Label, wie es das BMEL jetzt vorgestellt hat**, reichen uns nicht aus, da das keine Instrumente sind, die wirkliche und flächendeckende Besserung bringen! **Die inflationäre Vergabe von Ausnahmegenehmigungen in der Tierhaltung wie beispielsweise beim Kupieren der Schwänze bei Schweinen ist für uns nicht hinnehmbar, ebenso wenig wie die Nachsichtigkeit bei Kontrollen und der Verbindlichkeit von Gesetzen, die sich zuletzt erst wieder in der erneuten Verlängerung der Übergangsfrist zum betäubungslosen Kastrieren von Ferkeln gezeigt hat.**

#### **Gesundheit von Konsument\*innen**

Medikamente, insbesondere Antibiotika dürfen nicht mehr durch die Tierärzt\*innen selbst verkauft werden. Des Weiteren dürfen Tiere, die eine Antibiotikatherapie erhalten haben, nicht wieder in den Lebensmittelmarkt eingeführt werden. Dies gilt auch für Erzeugnisse dieses Tieres.

378  
379  
380  
381  
382  
383  
384  
385  
386  
387  
388  
389  
390  
391  
392  
393  
394  
395  
396  
397  
398  
399  
400  
401  
402  
403  
404  
405  
406  
407  
408  
409  
410  
411  
412

Diese Praxis setzt aktuell den Anreiz, Antibiotika und andere Medikamente zu oft und in zu großen Mengen zu verschreiben, da die verschreibenden Tierärzt\*innen durch den Verkauf daran zusätzlich verdienen können. Leider hat das Verbot, ganze Herden auf einmal mit Antibiotika zu medikamentieren, bisher kaum Wirkung gezeigt und wird viel zu oft umgangen. Die Einhaltung dieses Verbots muss stärker kontrolliert werden, um die Resistenzbildung von Keimen nicht noch zu beschleunigen.

#### **Gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land**

Einkommenssicherung muss auch für Landwirt\*innen stattfinden, allerdings im Rahmen der Sozialpolitik der EU und der Mitgliedsstaaten. Die Idee, diesen Transfer über Direktzahlungen über die Fläche gewährleisten zu wollen, ist absolut nicht sinnvoll: Zum einen erhalten flächenmäßig große Betriebe mehr Zahlungen und nicht die schlechter verdienenden Landwirt\*innen, wie es die Solidarität gebieten würde. Zum anderen, schlagen Landeigentümer\*innen die Zahlung in der Regel direkt auf den Pachtpreis für das Land auf. Dies betrifft Deutschland noch mehr als andere Mitgliedsstaaten, denn hier sind besonders viele Landwirt\*innen nur Pächter\*innen und nicht Eigentümer\*innen des von ihnen bewirtschafteten Lands. Eine Umverteilung nach sozialen Gesichtspunkten kann mit Direktzahlungen pro Fläche also gar nicht stattfinden.

**Die GAP ist nur eines von mehreren Instrumenten zur Förderung des ländlichen Raums, von denen viele wie z.B. der Europäische Strukturfonds (ESF) und der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) auch vor einer Neuauflage stehen. Hier ist es wichtig, diese aufeinander abzustimmen, um nicht sich widerstrebende Ziele zu formulieren, aber auch keine doppelten Förderstrukturen zu schaffen.**

#### **Antrag 214/II/2018**

**AGS Berlin**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### **Urteil umsetzen - Luft verbessern - Lärm und Reifenabrieb vermindern**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats
- 2 und des Berliner Abgeordnetenhauses werden aufgefor-
- 3 dert, etwa durch Ausgabe entsprechender kostenpflich-
- 4 tiger (Lieferverkehrs)-Plaketten (blaue Plakette) sich, ggf.
- 5 durch eine Bundesratsinitiative, dafür einzusetzen,
- 6
- 7 1. die Durchfahrt für LKWs und Kleintransporter, die led-
- 8 diglich die Mautstrecken vermeiden wollen, zu er-
- 9 schweren und aus der Stadt herauszuhalten
- 10 2. Auch umweltschädliche Immissionen durch die
- 11 Schifffahrt innerhalb Berlins durch entsprechende

#### **Empfehlung der Antragskommission**

**erledigt durch tätiges Handeln (Konsens)**

(WIEDERVORLAGE | LPT II/2018: Überwiesen an FA X - Natur, Energie, Umweltschutz, FA XI - Mobilität)

**Stellungnahme FA XI-Mobilität:** Der Antrag besteht aus zwei Unterpunkten. Nach kurzer Diskussion wird der 1. Unterpunkt

- Die Durchfahrt für LKWs und Kleintransporter, die lediglich die Mautstrecke vermeiden wollen, zu erschweren und aus der Stadt herauszuhalten wegen fehlender Praktikabilität abgelehnt.

12 Maßnahmen zu beseitigen  
13  
14 und durch kurzfristig einzusetzende, geeignete Kontroll-  
15 systeme zu überprüfen.  
16

17 Das aktuelle Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin vom  
18 09.10.2018 muss zügig umgesetzt werden.  
19

20

#### 21 **Begründung**

22 Die Berliner Straßen werden durch übermäßigen LKW-  
23 Verkehr tagtäglich verstopft und die Stadt Berlin durch  
24 Lärm und Abgase verunreinigt. Ein Großteil dieser Last-  
25 kraftwagen wählt den Weg durch die Stadt aus Gründen  
26 der Mautvermeidung und der Abkürzung.  
27

28 Aber auch die Schifffahrt (Ausflugsdampfer und Lastkäh-  
29 ne) verursachen erhebliche Umweltverschmutzungen, die  
30 sich auf die Stadt und deren Bewohner auswirken.  
31

32 Dies muss im Hinblick auf die erheblichen Feinstaub-  
33 , Mikroplastik- und Rußpartikel- sowie Lärmemissionen  
34 drastisch reduziert werden. Die Kenntnis, dass diese Emis-  
35 sionen erhebliche Gesundheitsrisiken für die Berliner Be-  
36 völkerung bedeuten, wird vorausgesetzt. Der Senat hat  
37 zügig entsprechende Vorgaben zur Luftreinhaltung und  
38 Verminderung anderer umweltschädlicher Immissionen  
39 zu veranlassen.

#### Der 2. Unterpunkt

- Auch umweltschädliche Immissionen durch die Schifffahrt innerhalb Berlins durch entsprechende Maßnahmen zu beseitigen

wird grundsätzlich befürwortet und dementsprechend in einem eigenen Antrag gewürdigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Ablehnung.

#### **Stellungnahme FA X - Natur, Energie, Umweltschutz:**

**Zu 214//II/2018:** Der FA X hat mit dem FA XI einen LPT-Antrag zur Einführung der sog. Blauen Plakette im letzten Frühjahr gestellt. Dieser Antrag wurde im Abgeordnetenhaus von der SPD aufgegriffen und im Oktober '18 hat das Abgeordnetenhaus koalitionsübergreifend einen Antrag zur Einführung der blauen Plakette in Richtung Bundesregierung beschlossen. Damit ist der Antrag umgesetzt und erledigt. Der AGS-Antrag ist damit auch erledigt, beziehungsweise ist er abzulehnen, da die blaue Plakette sich auf die NOx-Emissionen bezieht, und keine Regelungen für Reifenabrieb (Feinstaub) vorsieht. Auch hat sie keine Wirkungen für die Binnenschifffahrt.

#### **Antrag 215/II/2018**

**AGS Berlin**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### **Innovative Wasserstoffantriebstechnik stärken**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-  
2 hauses und des Senats von Berlin setzen sich dafür ein,  
3

4

5 • das Wasserstofftankstellennetz aus bisher vier H2-  
6 Tankstellen ausgebaut wird, um die Nachfrage nach  
7 wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen zu stärken

8 • Anreize zu setzen, Wasserstoff als Speichermedium  
9 bereits bei Solar- und Windstromerzeugern zu pro-  
10 duzieren

11 • zur Entwicklung effizienter Wasserstoff-  
12 Speichertechnik zielgerichtet Forschungsmittel  
13 bereitzustellen bzw. zu diesem Forschungsschwer-  
14 punkt Kooperationen mit anderen Forschungsein-  
15 richtungen auszubauen.  
16

17

#### 17 **Begründung**

18 Wasserstoff gewinnt als transportabler und exportierba-

#### **Empfehlung der Antragskommission**

**Überweisen an: FA VII - Wirtschaft und Arbeit (Konsens)**

(WIEDERVORLAGE | LPT II/2018: Überwiesen an FA X - Natur, Energie, Umweltschutz)

#### **Stellungnahme FA X - Natur, Energie, Umweltschutz:**

Der FA X lehnt den Antrag ab. Die Wasserstofftechnologie wird insbesondere als Speicher im zukünftigen Energiesystem eine gewisse Rolle spielen. Mittelfristig (2030 und länger) wird H2 keine nennenswerte Bedeutung als Kraftstoff für den Straßenverkehr, insbesondere für den PKW-Verkehr haben. Somit wird es auch nicht als sinnvoll angesehen, jetzt den Aufbau einer entsprechenden Tankstelleninfrastruktur zu fördern. Momonetan wird der Ausbau der e-Mobilität als vorrangig angesehen.



19 rer Energiespeicher immer mehr an Bedeutung. Als Pi-  
 20 lotprojekt mit gerade einmal vier Wasserstofftankstel-  
 21 len in Berlin reicht diese rudimentäre Versorgungsinfra-  
 22 struktur keinesfalls aus, um die Nachfrage nach dieser  
 23 potentiell zukunftsweisenden KFZ-Antriebstechnik nen-  
 24 nenswert zu wecken. Zu o.g. Anreizen können Auflagen  
 25 zählen, Entschädigungszahlungen an die Betreiber tem-  
 26 porär stillgelegter Windkraftanlagen an deren Produktion  
 27 von Wasserstoff als Speichermedium zu knüpfen. Effizi-  
 28 ente Wasserstoffspeichertechnik kann in Forschungsver-  
 29 bänden schneller und günstiger erforscht werden.

30

31 Ein Ausbau der Wasserstoffantriebstechnik entspricht ei-  
 32 nem der Ziele des rotrotgrünen Berliner Koalitionsver-  
 33 trags, der Rolle von Energiespeichern sowie erneuerbaren  
 34 und Prosumer-Lösungen Rechnung zu tragen. Damit wür-  
 35 de rde Berlin an einen nationalen und internationalen Ent-  
 36 wicklungen Anschluss halten. Bis November 2017 entstan-  
 37 den - noch vornehmlich im Süden - 45 Wassertankstellen  
 38 in Deutschland, bis 2019 sollen 100 installiert sein. IDort  
 39 haben Honda und Hyundai erste Automodelle mit Was-  
 40 serstoffantrieben auf den Markt gebracht, deutsche Her-  
 41 stellern wollen bis 2027 nachziehen. In unserer Region hat  
 42 die Niederbarnimer Eisenbahn die sog. Heidekrautbahn  
 43 auf diese Zukunftstechnologie umgestellt.

#### **Antrag 253/I/2019**

**KDV Spandau**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

#### **Dieselgate richtig lösen**

- 1 Die SPD Ministerinnen und die SPD Minister der Bundes-
- 2 regierung und die SPD Bundestagsfraktion setzen sich da-
- 3 für ein, dass das Verursacherprinzip bei der Lösung der
- 4 Emissionen, die durch den Verkehr produziert werden, auf
- 5 Kosten der Hersteller gelöst wird. Die Autoproduzenten
- 6 werden aufgefordert, die Autos mit Hardware auf Kosten
- 7 der Autohersteller nachzurüsten, um den NOX-Ausstoß zu
- 8 verringern.

#### **Empfehlung der Antragskommission**

**Erledigt durch Beschlusslage (239/I/2018) (Konsens)**

#### **Antrag 254/I/2019**

**Jusos LDK**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

#### **Wildtiere haben im Zirkus nichts verloren!**

- 1 Der Bundesrat hat im März 2016 bereits zum dritten
- 2 Mal beschlossen, dass Wildtiere (insbesondere Elefanten,

#### **Empfehlung der Antragskommission**

**Erledigt bei Annahme 255/I/2019 (Konsens)**

3 Großbären, Nashörner, Flusspferde, Menschenaffen, Gi-  
 4 raffen) in einem Zirkus nicht tierschutzgerecht gehalten  
 5 werden können und die Haltung deshalb zu verbieten sei  
 6 (BR-Drs. 78/16). In dem Entschluss wird fundiert darge-  
 7 legt, dass Wildtiere systemimmanent in reisenden Zirkus-  
 8 betrieben leiden. So z.B. durch die extrem beengte Un-  
 9 terbringung in Transportwagen und provisorischen Ge-  
 10 hegen, zum anderen durch die fehlenden Rückzugs- und  
 11 Beschäftigungsmöglichkeiten. 21 europäische Länder, dar-  
 12 unter die Niederlande, Österreich und Belgien, haben aus  
 13 Tierschutz- gründen bereits das Mitführen von Wildtieren  
 14 im Zirkus verboten oder eingeschränkt.

15  
 16 Bereits über 70 deutsche Städte und Gemeinden, wie z.B.  
 17 Düsseldorf, Erfurt, Köln, Leipzig, Potsdam, Rostock, Saar-  
 18 brücken, Schwerin, Stuttgart oder Ulm haben bereits voll-  
 19 ständige oder teilweise kommunale Verbote für Wild-  
 20 tierzirkusse beschlossen und vermieten öffentliche Plätze  
 21 nicht länger an Wildtierzirkusse.

22  
 23 Mehrere Gerichtsentscheidungen bestätigen die Recht-  
 24 mäßigkeit kommunaler Wildtierverbote sowie deren Ver-  
 25 hältnismäßigkeit gegenüber der Berufsausübungsfreiheit  
 26 von Zirkussen. Denn jede Kommune hat in Deutschland  
 27 ein Recht auf Selbstverwaltung und dazu gehört ein wei-  
 28 ter Gestaltungsspielraum bei städtischen Flächen. (vgl.  
 29 VG München 06.08.2014 Az. M 7 K 13.2449, VG Darmstadt  
 30 17.10.2016 Az. 3L 2280/16, HessVGH 19.10.16. Az. 8 B 2611/16).  
 31 Es ist für uns darüber hinaus klar, dass neben Wildtieren  
 32 auch Haustiere (dazu gehören z.B. Pferde) nichts im Zirkus  
 33 verloren haben

34  
 35 Die Forderungen sind daher:  
 36 • Ein allgemeines Verbot von Wild- und Haustieren in  
 37 Zirkussen in Deutschland  
 38 • Solange dies noch nicht erreicht ist sind Kommunen  
 39 aufgefordert, keine Auftritte von Wildtierzirkussen  
 40 zulassen.

41  
 42 Längerfristig muss es unser Ziel sein, nicht nur Wildtiere,  
 43 sondern alle Tiere aus Zirkussen zu verbannen.

44

#### Antrag 255/I/2019

KDV Lichtenberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

#### Wildtiere haben im Zirkus nichts verloren!

##### 1 Wir fordern:

- 2 • Ein allgemeines Verbot von Wildtieren in Zirkussen  
 3 in Deutschland

#### Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

- 4 • Solange dies noch nicht erreicht ist sind Kommunen  
5 aufgefordert, keine Auftritte von Wildtierzirkussen  
6 zulassen.

7  
8 Längerfristig muss es unser Ziel sein, nicht nur Wildtiere,  
9 sondern alle Tiere aus Zirkussen zu verbannen.

10

#### 11 **Begründung**

12 Der Bundesrat hat im März 2016 bereits zum dritten Mal  
13 bestätigt, dass Wildtiere (insbesondere Elefanten, Groß-  
14 bären, Nashörner, Flusspferde, Menschenaffen, Giraffen)  
15 in einem Zirkus nicht tierschutzgerecht gehalten werden  
16 können (BR-Drs. 78/16). In dem Entschluss wird fundiert  
17 dargelegt, dass Wildtiere systemimmanent in reisenden  
18 Zirkusbetrieben leiden. So z.B. durch die extrem beengte  
19 Unterbringung in Transportwagen und provisorischen Ge-  
20 hegen, zum anderen durch die fehlenden Rückzugs- und  
21 Beschäftigungsmöglichkeiten. Zudem geht von den ge-  
22 nannten Tieren sowie auch von Raubkatzen (z.B. Löwen  
23 oder Tigern) ein hohes Gefahrenpotenzial aus. Immer wie-  
24 der brechen Zirkustiere aus und sorgen für Polizeieinsät-  
25 ze, im schlimmsten Fall werden sie zur Gefahr für die Be-  
26 völkerung. So z.B. im Juni 2015 als in der Stadt Buchen  
27 (Baden-Württemberg) ein Elefant einen Passanten zu To-  
28 de gedrückt hat.

29

30 21 europäische Länder, darunter die Niederlande, Öster-  
31 reich und Belgien, haben aus Tierschutzgründen bereits  
32 das Mitführen von Wildtieren im Zirkus verboten oder ein-  
33 geschränkt. Auch zwei Drittel der Deutschen lehnen Wild-  
34 tiere wie Elefanten, Giraffen oder Tiger in Zirkussen ab, wie  
35 eine repräsentative Umfrage der Forschungsgruppe Wah-  
36 len im Auftrag von „Frontal 21“ (03.03.2015) ergab.

37

38 Bereits über 70 deutsche Städte und Gemeinden, wie z.B.  
39 Düsseldorf, Erfurt, Köln, Leipzig, Potsdam, Rostock, Saar-  
40 brücken, Schwerin, Stuttgart oder Ulm haben bereits voll-  
41 ständige oder teilweise kommunale Verbote für Wild-  
42 tierzirkusse beschlossen und vermieten öffentliche Plätze  
43 nicht länger an Wildtierzirkusse.

44

45 Mehrere Gerichtsentscheidungen bestätigen die Recht-  
46 mäßigkeit kommunaler Wildtierverbote sowie deren Ver-  
47 hältnismäßigkeit gegenüber der Berufsausübungsfreiheit  
48 von Zirkussen. Denn jede Kommune hat in Deutschland  
49 ein Recht auf Selbstverwaltung und dazu gehört ein wei-  
50 ter Gestaltungsspielraum bei städtischen Flächen. (vgl.  
51 VG München 06.08.2014 Az. M 7 K 13.2449, VG Darmstadt  
52 17.10.2016 Az. 3L 2280/16, HessVGH 19.10.16. Az. 8 B 2611/16).

**Antrag 256/I/2019****KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Die betäubungslose Kastration von Ferkeln sofort beenden**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bun-  
 2 destagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die Frist-  
 3 verlängerung für die betäubungslose Kastration von Fer-  
 4 keln sofort aufgehoben wird.

5

**6 Begründung**

7 1. Nach Artikel 20a des Grundgesetzes (Tierschutz als  
 8 Staatsziel) ist ein Verbot der betäubungslosen Fer-  
 9 kelkastration unvermeidbar. Eine Verlängerung der  
 10 Frist ist vor diesem Hintergrund verfassungswidrig.

11 2. Am 4. Juli 2013 wurde das Tierschutzgesetz § 5 Ab-  
 12 satz 3 Nr.1a dahingehend geändert, dass männliche  
 13 Ferkel ab dem 1. Januar 2019 in Deutschland nicht  
 14 mehr ohne Betäubung kastriert werden dürfen. Da-  
 15 mit hatten sowohl die Ferkelzüchter als auch der  
 16 Bauernverband genügend Zeit, sich darauf einzu-  
 17 stellen, was eine Fristverlängerung nicht einsichtig  
 18 macht.

19 3. Es gibt genügend Alternativen, die dem Tierschutz  
 20 gerecht werden, wie zum Beispiel die Inhalations-  
 21 narkose oder die Immunokastration, bei der die Fer-  
 22 kel sich lediglich einer Impfung unterziehen müs-  
 23 sen, bei der die Bildung von Androstenon im Hoden  
 24 unterdrückt wird und es damit nicht zu dem für das  
 25 Fleisch unangenehmen Ebergeruch kommt.

26

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Antrag 257/I/2019****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Tierschutz First: Kastenstand bei Schweinen umfassend ändern**

1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die sozial-  
 2 demokratischen Mitglieder des Bundesrates werden auf-  
 3 gefordert, sich für eine zügige und umfassende Reform  
 4 der Kastenstandhaltung bei Sauen einzusetzen. Eine sol-  
 5 che muss innerhalb der aktuellen Legislaturperiode des  
 6 Bundestages abgeschlossen werden und folgende Ziele  
 7 erfüllen:

- 8 • Der Zeitraum, für den Sauen während Deckzeit,  
 9 Schwangerschaft und Stillzeit im sogenannten Kas-  
 10 tenstand gehalten werden dürfen, ist wesentlich zu  
 11 reduzieren. Die Fixierung während der Deckzeit darf  
 12 maximal 5 Tage betragen.
- 13 • Die Mindestanforderungen für Länge und Weite der

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

- 14 Kastenstände sind so zu erhöhen, dass sich die Tiere  
15 ungehindert aufrichten, hinlegen, den Kopf drehen  
16 und die Gliedmaße ausstrecken können. Hierzu be-  
17 darf es konkreter gesetzlicher Mindestvorgaben.
- 18 • Etwaige Übergangsfristen für den Bestand müs-  
19 sen sich strikt an Aspekten des Tierschutzes ori-  
20 entieren. Die im Eckpunktepapier des Bundesland-  
21 wirtschaftsministeriums 2017 vorgeschlagene Über-  
22 gangsfrist von 15 Jahren ist nicht verantwortbar: die  
23 Übergangsfrist muss spätestens 2023 auslaufen.
  - 24 • Eine wesentliche Reduktion der maximalen Hal-  
25 tungsdauer im Kastenstand soll bereits während et-  
26 waiger Übergangszeiten gelten.
  - 27 • Neuregelungen bei der Ausgestaltung des Kasten-  
28 standes müssen rechtlich verpflichtend und mit  
29 wirksamen Sanktionen unterlegt sein. Entsprechen-  
30 de Verstöße müssen beklagbar sein.
  - 31 • Durch unabhängige und regelmäßige Kontrollen  
32 in den Betrieben ist sicherzustellen, dass die tier-  
33 schutzrechtlichen Vorgaben eingehalten werden.

#### 34 35 **Begründung**

36 Die aktuelle „Kastenstandhaltung“ von Sauen in der Land-  
37 wirtschaft läuft einem angemessenen Tierschutz zuwi-  
38 der. Es bedarf dringend einer verpflichtenden gesetzlichen  
39 Neuregelung inklusive regelmäßiger und unabhängiger  
40 Kontrollen.

41  
42 Die „Kastenstandhaltung“ ist eine landwirtschaftliche  
43 Haltungsform, bei der weibliche Hausschweine in einem  
44 Metallkäfig gehalten werden, der in etwa ihrer Körpergrö-  
45 ße entspricht (Breite ca. 70 cm, Länge ca. 2 m). Die Tiere  
46 in den Käfigen können sich nicht ungehindert aufrichten,  
47 hinlegen, den Kopf drehen oder die Gliedmaße ausstre-  
48 cken. Sie können sich nicht bewegen oder drehen. Ein art-  
49 typisches Verhalten ist so nicht möglich.

50  
51 Aktuell dürfen Säue nach dem Decken für bis zu vier Wo-  
52 chen ununterbrochen im Kastenstand gehalten werden,  
53 außerdem bis zu einer Woche lang vor dem voraussichtli-  
54 chen Geburtstermin der Ferkel und während der gesam-  
55 ten Säugezeit. Die Tiere verbringen damit einen großen  
56 Teil ihres Lebens in dieser nicht artgerechten Haltungs-  
57 form.

58  
59 Das Bundeslandwirtschaftsministerium bereitet aktuell  
60 eine Neuregelung der gesetzlichen Vorgaben für die Kas-  
61 tenstandhaltung vor. Eine solche ist grundsätzlich zu be-  
62 grüßen, allerdings enthält das vorliegende Eckpunktepapier  
63 als besonders problematischen Aspekt Übergangs-  
64 fristen von 15 Jahren (in Ausnahmefällen sogar von bis zu  
65 17 Jahren).

66  
67 Die SPD hat sich bereits in vielfältiger Weise für den Tier-  
68 schutz eingesetzt: Unter SPD-Regierungsverantwortung

69 hat der Tierschutz Verfassungsrang bekommen; im Bun-  
70 destag macht sich die SPD-Fraktion für ein Verbandsklage-  
71 recht für Tierschutzorganisationen und für eine stärkere  
72 zeitliche Begrenzung von Tiertransporten stark. In diesem  
73 Sinne sollen sich die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-  
74 geführten Länder für eine ambitionierte Reform des Kas-  
75 tenstandes hin zu mehr Tierschutz in der Sauenhaltung  
76 einsetzen.

## Wahlen

Antrag 216/II/2018

SGK Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

vertagt auf LPT II/2019 (Konsens)

### Kommunalpolitisches Engagement durch frühzeitige Personalentwicklung stärken

1 Der Landesvorstand wird aufgefordert, bis Mitte 2019 ge-  
2 meinsam mit den Kreisen, den SPD-BVV-Fraktionen und  
3 der SGK Leitlinien und eine Strategie zur Personalgewin-  
4 nung - und Förderung für die kommenden Bezirkswahlen  
5 zu erarbeiten.

6

7 Dabei soll folgendes unbedingt berücksichtigt werden:

- 8 • Es soll eine Auswertung erfolgen, welche Grün-  
9 de systematisch dazu führen, dass sich bestimmte  
10 Gruppen gar nicht erst bzw. nicht mehr für kommu-  
11 nale Ämter bewerben oder das Engagement abbre-  
12 chen müssen.
- 13 • Es sollen auf dieser Basis Vorschläge erarbeitet wer-  
14 den, wie man die Arbeitsbedingungen für Bezirks-  
15 verordnete 1) kurzfristig innerhalb der bestehenden  
16 Gesetzeslage entsprechend verändern kann und wo  
17 2) mittelfristig eine Weiterentwicklung der Arbeits-  
18 weise der Bezirksverordnetenversammlungen auch  
19 darüber hinaus notwendig ist, um weiteren Grup-  
20 pen zu ermöglichen, ein Mandat in der BVV auszu-  
21 üben.
- 22 • Es muss dafür Sorge getragen werden, dass es flä-  
23 chendeckend und systematisch Orientierungs-  
24 und Informationsangebote für BewerberInnen  
25 (z.B. Mentoring-Programme), sowie für die dann  
26 aufgestellten KandidatInnen Fortbildungsangebote  
27 gibt.
- 28 • Es sind übergreifende Kriterien für die Besetzung  
29 von BVV- und Bürgerdeputierten-Listen sowie ins-  
30 besondere der Spitzenkandidaturen (Bürgermeiste-  
31 rInnen, Bezirksamtsmitglieder) zu erarbeiten. Dar-  
32 über hinaus sollen ergänzend alle Kreisverbände da-  
33 bei unterstützt werden, lokale Kriterien für das auf-  
34 zustellende Personal zu erarbeiten.
- 35 • Es soll darauf aufbauend eine bezirksübergreifen-  
36 de strategische Personalentwicklung geben, die die  
37 inhaltlichen und lokalen Stärken fördert und zu-  
38 dem die Bevölkerung besser als bislang repräsen-  
39 tiert (Ausbildung, Alter, Herkunft, Geschlecht, Fami-  
40 lie etc.).
- 41 • Es ist zu prüfen, ob und wie Kreise auch parteilosen  
42 KandidatInnen eine Kandidatur auf der BVV-Liste  
43 und als Bürgerdeputierte ermöglichen können.
- 44 • Es ist überdies zu prüfen, ob und wie im  
45 Falle mehrerer BewerberInnen für die  
46 BezirksbürgermeisterInnen- bzw. Bezirksamts-  
47 mitgliederkandidaturen Mitgliederbefragungen  
48 durchgeführt werden können, bei denen sich die

(LPT II/2018: Überwiesen an AG Fraktionsvorsitzende)

49 Kreise und die BewerberInnen verpflichten, das  
 50 Ergebnis bei der KDV mitzutragen.  
 51 • Es sollen schließlich konkrete Handlungsempfeh-  
 52 lungen zur weiteren personellen, strukturellen und  
 53 finanziellen Stärkung der Fraktionsbüros erarbeitet  
 54 werden.

55

56

#### 57 **Begründung**

58 2021 finden in Berlin die nächsten regulären Wahlen statt.  
 59 Ende 2020, also in rund zwei Jahren, beginnen die Auf-  
 60 stellungsverfahren. Ziel muss es sein, bis dahin personell  
 61 für die Besetzung von Bezirksämtern und Bezirksverord-  
 62 netenversammlungen besser aufgestellt zu sein - spätes-  
 63 tens bis zum Frühjahr 2020. Nur dann sind strategische  
 64 Überlegungen, welche Köpfe wir wo brauchen, überhaupt  
 65 möglich.

66

67 Die Bedeutung von Kommunalpolitik ist in den vergange-  
 68 nen Jahren noch gestiegen: Von Milieuschutz bis Schul-  
 69 sanierung. Dabei bieten sich hier oft große Gestaltungs-  
 70 spielräume, die es zu nutzen gilt. Das geht nicht ohne ei-  
 71 ne gute Mischung an politischen Köpfen und Ideen in den  
 72 Fraktionen und in den Bezirksämtern, die gestalten wollen  
 73 und können und die vor Ort gut verankert sind. Sie verkör-  
 74 pern durch ihre Entscheidungen und ihr Engagement die  
 75 Werte und Ziele unserer Partei.

76

77 In den letzten Jahren ist die Arbeit vor Ort aber nicht leich-  
 78 ter geworden: Viele Fraktionen sind deutlich kleiner ge-  
 79 worden, gleichzeitig ist das Bedürfnis der BerlinerInnen  
 80 gestiegen, sich an kommunalpolitischen Fragen zu betei-  
 81 ligen und in den Austausch mit den Bezirksverordneten zu  
 82 treten. Wir erleben aber auch, dass uns die gesellschaftli-  
 83 che Vielfalt innerhalb unserer Fraktionen oft dadurch ver-  
 84 loren geht, weil sich bestimmte Gruppen gar nicht erst  
 85 für ein kommunales Amt bewerben oder es niederlegen  
 86 müssen, weil es beispielsweise mit der Gründung einer Fa-  
 87 milie, der Pflege von Angehörigen oder den Arbeitszeiten  
 88 nicht vereinbar ist. Als SPD sind wird ganz besonders ge-  
 89 fordert, gängige Verfahren und Engagementbedingungen  
 90 zu verändern, um möglichst breit aufgestellt zu sein.

#### Antrag 218/II/2018

KDV Treptow-Köpenick

Der Landesparteitag möge beschließen:

#### Politisches Bezirksamt

- 1 Die SPD Berlin und die sozialdemokratischen Mandatsträ-
- 2 gerinnen und Mandatsträger setzen sich dafür ein, dass
- 3 noch in dieser Legislaturperiode die gesetzliche Voraus-
- 4 setzung für die Wahl politischer Bezirksamter zur nächs-

#### Empfehlung der Antragskommission

Erledigt bei Annahme 183/I/2019 (Konsens)

(LPT II/2018: Überwiesen an PG Zukunft der Berliner Ver-  
 waltung)



- 5 ten Berlin-Wahl geschaffen werden.  
6  
7 **Begründung**  
8 Politische Mehrheiten begründen politische Verantwor-  
9 tung. Der Berliner Weg widerspricht dem Mehrheitsprin-  
10 zip der Demokratie.

**Antrag 245/I/2018****Abt. 12/03 Frohnau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Einführung des politischen Bezirksamtes**

- 1 Abgeordnetenhausfraktion wird aufgefordert, die rechtli-  
2 chen Voraussetzungen für die Einführung des politischen  
3 Bezirksamtes ab der kommenden Legislaturperiode zu  
4 schaffen.  
5  
6 Der Bezirksbürgermeister/die Bezirksbürgermeisterin be-  
7 sitzt die Richtlinienkompetenz im Bezirksamt, die weite-  
8 ren Mitglieder des Bezirksamtes werden als Beigeordnete  
9 auf Vorschlag des Bezirksbürgermeisters/der Bezirksbür-  
10 germeisterin von der BVV für die Dauer der Legislaturpe-  
11 riode gewählt.  
12  
13 Das Bezirksamt besteht aus insgesamt sechs Mitgliedern.  
14

**Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 183/I/2019 (Konsens)**(LPT II/2018: Überwiesen an PG Zukunft der Berliner Ver-  
waltung)**Antrag 258/I/2019****KDV Marzahn-Hellersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Einschränkung von Wahlumfragen**

- 1 Demoskopische Erhebungen der Umfrageinstitute sollen  
2 zukünftig nur noch bis maximal 2 Monate vor dem Wahl-  
3 termin erhoben und veröffentlicht werden. Dies soll so-  
4 wohl für Kommunal-, Landes wie Bundeswahlen gelten.  
5 Ausgenommen sind hiervon Volksentscheide.  
6  
7 **Begründung**  
8 Ein Teil der Politikverdrossenheit begründet sich in dem  
9 Umstand dass durch Wahlprognosen der Eindruck ent-  
10 steht, diese müssten von den Wählenden nur noch nach-  
11 vollzogen werden. Die wirkliche Wahl (und deren Ergeb-  
12 nis) habe aber bereits mit den demoskopischen Erhebun-  
13 gen stattgefunden. So gut und richtig diese Erhebungen  
14 sind, um wissenschaftlich fundiert zu eruieren, wie weite  
15 Teile der Bevölkerung mit einer Regierungs- oder Opposi-  
16 tionspolitik von Parteien zufrieden oder unzufrieden sind,

**Empfehlung der Antragskommission****Ablehnung (Konsens)**

17 so sehr schaden sie dem demokratischen Gefühl und vor  
18 allem inhaltlichen Auseinandersetzungen im Wahlkampf.  
19  
20 Der Eindruck, die eigene Stimme habe keinen Wert und  
21 es ändere sich ja doch nichts, werden durch vorwegge-  
22 nommene "Wahlergebnisse" in Form von Umfragen ver-  
23 stärkt. Potenzielle Wählerinnen und Wähler fühlen sich  
24 auf Grund von Wahlprognosen zum Beispiel weniger mo-  
25 tiviert, der Partei, die sie wählen würden, ihre Stimme  
26 zu geben, wenn absehbar ist, dass diese keine Mehrheit  
27 erhalten könne oder sicher an der 5 % Hürde scheitern  
28 würde. Wenn wie bei dieser Bundestagswahl eine Par-  
29 tei mit deutlichem Vorsprung in den Umfragen gehandelt  
30 wird, wird diese kein Interesse daran haben, sich inhaltlich  
31 zu stellen und wichtige Fragen des Landes zu diskutieren.  
32  
33 Ohne dieses Wissen können hingegen weder Parteien  
34 noch Wähler/ innen "sicher" sein, wie die Wahlen ver-  
35 mutlich ausgehen werden. Dies führt zu einer stärkeren  
36 thematischen Auseinandersetzung im Wahlkampf und  
37 den Medien (die einen Großteil der Berichterstattung bis-  
38 lang auf Umfragen, Personalien und Koalitionsfragen re-  
39 duzieren) und vermutlich ebenso zu einem stärkeren In-  
40 teresse der Wählenden und einer unverfälschten Stim-  
41 mabgabe. Wenn Umfragen Menschen in ihrem Stimmver-  
42 halten beeinflussen, übernehmen sie eine andere Funk-  
43 tion als ihnen zukommen sollte und müssen deshalb im  
44 Vorfeld von Wahlen untersagt werden.

## Konsensliste

**Antrag 263/I/2019**

**Landesvorstand**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**

**Annahme (Konsens)**

### Konsensliste

- 1 Die im Antragsbuch sowie auf dieser Seite mit (Konsens)
- 2 gekennzeichneten Empfehlungen der Antragskommissi-
- 3 on wurden im Konsens ausgesprochen. Der Landespartei-
- 4 tag stimmt diese mit (Konsens) gekennzeichneten Anträ-
- 5 ge en bloc ab.